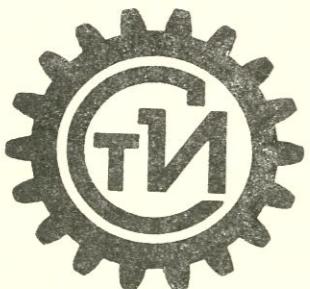
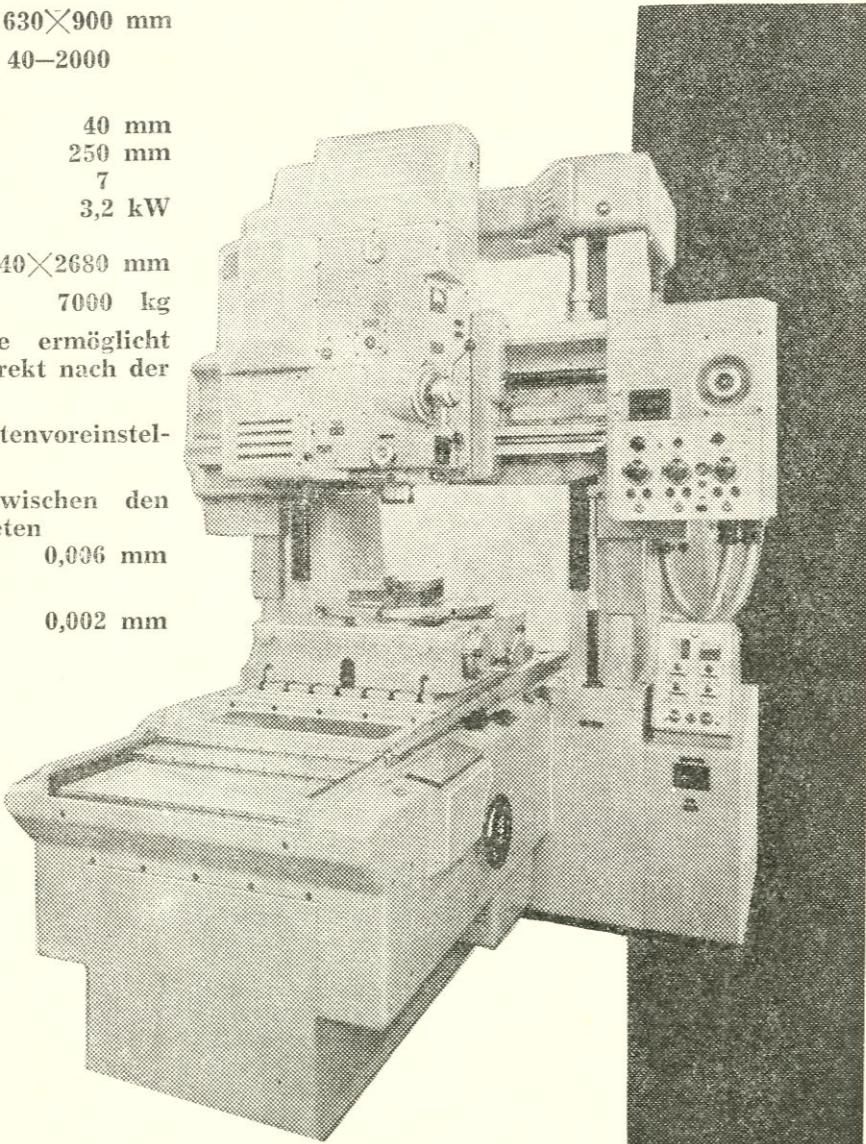


Индекс 70624

LEHRENBOHRMASCHINE MODELL 2455

Tischauflagefläche	630×900 mm
Spindeldrehzahl U/min.	40—2000
Größter Durchmesser beim Bohren	40 mm
Innendrehen	250 mm
Oberflächengüte	7
Leistung des Elektromotors	3,2 kW
Abmessungen der Maschine	2910×2240×2680 mm
Gewicht	7000 kg
Die Ablesungsbildschirmanlage ermöglicht die Werkstückbearbeitung direkt nach der Zeichnung.	
Auf Wunsch wird ein Koordinatenvoreinstellungssystem mitgeliefert.	
Genauigkeit des Abstands zwischen den Öffnungssachsen der bearbeiteten Werkstücke	0,006 mm
Genauigkeit der geometrischen Form der Öffnung	0,002 mm



Zu bestellen bei
STANKOIMPORT
Moskau, UdSSR
Fernschreiber: 179

На немецком языке

20

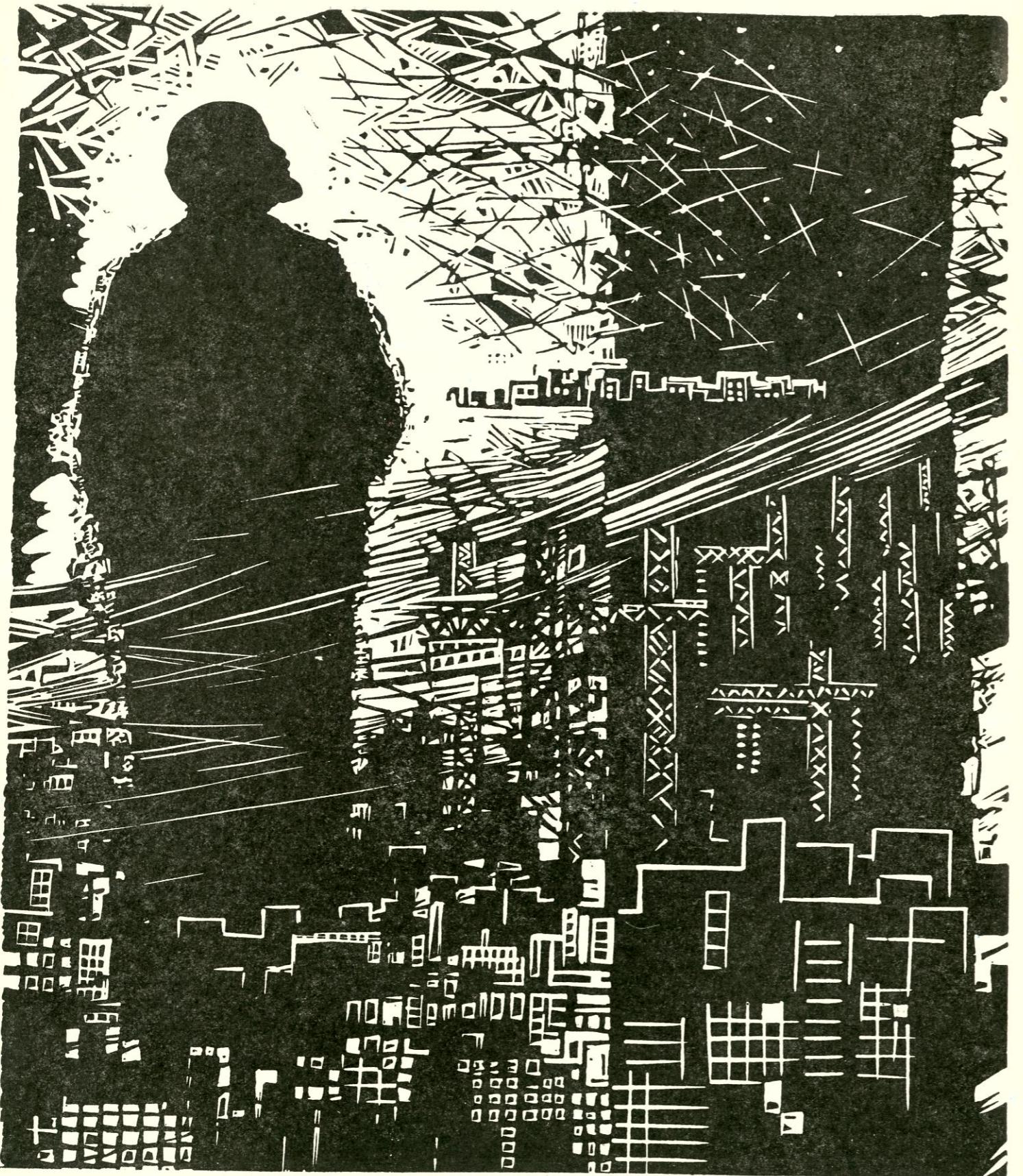
NEUE ZEIT

*Der Oktober und der internationale revolutionäre Prozeß
Die politische Situation in Italien
Kapitalismus und Moral
Neuer Druck auf Kambodscha
Aus der diplomatischen Geschichte von Weltkrieg II*

50

13. DEZEMBER
1967

WOCHE NSCHRIFT FÜR WELTPOLITIK



ELEKTRIFIZIERUNG

Vytautas M. JURKUNAS (Unions-Kunstausstellung zum 50. Jahrestag des Großen Oktober)

NEUE ZEIT

Nr. 50

13. Dezember 1967

Wochenschrift für Weltpolitik
Verlag der Zeitung „Trud“
Moskau

25. Jahrgang

Erscheint in russischer,
deutscher, englischer, französischer,
spanischer, polnischer und tschechischer
Sprache.

Sämtliche Ausgaben
entsprechen der russischen.
Russisch am 8. Dezember erschienen.

In diesem Heft:

Die Internationale wissenschaftliche Konferenz in Moskau	1
Der Oktober und der internationale revolutionäre Prozeß	3
A. Uswatow – Neuer Druck auf Kambodscha	11
F. Havliček – Wie wir an die ideologischen Probleme herangehen	12
S. Dorofejew – Die politische Situation in Italien	16
E. Rosental – Kapitalismus und Moral	19
O. Timaschkowa – Vom Standpunkt Skandinaviens	22
Zeitgeschehen: Der Rücktritt McNamaras • Die rhodesische Sackgasse • Zypern: Beilegung des Konflikts	24
Juan Cobo – Das Echo des Schusses im Catete-Palast	26
T. Belous – Neues von den Weltmonopolen	28
V. Bereschkow – Das Treffen in Teheran (Schluß)	30
W. Katin – Bei den Säulen des Herakles	34
Internationale Umschau	37
A. Galkin – Wandelt sich die westdeutsche Elite? (Bücherschau)	39
Biographisches: Bahjat al-Talhouni	18
Leserbriefe	15, 17, 23
Chronik	40

Die Internationale wissenschaftliche Konferenz in Moskau

„Der Marxismus ist eine ewig lebende Lehre, beruhend auf der revolutionären, materialistischen Dialektik, die stets eine konkrete Analyse der konkreten Situation verlangt. Alle unsere Siege und Errungenchaften hängen unlösbar mit dem Marxismus-Leninismus, mit seiner schöpferischen Fortentwicklung zusammen.“

Diese Worte Michail Suslows, eines Mitglieds des Politbüros und Sekretärs des ZK der KPdSU, die er in seiner Eröffnungsansprache auf der internationalen Konferenz „50 Jahre Oktoberrevolution und die internationale Arbeiterklasse“ sagte, bestimmen den Charakter dieser Konferenz. Sie war Mitte November in Moskau am Institut für die Internationale Arbeiterbewegung veranstaltet worden und hat das Augenmerk der Öffentlichkeit aller Länder auf sich gelenkt.

Revolutionen sind die Lokomotiven der Geschichte. Die Oktoberrevolution aber hat den gesamten Prozeß der Befreiung der Menschheit von der sozialen und nationalen Ungleichheit derart beschleunigt, daß er – verglichen mit seinem Tempo in früheren Epochen – in wahrhaft kosmischer Geschwindigkeit vor sich geht. Es gibt keinen einzigen Bereich der internationalen Arbeiterbewegung, kommunistischen Bewegung und nationalen Freiheitsbewegung, dem die Oktoberereignisse und das Entstehen des ersten sozialistischen Staates der Welt nicht ihr Gepräge gegeben hätten.

Die Internationale wissenschaftliche Konferenz hat erkennen lassen, wie weitreichend die Oktoberrevolution das Geschick der Menschheit beeinflußt hat. Das Wort ergriffen über 140 Vertreter von 78 Ländern Europas, Asiens, Amerikas, Afrikas und Australiens.

In dem Begrüßungsschreiben des ZK der KPdSU an die Konferenzteilnehmer heißt es:

„In den vergangenen Jahrzehnten ist die Sache der Oktoberrevolution am Prüfstein der Geschichte allseitig erprobt worden und hat ihre unüberwindliche Stärke er-

wiesen. Sie lebt und triumphiert im Sieg des Sozialismus und in den Errungenschaften beim kommunistischen Aufbau in der UdSSR, in der Entwicklung des sozialistischen Weltsystems, in dem mächtigen Umfang der internationalen Arbeiterbewegung und in den Erfolgen des nationalen Freiheitskampfes.“

Alle diese Komponenten des internationalen revolutionären Prozesses sind auf der internationalen Konferenz in Moskau besprochen und einer Analyse unterzogen worden.

Für die kommunistische Bewegung war stets der denkbar engste Zusammenhang zwischen Theorie und Praxis charakteristisch. Unter den Rednern auf der Konferenz waren sowohl Praktiker der internationalen Arbeiterbewegung als auch marxistische Theoretiker. Referate und Diskussionsbeiträge lieferten die Führer einer Anzahl kommunistischer Parteien, so Dolores Ibárruri, die Vorsitzende der KP Spaniens, Chaled Bakdasch, der Generalsekretär des ZK der KP Syriens, Gus Hall, der Generalsekretär der KP der USA, Gilberto Vieira, der Generalsekretär des ZK der KP Kolumbiens, Edgar Woog, der Generalsekretär der Schweizerischen Partei der Arbeit, Arnoldo Martines Verdugo, der Erste Sekretär des ZK der KP Mexikos, Pedro Saad, der Generalsekretär des ZK der KP Ekuadors, Tim Buck, der Landesvorsitzende der KP Kanadas, und William Kashtan, der Generalsekretär der KP Kanadas. Auch führende Funktionäre vieler anderer kommunistischer und Arbeiterparteien sowie namhafte Gewerkschafter haben in Moskau das Wort ergriffen.

Das Institut für die Internationale Arbeiterbewegung in Moskau, das die Konferenz veranstaltete, lud Wissenschaftler von Forschungsanstalten der sozialistischen Länder ein, ebenso marxistische Denker aus der kapitalistischen Welt und Publizisten theoretischer Zeitschriften. Theoretiker wie Praktiker waren bemüht, den internationalen revolutionären Prozeß als Ganzes, in all seiner Kompliziertheit und mit all seinen konkreten Faktoren, zu behandeln.

Die kommunistische Bewegung steht allen offen. Die Kämpfer für die Befreiung der Menschheit sehen es als ihre Pflicht an, ausführlich mit allen zu diskutieren, die den internationalen revolutionären Prozeß fördern möchten. Es sei vermerkt, daß sich Vertreter einer Anzahl national-demokratischer Parteien tätig an der Kon-

ferenz beteiligt haben, so Modibo Keita, Mitglied des Nationalkomitees zum Schutz der Revolution (Republik Mali) und Aly Sayed Aly, Sekretär des ZK der Arabischen Sozialistischen Union (VAR). An den schöpferischen Debatten mit den Marxisten haben sich ferner Vertreter der sozialistischen Parteien und der Gewerkschaften Englands, Schwedens, Westdeutschlands, Italiens und Japans sowie angesehene westliche Wissenschaftler beteiligt, die keiner Partei angehören.

Die Konferenz erörterte Probleme, die das sozialistische Weltsystem, die kapitalistischen Länder und den nationalen Freiheitskampf betreffen. Außerdem haben im Rahmen der Konferenz einige Diskussionen am Runden Tisch stattgefunden.

Die Referate betrafen sowohl generelle Probleme als auch die konkreten Aufgaben, die im revolutionären Kampf in den einzelnen Ländern zu erfüllen sind. Sie widerspiegeln die Mannigfaltigkeit des heutigen Lebens und geben zugleich ein detailliertes Bild davon, wie sich der revolutionäre Prozeß vollzieht. Ohne jeden Zweifel hat die Konferenz Wesentliches zur Fortentwicklung des praktischen Kampfes für Fortschritt und Sozialismus wie auch zur Fortentwicklung der marxistisch-leninistischen Theorie beigesteuert. Der Leitgedanke war die genaue Erkenntnis des Sinnes der Oktoberrevolution und eine schöpferische Weiterentwicklung ihrer Ideen.

In diesem Heft bringen wir Auszüge aus mehreren Referaten, die auf der Konferenz gehalten worden sind: aus dem Referat Boris Ponomarjows, eines Sekretärs der ZK der KPdSU, zum Thema „50 Jahre Große Oktoberrevolution und die Arbeiterbewegung von heute“; aus dem Referat Dolores Ibárruris, der Vorsitzenden der KP Spaniens, zum Thema „50 Jahre Oktoberrevolution und die Bedeutung des proletarischen Internationalismus“ und aus dem Diskussionsbeitrag von Gus Hall, dem Generalsekretär der KP der USA, über Fragen, die den Kampf der revolutionären Weltkräfte gegen die Politik des amerikanischen Imperialismus betreffen.

Diese Probleme sind aktuell, denn in ihnen spiegelt sich die ganze Vielfalt des internationalen revolutionären Prozesses, der sich im Sinne der Ideen der Oktoberrevolution vollzieht.

DIE INTERNATIONALE WISSENSCHAFTLICHE KONFERENZ IN MOSKAU

Der Oktober und der internationale revolutionäre Prozeß

Aus dem Referat
des Sekretärs des ZK der KPdSU
Boris Ponomarjow

Bereits seit fünfzig Jahren hängen alle bedeutenden Ereignisse in der Geschichte der Menschheit mit der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution, mit der Entwicklung des Sozialismus in unserem Lande wie auch in den anderen sozialistischen Staaten und mit den Aktionen aller für die revolutionäre Erneuerung der Welt eintretenden Kräfte zusammen, die unter dem Banner des Oktober, unter dem Banner des Marxismus-Leninismus wirken.

In dem wahrlich weltumspannenden Charakter, den die 50-Jahr-Feier des Oktober trug, widerspiegeln sich in konzentrierter Form die gigantische Einwirkung unserer Revolution auf das Weltgeschehen. Kennzeichnend für das Jubiläum war ein neuer, mächtiger Aufschwung der schöpferischen Aufbauarbeit in der Sowjetunion und den sozialistischen Bruderländern, war die Festigung der internationalen Verbindungen der Arbeiterklasse und der Zusammenschluß der antiimperialistischen Kräfte der ganzen Welt. Der 50. Jahrestag der Oktoberrevolution wurde zu einem Ereignis von größter internationaler Bedeutung. Die Ideen und das Erbe des Oktober stehen 1967 im Mittelpunkt des geistigen Lebens der Menschheit.

Das Referat des Generalsekretärs des ZK unserer Partei, Genossen Leonid Breshnev, auf der Festsetzung im Kreml am 3. November enthält eine umfassende marxistisch-leninistische Analyse der 50jährigen Geschichte der Sowjetgesellschaft und des 50jährigen Kampfes unserer Partei. Es zeigt die historische Bedeutung der großen Siege des Sowjetvolkes, das von der Leninschen Partei geführt wird.

Mit uns zusammen feiert die ganze fortschrittliche Menschheit den 50. Jahrestag des Oktober. Führende Persönlichkeiten der sozialistischen Staaten und der marxistisch-leninistischen Parteien, leitende Politiker unabhängiger junger Länder und Sendboten der nationalen Befreiungs- und der demokratischen Bewegung haben in ihren Reden die Bedeutung der Oktoberrevolution und der darauf folgenden Siege des Sozialismus für die verschiedenen Völker, für die internationale Arbeiterbewegung und für die gesamte weltweite Entwicklung hoch eingeschätzt. Als Ganzes betrachtet, fassen diese Reden gleichsam die Ergebnisse zusammen, die das Wirken der Triebkräfte der Oktober-epochen im Laufe eines halben Jahrhunderts gezeigt hat.

Die Oktoberfeiern der marxistisch-leninistischen Parteien haben sich zu einer wichtigen politischen Kampagne gestaltet, die dazu beiträgt, die Massen im Geiste des Internationalismus zu erziehen, und die dem Antikommunismus neue Schläge versetzt hat...

Die Summierung der 50jährigen Ergebnisse ist zum Gegenstand eines erbitterten ideologisch-politischen Kampfes geworden. Vieles zeigt, welches Ausmaß die antikommunistische Aktivität im Zusammenhang mit diesem Datum angenommen hat. In den USA wurden längst vor dem Jubiläum propagandistische Sondermaßnahmen ausgear-

beitet. In ihre Verwirklichung schalteten sich Dutzende ideologische und politische Organisationen der Vereinigten Staaten und des Auslands ein. Diese ganze Maschinerie lief auf Hochtouren. Doch allein die Tatsache, daß unsere Gegner genötigt waren, sich während eines ganzen Jahres mit den Problemen des 50. Jahrestags der Oktoberrevolution zu befassen, zeugt von der gewaltigen Macht des Kommunismus in der Welt von heute. Die Paradoxie der bürgerlichen Propaganda besteht ja gerade darin, daß sie selbst von der Oktoberrevolution, vom Sieg des Sozialismus reden muß. Die Unzahl von Artikeln, Büchern, Seminaren, Funk- und Fernsehsendungen der Antikommunisten über die Probleme der Oktoberrevolution lenkte die Aufmerksamkeit neuer Millionen auf die Ideen des Sozialismus. Die Anhänger des Kommunismus erteilten ihrerseits den antikommunistischen Fabeleien eine geharnischte Abfuhr.

Der Charakter, den die Propagandakampagne der imperialistischen Kreise im Zusammenhang mit dem 50. Jahrestag des Oktober annahm, zeugt vom wachsenden Einfluß der Ideen des Sozialismus. Man hört bereits keine Beschwörungen mehr wie „Der Sowjetstaat steht vor dem Zusammenbruch“, „Mit den Sowjets geht es bergab“ u. dgl. m. Die Zeiten haben sich geändert. Mit Redereien wie, die Arbeiter und Bauern, die „unteren Schichten“ der Gesellschaft würden sich nach ihrer Machtergreifung als unfähig erweisen, den Staat zu verwalten, kann man heute keinen Hund vom Ofen locken. Die Praxis des sozialistischen Aufbaus in der UdSSR und den anderen Ländern hat solchen Erdichtungen den Todesstoß versetzt. Heute fließen den Ideologen des Antikommunismus nicht selten Geständnisse aus der Feder, die beweisen, daß die 50jährige Politik der „Liquidierung des Kommunismus“ gescheitert ist und daß sie es selbst als unmöglich betrachten, diese Politik in ihrer früheren Form fortzusetzen. George Kennan, dessen Namen jeder kennt, schrieb unlängst, die Oktoberrevolution und die 50 Jahre Sowjetmacht hätten eine neue, „einzigartige Zivilisation hervorgebracht ... die viele, wenn nicht alle positiven menschlichen Impulse zur Entwicklung kommen lassen kann“. Und er fügte hinzu: „... Für all das sollte man gerade der sowjetischen kommunistischen Partei den gebührenden Tribut zollen... Die Kommunistische Partei der Sowjetunion hat nicht nur dank ihrer Tätigkeit und ihrer Willenskraft als größte politische Organisation des Jahrhunderts festen Fuß gefaßt, sondern ist auch den Grundzügen der russischen Revolution als des größten politischen Ereignisses unseres Jahrhunderts treu geblieben.“

Kennans Erklärung ist kein Einzel- oder Sonderfall. Kennan vertritt heute eine bestimmte Richtung, die sich nicht darüber hinwegsetzen kann, daß die primitive antisowjetische, antikommunistische Propaganda gescheitert ist, und sich darum bemüht, sie den Gegebenheiten unserer Tage anzupassen und Wege zur „Modernisierung“ des Antikommunismus zu finden.

Im Jahre des Jubiläums der Oktoberrevolution macht sich die Abgrenzung zwischen den politischen Kräften der Welt von heute noch deutlicher bemerkbar, ist noch klarer geworden, wer sich in der Tat für den Sozialismus und die Revolution, für die Unabhängigkeit und die Freiheit der Völker einsetzt und wer gegen sie auftritt, wie er das auch zu tarnen versuchen mag. In dieser Situation nimmt der Marxismus-Leninismus, der wissenschaftliche Kommu-

nismus noch entschiedener nicht nur gegen den Imperialismus, gegen die Ideologie und die Politik des Antikommunismus Stellung, sondern auch gegen den Reformismus, gegen die Opportunisten aller Art.

In diesem Zusammenhang darf die schmähliche antisowjetische und im Grunde genommen antikommunistische Kampagne nicht unerwähnt bleiben, die die Gruppe um Mao Tse-tung im Jubiläumsjahr des Oktober entfaltet hat. Es erübrigt sich, hier auf den Charakter und die Zielsetzung dieser Kampagne einzugehen. Was mit ihr bezweckt wird, ist allen bewußten Teilnehmern der Freiheitsbewegung hinreichend klar.

Es ist bezeichnend, daß die amtlichen Informationsdienste der USA, der westdeutschen Bundesrepublik und der anderen kapitalistischen Länder der Verbreitung der chinesischen Materialien nicht entgegenwirken, ja sie direkt fördern. Das bestätigt nochmals, daß die politische und ideologische Praxis Mao Tse-tungs und seiner Gruppe dem Imperialismus dient.

Das 50. Jubiläum des Oktober hat nochmals mit allem Nachdruck eine Wahrheit bekräftigt, die von allen echten Revolutionären anerkannt wird. Das Verhältnis zur Oktoberrevolution und zu ihrem Erbe, zu den Errungenschaften des Sozialismus in der UdSSR und in den anderen sozialistischen Ländern ist nach wie vor der Prüfstein für wahren Internationalismus und Antiimperialismus, für wirkliche revolutionäre Geisteshaltung und marxistisch-leninistische Ideentreue.

Dem revolutionären Proletariat Rußlands fiel es zu, Wegbereiter einer neuen Epoche der weltweiten Entwicklung zu sein. Als das Proletariat Rußlands die Massen zur sozialistischen Revolution aufbot, brachte es damit die grundlegendsten Interessen aller Werktätigen, aller Völker unseres Landes zum Ausdruck. Gleichzeitig handelte es dabei in Übereinstimmung mit den internationalen Interessen der gesamten Arbeiterbewegung.

Im Oktober 1917 verflochten sich die Geschicke Rußlands mit denen der sozialistischen Weltrevolution, des Sozialismus. Die fortschrittlichen Arbeiter des Landes, die Partei der Bolschewiki waren sich dieser Verbundenheit des Patriotismus mit dem Internationalismus wohl bewußt. Ebendarum vermochten sie es, den einzigen richtigen Weg zu einem wirklichen Fortschritt ihrer Heimat zu weisen. Die Perspektive der Befreiung und des Aufblühens aller Völker Rußlands verschmolz organisch mit der Revolution der Arbeiterklasse, die als wirklich patriotische Kraft, als der wahre Kämpfer und Wahrnehmer der Interessen der Nation hervortrat...

Die proletarische Revolution in unserem Lande veränderte die gesellschaftliche Stellung und die Lebensbedingungen nicht nur der Arbeiterklasse, sondern auch aller übrigen Werktätigen von Grund aus. Das ist natürlich. Die Arbeiterklasse und ihre Kommunistische Partei hatten und haben keinerlei Sonderinteressen, keine Interessen, die sich von denen der Volksmassen unterscheiden würden. Wie im Referat des Genossen Leonid Breschnew auf der Festsetzung am 3. November hervorgehoben ist, wird die proletarische Revolution um der Lebensinteressen der Volksmassen willen vollzogen. Der Triumph des Sowjetlandes, der Heimat Lenins und des wahren Sozialismus, ist zugleich der Triumph der zutiefst patriotischen Politik, die die sowjetische Arbeiterklasse und die KPdSU betreiben.

Man kann mit voller Gewißheit sagen, daß die Erfolge und Siege unserer Partei in beträchtlichem Maße mit der Tatsache zusammenhängen, daß sie ständig die Erfahrungen ihrer Klassenbrüder in den anderen Ländern studierte, anhand dieser Erfahrungen lernte und die Entwicklung von Theorie und Praxis der internationalen Arbeiterbewegung aufmerksam berücksichtigte. Lenin charakterisierte die Weite, die der Kreis der internationalen Interessen unserer Partei bereits in der Periode vor der Oktoberrevolution hat-

te, mit den Worten: „Dank dem vom Zarismus aufgezwungenen Emigrantenleben verfügte das revolutionäre Rußland in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts über eine solche Fülle von internationalen Verbindungen, über so vortreffliche Kenntnis aller Formen und Theorien der revolutionären Bewegung der Welt wie kein anderes Land auf dem Erdball.“ Nach der Oktoberrevolution hat die KPdSU die so gewonnene Fülle der internationalen Verbindungen sorgsam bewahrt und ausgebaut. In Lenin selbst verkörperte sich diese überaus große Weite der internationalen Verbindungen unserer Partei.

Die KPdSU mißt dem Studium der Entwicklung des modernen Kapitalismus große Bedeutung bei. Sie studiert sorgfältig die Probleme der Arbeiterbewegung in den entwickelten kapitalistischen Staaten und in den Ländern, die erst unlängst den Weg einer selbständigen Entwicklung eingeschlagen haben. Gewiß bedarf es hierzu internationaler Bemühungen und eines ständigen Austausches von Erfahrungen, Einschätzungen und Schlussfolgerungen...

Die moderne Arbeiterklasse ist längst nicht mehr die, die sie vor einem halben Jahrhundert war. Nach den vorliegenden Angaben betrug die Gesamtzahl der Industriearbeiter in den wichtigsten kapitalistischen Ländern um die Wende des 19. und 20. Jahrhunderts 30 Millionen. Heutzutage zählt die Arbeiterklasse in der ganzen Welt etwa 500 Millionen. Sie hat sich nunmehr in den meisten Ländern der Welt formiert.

Maßgebend für ihre Stärke ist jedoch nicht nur ihre Zahl, die in den letzten 50 Jahren kolossal gewachsen ist, und der Massencharakter ihrer Organisationen. Ihre Stärke liegt vor allem darin, daß sie in einer großen Gruppe von Ländern über die Staatsmacht gebietet und eine neue Gesellschaft aufbaut. Die internationale Arbeiterbewegung hat heute eine so geschlossene und bewußte Avantgarde wie nie zuvor.

Die Arbeiterklasse der sozialistischen Welt ist in der Tat eine neue Arbeiterklasse. Sie hat nicht nur aufgehört, Sklave des Kapitals zu sein, ist nicht nur der Produktivkräfte Herr geworden und hat sie in den Dienst der gesamten Gesellschaft gestellt, sondern hat auch ein neues geistiges Gepräge angenommen. Sie ist nicht nur eine Klasse von Schöpfern materieller Werte, sondern leitet auch alle Angelegenheiten der Gesellschaft, wobei sie sich ihrer Verantwortung für die Entwicklung des eigenen Landes wie auch der sozialistischen Weltgemeinschaft in ihrer Gesamtheit, ihrer Verantwortung für die Sache der internationalen Arbeiterklasse bewußt ist. Im Laufe der Revolution und des sozialistischen Aufbaus übt die Arbeiterklasse in dieser oder jener Form die Diktatur des Proletariats aus. Wie die Erfahrungen der Sowjetunion zeigen, wird der Staat der Diktatur des Proletariats in einer bestimmten Etappe zum Volksstaat, zur politischen Organisation des gesamten Volkes, in der die Arbeiterklasse die führende Rolle spielt.

Der Aufbau des Sozialismus und Kommunismus ist ein unabdingbarer, höchst wichtiger Bestandteil des revolutionären Prozesses. Die Erfolge des Sozialismus gewährleisten, daß ein entscheidendes Übergewicht der Kräfte zugunsten der internationalen Arbeiterklasse erzielt wird. Sie erleichtern allen revolutionären Kolonnen in enormem Maße den Kampf gegen den Imperialismus, für die Abschaffung der kapitalistischen Ordnung.

In den entwickelten kapitalistischen Ländern spielt die Arbeiterklasse eine größere Rolle als früher. Bestimmt wird diese Rolle hier dadurch, daß das Proletariat als die wichtigste Kraft auftritt, die imstande ist, die Ausbeuterordnung in den Hochburgen des Kapitals niederzureißen und so den ihr von der Geschichte auferlegten wichtigen Teil der gemeinsamen Aufgabe zu erfüllen, die darin besteht, den endgültigen Sieg des Kommunismus zu gewährleisten.

In diesem Teil der Welt entwickelt sich die Arbeiterbe-

wegung heute unter den Verhältnissen der wissenschaftlich-technischen Revolution, die einen immer größeren Einfluß auf die Struktur und die Lage der Arbeiterklasse ausübt. Einerseits sehen wir, wie sich der Druck der Monopole und die kapitalistische Ausbeutung immer größerer sozialer Schichten verstärkt, wie sich die Zahl der Angestellten, der Ingenieure und Techniker sowie der anderen sozialen Gruppen, die sich ihrer Stellung nach immer mehr den Industriearbeitern nähern, rasch vergrößert. Andererseits kristallisiert sich in diesen Staaten immer mehr das Klassenbewußtsein des Proletariats, seine Erkenntnis der politischen Situation und seine Universöhnlichkeit gegenüber der Herrschaft des Kapitals heraus. Die Folge ist, daß sich alle gesellschaftlichen Antagonismen verstärken, daß sich die Polarisierung der einander entgegengesetzten Kräfte und der Klassenkampf vertieft.

Die Bourgeoisie beantwortet das mit verstärkter staatsmonopolistischer Wirtschaftsregulierung und greift immer mehr zu sozialpolitischen Vorbeugungsmaßnahmen, um katastrophale Erschütterungen abzuwenden. Manchmal ist das Monopolkapital genötigt, eine Reihe von Forderungen des Proletariats zu befriedigen, etwa Forderungen nach höherem Lohn, größeren Sozialleistungen, Verkürzung der Arbeitszeit, bezahltem Urlaub u. dgl. m. Aber diese Zugeständnisse beseitigen den Abgrund nicht, der zwischen Arbeit und Kapital klapft.

Selbst in den reichsten kapitalistischen Ländern gibt es weiterhin große Hunger- und Elendsgebiete. Ein offiziell anerkannter Massenpauperismus besteht in den USA. Fast 30 Millionen Amerikaner leiden ständig Not und Entbehrungen, und dies, während die Monopolbourgeoisie sich gigantisch bereichert. In den letzten dreißig Jahren haben sich die Profite der amerikanischen Gesellschaften mehr als verzehnfacht, sie sind von 6,3 Milliarden Dollar im Jahre 1936 auf 63 Milliarden Dollar im Jahre 1965 gestiegen.

Noch deutlicher zeigt sich die soziale Polarisierung, wenn man die entwickelten kapitalistischen Länder nicht isoliert betrachtet, sondern komplex im Rahmen des gesamten kapitalistischen Weltsystems. Es ist bekannt, daß heutzutage 75 Prozent der Bevölkerung des nichtsozialistischen Teils der Welt (d. h. etwa 1,5 Milliarden Menschen) an Unterernährung leiden.

Im Kapitalismus schafft der wissenschaftlich-technische Fortschritt die Voraussetzungen für ein bedrohliches Wachstum der Arbeitslosigkeit. Wie das Arbeitsministerium der USA angibt, führt die Automation der Produktion alljährlich zum Wegfall von fast 2 Millionen Arbeitsplätzen. Immer mehr Menschen werden wegen ungenügender oder nicht mehr benötigter Qualifikation, teilweise Verlust der Arbeitsfähigkeit u. dgl. m. aus der Industrie verdrängt. Immer mehr junge Menschen werden arbeitslos, ohne je gearbeitet zu haben.

Die tiefgreifenden Wandlungen in den inneren und äußeren Verhältnissen des Klassenkampfes des Proletariats haben die Formen dieses Kampfes wesentlich beeinflußt. Die Arbeiterklasse versetzt den Monopolen Schläge durch Massenstreiks. Sie vervollkommenet diese bewährte und starke Waffe. Die Streikbewegung wächst. In den zwanzig Jahren zwischen den beiden Weltkriegen (1919—1939) betrug die Zahl der Streikteilnehmer in den industriell entwickelten Ländern 74,5 Millionen, in den zwanzig Nachkriegsjahren 1946—1966 erreichte sie 259 Millionen. Japan, die west-europäischen Länder und in den letzten Jahren auch die USA werden häufig von Massenstreikkämpfen erschüttert.

Ein so starker und verschlagener Gegner wie der staatsmonopolistische Kapitalismus, der in der Unterdrückung und Desorganisierung der Arbeiterbewegung große Erfahrungen hat und dem zur Ausarbeitung seiner politischen Taktik Tausende von Soziologen, Ökonomen, Psychologen und anderen Fachleuten zur Verfügung stehen, kann nur besiegt werden, wenn man mit allen Methoden, Formen

und Mitteln des proletarischen Kampfes, die die Lage erheischt, ausgerüstet ist.

Die Gewerkschaften und die Streikkomitees stellen den raffinierten Methoden, durch die das staatsmonopolistische Kapital die Arbeiterklasse ausbeutet, immer elastischere Streikformen entgegen. Der traditionelle Kampf der Gewerkschaften um höhere Löhne, größere Sozialleistungen u. dgl. m. ist heute nicht nur gegen einzelne Unternehmer, sondern auch unmittelbar gegen den Staat gerichtet. Das führt seinerseits dazu, daß die linksdemokratischen Kräfte in den Gewerkschaften stärker werden, auch in Gewerkschaften, an deren Spitze Reformisten stehen. Davon zeugen neben dem letzten Kongreß der britischen Trade-Unions in Brighton namentlich die schweren Differenzen innerhalb der AFL-CIO in den Vereinigten Staaten.

In den kapitalistischen Ländern wirken die Gewerkschaften als eine bedeutende gesellschaftliche Kraft. Man muß jedoch konstatieren, daß die Zahl der gewerkschaftlich Organisierten viel langsamer wächst als die der Werkstattigen. Während im Jahre 1917 fast die Hälfte der Industriearbeiter der ganzen Welt gewerkschaftlich organisiert war, ist heute zwar ein allgemeines zahlenmäßiges Wachstum der Gewerkschaften festzustellen, doch sind in den kapitalistischen Ländern nur noch etwa 30 Prozent der Industriearbeiter organisiert. Selbst in den höchstentwickelten kapitalistischen Ländern beträgt der Anteil der gewerkschaftlich Organisierten an den im Lohnverhältnis Stehenden nur: in England 43, in Italien 46, in Frankreich 26, in Japan 36, in Kanada 24 und in den USA 23 Prozent. Auffallend ist der geringe Prozentsatz der organisierten Arbeiter in den USA. Darin widerspiegelt sich die ernsthafte Stagnation in der Gewerkschaftsbewegung dieses Landes. Die Tatsache, daß die Zahl der gewerkschaftlich Organisierten stark zurückbleibt hinter dem allgemeinen raschen Wachstum der Armee der Lohnarbeiter, ist heute in vielen kapitalistischen Ländern ein großes Hindernis für den Kampf der Werktätigen um die Wahrnehmung ihrer Interessen, um die Sache der Arbeiterklasse.

Womit ist es zu erklären, daß sich trotz des Strebens der Arbeiter nach gewerkschaftlichem Zusammenschluß dieser Zusammenschluß in einem unverkennbar schleppenden Tempo vollzieht? Unserer Ansicht nach erklärt sich das vor allem mit der Politik der Monopole und ihrer Agenten in der Arbeiterbewegung wie auch mit der Spaltung der Gewerkschaftsbewegung. Die Fragen des Wachstums und der Erweiterung des Einflusses der Gewerkschaften sind Fragen eines akuten Klassenkampfes. Ihre Lösung erfolgt in erbitterten Kämpfen mit dem Monopolkapital. Die Bourgeoisie bedient sich recht manngärtiger Methoden gegen die Gewerkschaften, von den Glacéhandschuhen des Paternalismus, der Schaffung von „Hausgewerkschaften“ und der Verwandlung von Arbeitern in „Aktionäre“ bis zu unverhüllten Polizeimaßnahmen, gesetzgeberischen Verboten und selbst zur Ermordung von Gewerkschaftsaktivisten.

Die kommunistischen Parteien erachten, daß die gewerkschaftliche Organisierung der größtmöglichen Zahl von Proletariern im Zusammenhang mit dem Wachstum der Kampfstimmen in diesen die breitesten Massen erfassenden Traditionenorganisationen der Arbeiterklasse und im Zusammenhang mit dem Abbröckeln der reformistischen Dogmen über die „Nicheinmischung“ der Gewerkschaften in den politischen Kampf besonders große Bedeutung gewinnt. Die Gewerkschaften und ihr aktives Eintreten für die Interessen der Arbeiterklasse sind heute wichtig dafür, daß sich die gesamte Arbeiterbewegung auf ein neues Niveau aufschwingt, sind eine wichtige Voraussetzung für weitere Fortschritte der Arbeiterklasse in ihren Kämpfen gegen den Kapitalismus.

Die kommunistischen Parteien, die die Forderungen der Werktätigen unterstützen und ihre Alltagsinteressen wahrnehmen, zeigen den Zusammenhang zwischen den

unmittelbaren Sofortaufgaben und den Hauptzielen der Arbeiterbewegung, der Machteroberung und dem Kampf für den Sieg der sozialistischen Revolution, auf.

Höchst aktuell ist in Westeuropa die Lösung des Mitbestimmungsrechts der Werktätigen. Theoretisch wurde diese wichtige Aufgabe von Lenin bereits während der Vorbereitung der Oktoberrevolution auf die Tagesordnung gesetzt. Lenin schenkte der Suche nach Übergangsformen einer Teilnahme der Werktätigen an der Verwaltung der Produktion unter Verhältnissen, unter denen sich Wirtschaft und Staatsgewalt in den Händen der Bourgeoisie befinden, große Aufmerksamkeit. Als eine dieser Formen betrachtete Lenin die Errichtung einer sich über alle Orte erstreckenden Arbeiterkontrolle über die Produktion und die Verteilung der Erzeugnisse. Er betrachtete die Arbeiterkontrolle unter den Verhältnissen des Staatskapitalismus als Voraussetzung für die Vorbereitung zu der sozialistischen Umgestaltung der Gesellschaft, die nach der Eroberung der Macht durch die Arbeiterklasse, nach der Errichtung der Diktatur des Proletariats beginnt.

Größere Bedeutung gewinnt der Kampf der Arbeiterklasse für die Nationalisierung der wichtigsten Wirtschaftszweige. Die Erfahrungen mehrerer Länder zeigen, daß eine unter dem Druck der werktätigen Massen vorgenommene Nationalisierung prinzipiell wichtig ist. Man darf jedoch nicht vergessen, daß die Monopolbourgeoisie, die sich auf die mächtige Staatsmaschinerie und einen allgegenwärtigen ideologischen Apparat stützt, bestrebt ist, diese Reformen entweder zu ihren Zwecken zu benutzen oder sie zu diskreditieren. Wie in Dokumenten der Bruderparteien betont wird, besteht die Garantie dafür, daß die Arbeiterklasse die Nationalisierung mit Erfolg benutzt, in ihrem ständigen Kampf um die gesellschaftliche Kontrolle über die nationalisierten Betriebe und Wirtschaftszweige. Das ist untrennbar mit dem Kampf für den Ausbau der politischen Demokratie in ihrer Gesamtheit verbunden.

Dieser Kampf entfaltet sich immer mehr und zeitigt bereits gewisse Erfolge, wovon der relative Niedergang in den extrem rechten Parteien und Bewegungen und die chronische Zerfahrenheit in ihnen zeugen. Auch äußern sich diese Ergebnisse im Charakter der bürgerlichen Parteien. Das Monopolkapital setzt auf bürgerliche Massenparteien vom Schlag der UNR-UDT in Frankreich, der CDU/CSU in Westdeutschland oder der Liberal-Demokratischen Partei Japans, die nach der Absicht der Ideologen und Politiker der Bourgeoisie die „Eintracht des Volkes“ verkörpern sollen. Die herrschenden Monopolgruppen legen sich darüber Rechenschaft ab, daß die Anwendung von obrigkeitlichen, auf Polizeirepressalien beruhenden Regierungsmethoden für sie die Gefahr ernstlicher sozialer Erschütterungen mit sich bringt, und sie sind bestrebt, für ihre Klassenziele maximal die Möglichkeiten auszunutzen, die ihnen der Sozialreformismus und jene Politik bietet, die auf die sogenannte Integration der Arbeiterbewegung ins kapitalistische System abzielt.

Die Ausnutzung bürgerlich-demokratischer Einrichtungen im Interesse der Arbeiterklasse setzt ständige Wachsamkeit gegenüber der imperialistischen Reaktion und einen beharrlichen Klassenkampf gegen diese voraus. Der Reaktion steht heute ein starker, mobiler Machtapparat zur Verfügung, den sie benutzen kann (und bereits mehrmals benutzt hat), um ein terroristisches, autoritäres Regime zu errichten, wenn die Arbeiterklasse und die sonstigen demokratischen Kräfte nicht als Gegengewicht zu diesem Apparat über Organisationen verfügen, die imstande sind, die Anschläge der Reaktion rechtzeitig und rasch zu unterbinden, indem sie ihr eine wirksame Massenabfuhr erteilen. Die jüngsten Ereignisse in Griechenland sind in dieser Hinsicht eine sehr ernste Warnung.

Unter den modernen Verhältnissen gewinnt unserer Meinung nach die Frage der Bundesgenossen der Arbeiterklasse eine noch größere Bedeutung. Was die Bruderpaa-

teien tun, um andere Bevölkerungsschichten, besonders die breiten Massen der werktätigen Bauernschaft, der technischen und der sonstigen Intelligenz, für die Arbeiterklasse zu gewinnen, ist von großem Interesse und höchst wichtig.

Wie aus Dokumenten der Bruderparteien hervorgeht, ist die Bildung umfassender demokratischer Koalitionen eine wichtige politische Voraussetzung ernstlicher antimonopolistischer Umgestaltungen und ihres anschließenden Ausbaus. Die Kommunisten sind bemüht, die Interessen der Erhaltung der Koalition und des gemeinsamen Kampfes dafür, daß solche Koalitionen Regierungspositionen erobern, richtig mit der Notwendigkeit zu verknüpfen, entschiedene sozialökonomische und politische Umbildungen vorzunehmen, die darauf gerichtet sind, die Herrschaft der Monopole zu untergraben und alle Positionen der imperialistischen Reaktion zu beseitigen.

Große Bedeutung haben in diesem Zusammenhang Aktionen der Arbeiterklasse und der anderen demokratischen Schichten, die sich unmittelbar gegen die reaktionäre, aggressive Politik des Imperialismus richten. In letzter Zeit macht sich in dieser Hinsicht eine bestimmte Wendung zum Besseren bemerkbar. Die Stimme der Arbeiterklasse hält immer lauter in der Protestbewegung gegen die amerikanische Aggression in Vietnam und gegen das aggressive Vorgehen des Imperialismus in anderen Teilen der Welt. Die Arbeiter Italiens, Frankreichs, Japans, Australiens und anderer Länder erklären sich auf zahlreichen Meetings und Demonstrationen mit den Völkern solidarisch, die einer Aggression zum Opfer gefallen sind. Unter dem Einfluß dieser erstarkenden Stimmungen haben selbst viele Gewerkschaften der reformistischen Richtung die USA verurteilt. Bemerkenswert ist z. B. der Beschuß des letzten Kongresses der britischen Trade-Unions, der die Regierung aufgefordert hat, sich von der Südostasien-Politik der USA zu distanzieren. Diese Politik wird von vielen nichtkommunistischen Parteien in diesem oder jenem Maße verurteilt.

Zu den gefährlichsten Außerungen der imperialistischen Reaktion gehört gegenwärtig die Ausbreitung des Neonazismus in Westdeutschland. Wie die Erfahrungen der Vergangenheit zeigen, erfordert die Gefahr des Faschismus von der Arbeiterbewegung und von allen sozialistischen Kräften rechtzeitige Maßnahmen, um ein Umschreifen dieser Gefahr zu verhindern und sie mit der Wurzel auszuroden. Dazu bedarf es des sofortigen Aufgebots aller Kräfte der Arbeiterklasse, ihres Zusammenschlusses und der Bildung einer antifaschistischen Einheitsfront in Westdeutschland selbst wie auch in den anderen, besonders den westeuropäischen Ländern.

Die Realisierung der Möglichkeiten, über die die Arbeiterklasse gebietet, hängt in entscheidender Weise von ihrer Aktionseinheit im gesamtnationalen Maßstab ab, vor allem von der Aktionseinheit der kommunistischen und der sozialdemokratischen Bewegung. Heutzutage ist eine solche Einheit in mehreren Ländern die wichtigste Voraussetzung dafür, daß die gesamte gesellschaftlich-politische Tätigkeit der Arbeiterklasse ein höheres Niveau erreicht. Wie eh und je hebt das natürlich die Notwendigkeit eines konsequenten und prinzipienfesten Kampfes gegen den Reformismus nicht auf. Unterschiedliche Auffassungen dürfen jedoch kein Hindernis für die Aktionseinheit in den wichtigsten Fragen des Kampfes gegen die Monopole und gegen die Kriegsgefahr sein. Die Erfahrungen der Arbeiterbewegung einiger Länder zeigen, daß in dieser Hinsicht bestimmte Möglichkeiten bestehen.

Heutzutage lehnt die Arbeiterbewegung in den kapitalistischen Ländern die Ansicht ab, sie könne ihre Ziele mit einem Schlag durchsetzen, ohne einen tagtäglichen Kampf zu führen. Solche Ansichten können nur Stimmungen passiven Abwartens oder solche des Abenteururts hervorbringen. Die Verwerfung solcher „Theorien“, die Erkenntnis, daß auch unter den heutigen Umständen ein Vormarsch unter Offensivkämpfen möglich ist, hilft

den Bruderparteien, erfolgreich für die Untergrabung der Herrschaft des Monopolkapitals zu kämpfen, und ermöglicht es ihnen, ihre Strategie und Taktik im Kampf um die Erreichung der Sofort- und der Endziele der Arbeiterbewegung elastischer und wirksamer zu gestalten. Im Kampf um die Lösung dieser Aufgaben formiert sich heute in den verschiedenen Ländern der Welt die politische Armee der sozialistischen Revolution, die sich stärkt und fähig sein wird, den entscheidenden Sieg über die kapitalistische Ordnung zu sichern.

In welcher Form sich der Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus auch vollziehen mag — möglich ist er nur auf dem Wege der Revolution und der Errichtung der Diktatur des Proletariats in dieser oder jener Form. Tiefgreifende demokratische, antimonopolistische Umbildungen sind die Vorbereitung zu sozialistischen Umbildungen, an sich aber können solche Umbildungen weder im einzelnen noch in ihrer Gesamtheit die Eroberung der Macht durch die Arbeiterklasse ersetzen. Diese bleibt nach wie vor das Hauptklassenziel des Proletariats, der gesamten revolutionären Bewegung.

Die moderne internationale Arbeiterbewegung kann nicht außerhalb des organischen Zusammenhangs mit denjenigen Kolonnen der Bewegung betrachtet werden, die an der ehemaligen Kolonialperipherie des Imperialismus tätig sind. In der Gesamtbilanz der revolutionären Kräfte der Welt spielt die Arbeiterklasse Lateinamerikas, Afrikas und Asiens eine immer größere Rolle.

Die lateinamerikanische Arbeiterbewegung hat insofern besondere Bedeutung, als sie sich in unmittelbarer Nähe der Vereinigten Staaten entfaltet. Sie macht unmittelbar gegen die nordamerikanische wirtschaftliche und politische Expansion Front und spielt im allgemeinen Kampf gegen den Yankee-Imperialismus, das Hauptbollwerk der Reaktion, den Hauptgegner der sozialistischen Umgestaltung der Welt, eine große Rolle, die in Zukunft zweifellos noch wachsen wird.

Gegenwärtig ist das Proletariat, das in den Nachkriegsjahren besonders stürmisch wuchs, die größte Klasse Lateinamerikas. Sie bildet dort insgesamt fast 40 Prozent der berufstätigen Bevölkerung, doch ist das Industrieproletariat (etwa 7 Millionen) in Lateinamerika viel kleiner als das Agrarproletariat (rund 15 Millionen), das zum Unterschied von den Ländern des hochentwickelten Kapitalismus weiterhin wächst.

Schon seit vielen Jahrzehnten führt die lateinamerikanische Arbeiterklasse einen beharrlichen und heroischen Kampf gegen Ausbeutung und Unterdrückung in jeder Form. In diesem Kampf benutzt sie die bewährte Waffe der Streiks, die von Zeit zu Zeit einen erbitterten Charakter annehmen, viele Teilnehmer erfassen und in politischen Aktionen gipfeln. In den Jahren 1959—1961 streikten auf dem Kontinent insgesamt 20—21 Millionen. In den darauf folgenden Jahren sank diese Zahl jedoch auf 13—15 Millionen. Die kommunistischen Parteien der lateinamerikanischen Länder stellen fest, daß die Streikbewegung etwas an Schärfe verloren hat.

Uns ist klar, daß die Schwierigkeiten, die die lateinamerikanische Arbeiterbewegung durchmacht, vorübergehender Natur sind. Wie die Bruderparteien mit Recht konstatieren, bestehen potentielle Möglichkeiten für das Wachstum der Arbeiterbewegung, und diese wird sich verstärken.

Unter diesen Umständen wächst die Rolle der marxistisch-leninistischen kommunistischen Parteien Lateinamerikas als Organisatoren der Arbeiterbewegung und der gesamten revolutionären Bewegung in ihren Ländern, als ideologische und politische Avantgarde der breiten werktätigen Massen noch mehr. Die kommunistischen Parteien

des Kontinents ziehen die gebotenen Schlußfolgerungen aus der konkreten Lage, sie finden neue Formen, um die Kräfte des Proletariats und alle Werktätigen zur Lösung ihrer Aufgaben aufzubieten...

Die jüngste Kolonne der internationalen Arbeiterklasse sind die Proletarier der ehemaligen kolonialen und abhängigen Länder Asiens und Afrikas. Vor einem halben Jahrhundert gab es in diesen Welträumen lediglich einzelne Inseln des Industrieproletariats. Die Gesamtzahl der Arbeiterklasse belief sich dort höchstens auf 3—4 Millionen. Heute sind allein in der Industrie Asiens (ohne die sozialistischen Staaten und ohne Japan) und Afrikas über 20 Millionen beschäftigt.

Der Arbeiterklasse und der Arbeiterbewegung ist in der ehemaligen Kolonial- und Halbkolonialwelt eine weitaus größere Ungleichmäßigkeit der Entwicklung eigen als in der Zone des „alten“ Kapitalismus. Man kann z. B. die Arbeiterklasse Indiens, die schon vor 40—45 Jahren große Klassenkämpfe führte, kaum eine junge Klasse nennen. Aber in Asien und besonders in Afrika gibt es nicht wenige Staaten, in denen das Proletariat noch im ersten Stadium seiner Formierung steht.

Bei aller Ungleichmäßigkeit ihrer Entwicklung hat die Arbeiterklasse Asiens gemeinsame Züge mit der afrikanischen Arbeiterklasse, was durch die historischen Umstände ihrer Formierung unter den Bedingungen einer langjährigen kolonialen oder halbkolonialen Unterdrückung hervorgerufen ist.

In der Kolonialperiode wurde die kapitalistische Produktion in den afro-asiatischen Ländern hauptsächlich vom Auslandskapital ausgebaut. Infolgedessen entwickelte sich in einigen von diesen Ländern die Arbeiterklasse rascher als die nationale Bourgeoisie. Diese Tendenz wirkt in diesem oder jenem Maße auch nach der Eroberung der Unabhängigkeit in Ländern fort, wo sich die Industrie vor allem im Rahmen des staatlichen Sektors entwickelt. Das bietet dem Proletariat einen bestimmten Vorteil im Kampf um die Festigung seiner politischen und sozialen Positionen in den jungen Nationalstaaten.

Es muß auch konstatiert werden, daß das demütigende Kolonialjoch und die Rassendiskriminierung in der Arbeiterklasse zur Aufspeicherung eines großen Hasses auf den Imperialismus führten. Zudem ist die Arbeiterklasse in diesen Ländern in der Regel frei von den demoralisierenden Traditionen des Reformismus.

Es ist ein großer Vorteil für das Proletariat der afro-asiatischen Länder, daß es sich in einer Epoche formiert und in breiter Front den Schauplatz des politischen Kampfes betritt, in der die Rolle der Arbeiterklasse im internationalen Maßstab eine gewaltige Steigerung erfahren hat. Die modernen internationalen Verhältnisse bieten höchst günstige Möglichkeiten für die Entwicklung der afro-asiatischen Arbeiterbewegung. Unsere Zeit ist die Zeit eines gigantischen Wachstums der Autorität des Sozialismus, bei dem man mit Recht vor allem an die Arbeiterklasse, an die Arbeiterbewegung denkt.

Die Proletarier der ehemaligen Kolonien und abhängigen Länder haben bereits in ihren ersten Entwicklungsstadien Gewerkschaften und andere Klassenorganisationen gegründet, die heute an die 17 Millionen Mitglieder zählen. In fast 30 afro-asiatischen Ländern gibt es kommunistische Parteien.

Zugleich sind der Arbeiterbewegung in diesen Ländern gewisse Schwächen eigen. Der Anteil der Fabrik- und Werkarbeiter ist relativ klein (etwa ein Sechstel aller im Lohnverhältnis Stehenden), es überwiegen Proletarier, die in der Klein- und in der Zwerkgewerbe beschäftigt sind und von denen sich viele nach wie vor in bezug auf die Wirtschaft und die Lebensformen wie auch in sozialpsychologischer Hinsicht mit dem Dorf, den Gemeinden und Kästen verbunden fühlen. Negativ äußern sich auch der Druck

der vorkapitalistischen Ausbeutungsmethoden, das Analphabetentum und das große Elend. Eine starke Wirkung üben noch die religiösen, ethnischen und anderen Vorurteile aus. Verschiedene kleinbürgerliche Abenteurergruppen und die reaktionären nationalistischen Kräfte sind bemüht, diese Schwächen auszunutzen.

Ein charakteristischer Zug der proletarischen Bewegung in Asien und Afrika ist seit ihrer Entstehung ihr enger Zusammenhang mit dem nationalen Befreiungskampf gegen das koloniale und imperialistische Joch, ihre Verbundenheit mit dem ersten Land des Sozialismus und den anderen sozialistischen Ländern. Das Proletariat setzt sich für die nationale Befreiung seiner Völker auf einer neuen, antikapitalistischen Grundlage und nicht auf der alten, bürgerlichen oder vorbürgerlichen Basis ein.

Die enge Verflechtung der proletarischen Klassenaufgaben und der nationalen Befreiungsaufgaben führt dazu, daß die Sache der nationalen Wiedergeburt für das Proletariat zu seiner eigenen Klassensache wird. Das ist auch bestimmd für das Problem der Klassenbündnisse und ihre Bedeutung in diesem Raum der Welt...

Die Oktoberrevolution hat neue mächtige Mittel der internationalen Einwirkung der Arbeiterklasse auf die weltweite Entwicklung hervorgebracht und damit den Inhalt des proletarischen Internationalismus bereichert.

Die heutige Lage erfordert die weitere Entwicklung des Inhalts und der Formen des proletarischen Internationalismus. Immer mehr Völker erhalten die Möglichkeit, ihren schöpferischen Beitrag zum Prozeß der sozialistischen Umgestaltung des Erdalls zu leisten. Der Einzug des sozialistischen Systems in der Weltarena hat das Problem der Zusammenarbeit der Völker, die den sozialistischen Weg betreten haben, auf die Tagesordnung gesetzt. Zum erstenmal sind die Prinzipien des proletarischen Internationalismus zur Praxis der Beziehungen nicht nur zwischen Klassen, sondern auch zwischen Staaten geworden. Im Zusammenhang damit, daß die kommunistischen Parteien jetzt kompliziertere, profondere Aufgaben zu lösen haben, ist die Frage der Verknüpfung der nationalen und der internationalen Aufgaben der Arbeiterbewegung in jedem Lande besonders aktuell geworden.

Betrachtet man den ganzen Kreis der Probleme des proletarischen Internationalismus, so gewinnt heutzutage auch die Frage der Einheit der Arbeiterbewegung bei der Unterstützung der nationalen Befreiungsbewegung und der Solidarität mit ihr eine besondere Bedeutung. Das erklärt sich sowohl durch die positiven Aufgaben der Wahl des Weges für eine fortschrittliche Entwicklung, denen sich die befreiten Länder nun gegenübersehen, wie auch durch das Bestreben des Imperialismus, an diesem Abschnitt des weltweiten Kampfes ein Übergewicht der Kräfte zu schaffen, sich mit militärischen Mitteln wieder in den Besitz seiner verlorenen Positionen zu setzen. Der aggressive Kurs des Imperialismus gegenüber der nationalen Befreiungsbewegung ist keine untergeordnete und keine regionale Frage, sondern eine Frage, die alle revolutionären Kräfte betrifft.

Am markantesten äußert sich der proletarische Internationalismus heute im Kampf gegen die räuberische Aggression des amerikanischen Imperialismus in Vietnam. Die Sowjetunion und die anderen sozialistischen Länder erweisen dem heroischen Volke Vietnams eine allseitige Hilfe und Unterstützung in seinem gerechten Kampf. In den Ländern des Imperialismus tritt die Arbeiterklasse als wichtigster und aktivster Teilnehmer der Massenprotestbewegung hervor, die alle Bevölkerungsschichten erfaßt. Der Schwung dieser Bewegung führt zu einer wachsenden Isolation des amerikanischen Imperialismus. Gegen ihn nehmen nicht nur kommunistische Arbeiter Stellung, sondern auch sozialistische Arbeiter, Katholiken, Vertreter der verschiedenen po-

litischen Richtungen in der Arbeiterbewegung. Es gab in der Nachkriegsgeschichte kaum eine Frage, in der eine so deutliche Annäherung der Positionen aller Kolonnen der Arbeiterbewegung festzustellen gewesen wäre...

Hauptvoraussetzung aller früheren und aller künftigen Siege der Arbeiterklasse war und bleibt die Tätigkeit der Avantgarde der modernen sozialen Revolution: *der kommunistischen Weltbewegung von heute*.

Die Vereinigung der revolutionären Weltbewegung mit der marxistisch-leninistischen Theorie und der politischen Praxis der Kommunisten ist der wichtigste Charakterzug der Oktoberepoche. Gerade diese Vereinigung ist bestimmd für die Generalrichtung der modernen Geschichte: für den Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus.

Der wissenschaftliche Kommunismus gibt die Antwort auf die grundlegenden Probleme unseres Jahrhunderts. Er erkennt abstrakte Schemas nicht an, sondern beruht auf einer sorgfältigen Analyse der konkreten Lage, auf Berücksichtigung des realen Verhältnisses zwischen den Klassenkräften in jedem Lande, in jeder Zone und in der gesamten Weltarena. Darin besteht seine Stärke, darin liegt seine Wirksamkeit und die Gewähr seines Erfolges...

Unter den heutigen Umständen des stürmischen Wachstums der antiimperialistischen Kräfte tragen gerade die Kommunisten eine besondere Verantwortung für die Aktionseinheit aller, die gegen Reaktion und Krieg auftreten und sich für Demokratie und Fortschritt einsetzen. Die Marxisten sehen heute ihre Aufgabe mehr als je darin, das, wie Lenin sagte, Werk der internationalen Arbeiter zu tun: die Werktäglichen zusammenzuschließen, zu vereinen, zu zementieren zur einheitlichen gemeinsamen Arbeit, zum Wohle der gesamten werktätigen Menschheit, um des Sozialismus und des Friedens willen.

Um auf der Höhe ihrer historischen Aufgabe zu sein, kämpfen die Marxisten-Leninisten unermüdlich für die Einheit der kommunistischen Bewegung selbst.

Die Unterschiedlichkeit der Bedingungen, unter denen die kommunistischen Parteien wirken, bestimmt auch den Unterschied in ihrem Herangehen an die Lösung dieser oder jener konkreten Probleme, an die Wahl der spezifischen Mittel und Formen des Kampfes. Aber für Marxisten kann das kein Hindernis sein, die Geschlossenheit der Bewegung als Ganzes zu festigen und in der Politik einheitliche Positionen zu erarbeiten.

Der proletarische Internationalismus geht von den Prinzipien der Gleichberechtigung und Selbständigkeit aller Teilnehmer der kommunistischen Bewegung, aller Bruderparteien aus. Der Grundsatz der Selbständigkeit und Gleichberechtigung, wie wir ihn verstehen, muß die internationalen Bande festigen. Die Tatsache der Selbständigkeit einer proletarischen Partei setzt voraus, daß sie die nationalen Möglichkeiten restlos ausnutzt, um die internationalen Aufgaben zu lösen. Dieser Standpunkt ist heute allen Marxisten-Leninisten gemein.

In all diesen Fragen deckt sich die Position der KPdSU mit der Meinung der überwiegenden Mehrheit der Bruderparteien.

Jetzt, da die internationale Arbeiterklasse in die zweite Hälfte des ersten Jahrhunderts des Sozialismus eintritt, sieht sie siegesgewiß in die Zukunft.

Die internationale Arbeiterklasse ist die große Kraft der menschlichen Gesellschaft. Sie ist die Klasse, die mehr als drei Viertel des Sozialprodukts der ganzen Welt herbringt.

Das Bestehen des sozialistischen Weltsystems bedeutet, daß die internationale Arbeiterklasse über zwei Fünftel der industriellen Weltproduktion, über eine gewaltige rüstungswirtschaftliche Macht verfügt, und das bedeutet, daß sie heute nie dagewesene Möglichkeiten und Hebel besitzt,

durch die sie auf alle Lebensaspekte der modernen Welt Einfluß nehmen kann.

Die internationale Arbeiterklasse wird immer mehr von der Ideologie des Marxismus-Leninismus durchdrungen, wird sich immer mehr ihrer unbesiegbarer Stärke bewußt. Das Beispiel des siegreichen Aufbaus des Sozialismus und Kommunismus verleiht der Arbeiterklasse des nichtsozialistischen Teils der Welt neue Kräfte und festigt ihren Glauben an den Sieg über den Kapitalismus. Das Bündnis zwischen der Arbeiterklasse der sozialistischen Länder und der Arbeiterklasse der nichtsozialistischen Staaten ist eine Macht, die nicht ihresgleichen hat.

Die moderne internationale Arbeiterklasse hat zuverlässige und mächtige Bundesgenossen. Dieses halbe Jahrhundert hat den überzeugenden Beweis dafür erbracht, daß die Arbeiterklasse der wahre Anziehungspunkt für alle revolutionären, alle antiimperialistischen Kräfte, daß vor allem sie der Träger des gesellschaftlichen Fortschritts der Welt ist.

Die moderne internationale Arbeiterklasse ist der wahre Kunde der Interessen der überwiegenden Mehrheit der Menschheit. Gerade sie und ihre Parteien, die kommunistischen Parteien, haben das Banner der Interessen aller schaffenden Menschen hoch erhoben und es vermocht, in ihrer Politik das uralte Streben der Menschheit nach Freiheit, Frieden und Sozialismus in die Tat umzusetzen.

In den Tagen, in denen das 50. Jubiläum der Großen Sozialistischen Oktoberevolution gefeiert wird, äußern sich alle diese Züge der heutigen internationalen Arbeiterklasse konzentriert in den Manifestationen der Freundschaft für das erste Land des Sozialismus, die in allen Ländern der Erde stattgefunden haben. Die sowjetische Arbeiterklasse und das ganze Sowjetvolk haben ihrerseits in diesen Festtagen des Sozialismus die unerschütterliche Treue manifestiert, die sie den internationalistischen Traditionen der Oktoberevolution wahren.

Für uns, die sowjetischen Kommunisten, bedeutet die Fortsetzung der Sache des Oktober, wie das Zentralkomitee unserer Partei im Zusammenhang mit dem 50. Jahrestag der Oktoberevolution feststellte:

der Generallinie der kommunistischen Weltbewegung die Treue zu wahren und entschieden für ihre konsequente Verwirklichung zu kämpfen;

den Aufbau der kommunistischen Gesellschaft zu entfalten, die ökonomische, politische und militärische Macht der Sowjetunion, des zuverlässigen Bollwerks der internationalen revolutionären Bewegung, zu steigern;

auf jede Weise das Heimatland des Oktober, das Sowjetland, und das sozialistische Weltsystem, die wichtigste revolutionäre Gegenwartskraft, zu festigen;

die Volksbefreiungsbewegung für nationale Unabhängigkeit und soziale Fortschritt, gegen Imperialismus und Reaktion zu unterstützen;

nach dem Zusammenschluß aller revolutionären und demokratischen Kräfte zu einer antiimperialistischen Einheitsfront zu streben;

die Einheit der kommunistischen Weltbewegung, der Avantgarde der modernen Menschheit, auf der prinzipiellen Basis des Marxismus-Leninismus zu festigen;

entschieden gegen den Imperialismus und seine Anschläge auf die Unabhängigkeit und die Rechte der Völker zu streiten, für den Frieden, die internationale Sicherheit und die Abwendung eines thermonuklearen Weltkriegs zu kämpfen.

Wir schreiten vorwärts auf bewährtem Kurs. Das fünfzigjährige Jubiläum des Oktober, des heroischen Kampfes für den Sozialismus und Kommunismus und die Perspektiven, die sich der internationalen Arbeiterklasse von den Stellungen aus bieten, die sie bereits erreicht hat, festigen ihre Gewißheit, daß sie ihre historische Mission erfüllen, daß der Sozialismus in der ganzen Welt siegen wird.

Aus dem Referat der Vorsitzenden der Kommunistischen Partei Spaniens Dolores Ibárruri

Dolores Ibárruri ging auf verschiedene Aspekte des proletarischen Internationalismus sowie auf aktuelle Fragen der Strategie und Taktik der revolutionären Kräfte ein. Sie warf die Frage nach der grundsätzlichen Bedeutung des Verhältnisses der revolutionären Weltbewegung zum ersten sozialistischen Staat der Welt auf.

Die Oktoberevolution, erklärte sie, ist eine Revolution, die nicht ein Land allein betrifft, selbst wenn es sich um ein Land wie Rußland handelt, das gewaltig ist wie ein Kontinent und dem eine Vielzahl der verschiedensten Völker angehört.

Dadurch, daß die Oktoberevolution der Hegemonie des Kapitalismus ein Ende machte und die sozialistische Ordnung errichtet, in welcher die Arbeiterklasse die wichtigste, führende Kraft ist, veränderte sie das politische und soziale Antlitz der Welt und eröffnete eine neue Epoche, die Epoche der sozialistischen Revolutionen. Sie bestätigte praktisch die Lebensfähigkeit des Sozialismus, der der Traum vieler großer Denker der Vergangenheit war, sie bestätigte vollständig die von Marx und Engels im „Kommunistischen Manifest“ dargelegte Theorie des wissenschaftlichen Sozialismus.

Seit der Geburt der Sowjetunion, des ersten sozialistischen Staates, des Bollwerks des Sozialismus und der Unabhängigkeit der Völker, machte die imperialistische Reaktion der ganzen Welt alle nur erdenklichen Anstrengungen und griff zu den verschiedensten Provokationen, um die Festigung und Stärkung des sozialistischen Landes zu verhindern, das wie ein heller Leuchtturm über dem stürmischen, von ständigen Widersprüchen zerrissenem Erdall emporragte und der Arbeiterklasse und den fortschrittlichen Kräften aller Länder den Weg zum Sozialismus und zu einem dauerhaften Frieden wies. Im Laufe dieser ganzen 50 Jahre wurden gegen die Sowjetunion die verbrecherischsten und ungeheuerlichsten Kampfmethoden angewandt, von Kriegen und unablässigen Provokationen bis zu schmutzigen anti-kommunistischen und antisowjetischen Kampagnen, zu ungeheuerlicher Verleumdung, zu Lügen, zu Entstellungen des Wesens des sozialistischen Systems, unternommen, um in der Arbeiterklasse den Wunsch abzutöteten, den durch die Oktoberevolution entdeckten Weg zu gehen.

Aber die Wahrheit ist stärker als alle Lügen und Verleumdungen, die über das Sowjetland verbreitet werden. Sie besteht darin, daß die wissenschaftlichen, technischen und kulturellen Leistungen der Sowjetunion so erstaunlich und bewegend sind, daß die Lügen der sowjetfeindlichen und antikommunistischen Propaganda angesichts der Realität der Erfolge und Errungenschaften des Sozialismus in Staub zerfallen.

Heute ist ebenso klar wie eh und je, daß die bewußtesten Kräfte der sozialistischen, der Arbeiter- und der demokratischen Bewegung, daß sich der fortschrittliche Teil der Intelligenz aller Länder der Welt zum Kampf für den Schutz des Sowjetlandes erhoben, weil sie in ihm den Künster ihrer eigenen Interessen, ihrer eigenen Zukunft erkannten.

Diese von Weitsicht zeugende, ehrliche demokratische und revolutionäre Haltung, deren sich die Kommunisten, die Vorhut der Arbeiterbewegung, in den schwierigsten Augenblicken mit besonderem Nachdruck befleißigten, erweckte den rasenden Haß der niederträchtigen und gemeinen Agenten des Imperialismus in jedem Lande. Die kommuni-

nistischen Parteien wurden beschuldigt, antinationale Parteien zu sein, weil sie den Schutz der Sowjetunion als den Schutz der Interessen der Arbeiterklasse im nationalen und internationalen Maßstab betrachteten. Der Schutz der Sowjetunion war zugleich Schutz der Völker, die gegen das Kolonialjoch, für die nationale Unabhängigkeit kämpfen. Und als wir auf der Festsetzung zum 50. Jahrestag der Oktoberrevolution die bewegenden Worte der Vertreter des jungen Afrika, des Afrikas der nationalen Demokratie, hörten, als wir hörten, wie sie der Sowjetunion für ihre Hilfe und Unterstützung dankten, empfanden wir Freude und fanden bestätigt, wie richtig unsere ständige Politik der Solidarität mit dem Sowjetvolk gegenüber allen Attacken der Weltreaktion war.

Und heute, da 50 Jahre seit der Oktoberrevolution und 22 Jahre seit dem Ende des zweiten Weltkriegs vergangen sind, der dank dem Heroismus der Soldaten der Sowjetarmee und des ganzen Sowjetvolkes im Sieg der demokratischen Kräfte gipfelte, können wir dagegen, die uns zum Vorwurf machen, daß wir unseren Internationalismus und die Solidarität mit dem Sowjetland höher stellten als die Interessen der nationalen Bourgeoisie, vor aller Welt fragen: Wie wäre es heute um das Schicksal und um die Lage der internationalen Arbeiterklasse bestellt, wenn die Sowjetunion den nazistischen Aggressoren nicht das Rückgrat gebrochen hätte? Nazistische Massenvernichtungslager — das ist die Antwort. Davon zeugen die Gettos und die Zwangsarbeit für Millionen Männer und Frauen aller Länder, die die Nazis im Krieg okkupiert hatten, von Frankreich bis Polen und zur Sowjetunion. Davon zeugen auch die himmelschreiende barbarischen Verstümmelungen, die den Männern, Frauen und Kindern zugefügt wurden, welche den sogenannten deutschen „Wissenschaftlern“ in den KZs als Versuchstiere dienten.

Der Sieg des Nazismus hätte eine unerhörte Verstärkung der Reaktion, der Ausbeutung der Werktätigen aller Länder und die Unterdrückung der fortschrittlichen demokratischen und revolutionären Bewegung auf Jahrzehnte hin bedeutet.

Und umgekehrt: Was bedeutete der Sieg der Sowjetunion über die Nazis? Das ist leicht zu sagen. Nach der Oktoberrevolution war das die ihrer internationalen Bedeutung nach zweite Niederlage, die das kapitalistische System in seiner Gesamtheit erlitten hat.

Wenn die Oktoberrevolution 160 Millionen Menschen vom kapitalistischen Joch befreite, so wurden mit dem Sieg des Sowjetvolkes über den Nazismus im Großen Vaterländischen Krieg 1941—1945 neue Länder Europas und Asiens von der Herrschaft des Kapitalismus befreit.

In Lateinamerika sehen wir die Bewegung des nationalen Widerstandes gegen den Yankee-Imperialismus und gegen die proimperialistische reaktionäre Bourgeoisie in allen Ländern erstehen, für die Kuba Symbol und Vorbild des Kampfes ist.

Und heute sind es nicht mehr Hunderte Millionen, sondern mehr als eine Milliarde Menschen, die ohne Kapitalisten und Großgrundbesitzer leben und schaffen und der Entwicklung des Sozialismus in der ganzen Welt einen neuen Auftrieb geben.

Dank der Oktoberrevolution und der Hilfe des ersten sozialistischen Staates der Welt sind weitere 13 sozialistische Länder entstanden: Bulgarien, Albanien, Nordkorea, die Mongolei, Ungarn, China, das demokratische Deutschland, Polen, Rumänien, die Tschechoslowakei, Jugoslawien, Kuba und das heroische Nordvietnam.

Der afrikanische Kontinent macht sich vom Kolonialismus frei.

Das ist die beste Antwort an diejenigen, die immer noch die von der Geschichte schonungslos verworfenen alten antikommunistischen und antisowjetischen Lösungen wiederholen.

Aus dem Referat des Generalsekretärs der Kommunistischen Partei der USA Gus Hall

Gus Hall sprach über eine der wichtigsten Aufgaben der revolutionären Kräfte: über den Kampf gegen den amerikanischen Imperialismus. Dabei äußerte er namentlich seine Gedanken über die allgemeine Einschätzung des Kräfteverhältnisses in der Welt und über die Entwicklung der demokratischen Bewegung in den Vereinigten Staaten.

Die fortlaufende Eskalation des verbrecherischen Krieges gegen das vietnamesische Volk, die amerikanisch-israelische Aggression gegen die Völker Ägyptens, Syriens und Jordaniens, die mit verstärktem Eifer unternommenen Versuche, die Positionen des Kolonialismus in Afrika wiederherzustellen, das Andauern der Politik der Aggression gegen Kuba und die allgemeine Eskalation der amerikanischen Aggressionspolitik haben die internationalen Spannungen erhöht und die Gefahr eines Weltkriegs mit allen seinen Folgen stark vergrößert.

Außerdem gab es in einigen Räumen einzelne Niederlagen, z. B. Indonesien, Ghana oder Griechenland. Es sind einige negative Erscheinungen aufgetreten, von denen die inneren Ereignisse in der Volksrepublik China besonders schwerwiegend sind. Sie haben den antiimperialistischen Kräften Abbruch getan.

Welche Schlüssefolgerungen müssen wir aus all dem ziehen? Etwa die, daß der internationale revolutionäre Prozeß rückläufig geworden sei oder eine andere Richtung eingeschlagen habe? Sollten wir etwa schließen, daß wir uns mit der Einschätzung des internationalen Kräfteverhältnisses und des Hauptinhalts der Epoche übereilt hätten oder daß es dem Weltimperialismus gelungen wäre, das Antlitz der Epoche erneut zu verändern?

Wir glauben, daß solche Schlüssefolgerungen falsch wären. Das würde bedeuten, langfristige Prognosen auf kurzfristigen Veränderungen aufzubauen. Das würde bedeuten, die Bewegung der Wellen an der Oberfläche mit der Hauptrichtung des Stroms zu verwechseln. In diesem Zusammenhang ist es sehr nützlich, sich bei Lenin Rat zu holen. Es sei mir gestattet, einige Zeilen zu zitieren. Lenin sagte:

„Die Marx'sche Methode besteht vor allem darin, daß der objektive Inhalt des geschichtlichen Prozesses im jeweiligen konkreten Augenblick, in der jeweiligen konkreten Situation berücksichtigt, daß vor allem begriffen wird, die Bewegung welcher Klasse die Haupttriebfeder für einen möglichen Fortschritt in dieser konkreten Situation ist.“ Und ferner sagt Lenin: „Es ist von großen geschichtlichen Epochen die Rede; in jeder Epoche gibt es wie bisher so auch künftig einzelne Teilbewegungen bald vorwärts, bald rückwärts, gibt es wie bisher so auch künftig verschiedene Abweichungen vom Durchschnittstypus und vom Durchschnittstempo der Bewegungen. Wir können nicht wissen, mit welcher Schnelligkeit und mit welchem Erfolg sich einzelne geschichtliche Bewegungen der jeweiligen Epoche entwickeln werden. Wir können aber wissen und wissen tatsächlich, welche Klasse im Mittelpunkt dieser oder jener Epoche steht und ihren wesentlichen Inhalt, die Hauptrichtung ihrer Entwicklung, die wichtigsten Besonderheiten der geschichtlichen Situation in der jeweiligen Epoche usw. bestimmt. Nur auf dieser Grundlage, d. h., wenn wir in erster Linie die grundlegenden Unterscheidungsmerkmale verschiedener 'Epochen' (nicht aber einzelner Episoden in der Geschichte einzelner Länder) in Betracht ziehen, können wir unsere Taktik richtig aufbauen; und nur die Kenntnis der Grundzüge einer bestimmten Epoche kann als

Basis für die Beurteilung der mehr ins einzelne gehenden Besonderheiten dieses oder jenes Landes dienen.“

Negative Schlüsse wären nicht nur irrig, sondern würden auch eine einseitige Beurteilung der heutigen Gegebenheiten bedeuten. Neben negativen Veränderungen sind auch positive eingetreten.

Wir glauben, eine realistische Schlüssefolgerung müßte wie folgt aussehen. Jawohl, die Krise des Imperialismus hat die Lage stark zugespitzt, die Gefahr eines Weltkriegs ist gestiegen, aber die Kräfte des Imperialismus sind nicht stärker geworden, der Imperialismus sieht sich neuen großen Schwierigkeiten gegenüber. Die Gefahren sind gewachsen, aber auch die Möglichkeiten für Siege über den Imperialismus haben sich wesentlich vergrößert. So ist es um die Doppelnatürlichkeit des Umschwungsmoments bestellt.

Die zweite Frage, die wir kollektiv zu prüfen haben, ist die folgende: Sind wir im vollen Maße für die neuen Möglichkeiten vorbereitet, können wir diese neuen günstigen Möglichkeiten in vollem Umfang nutzen, entsprechen unsere Taktik und die Formen des Kampfes der Massen den Aufgaben des Augenblicks?

Genossen und Freunde, wir alle wissen, welcher Preis für eine Unterschätzung der Kräfte des Gegners zu erlegen

ist. Aber wir wissen auch, wie gefährlich es ist, seine Schwächen nicht zu sehen, die Möglichkeiten für den Sieg nicht zu sehen. Es liegt mir fern, Illusionen über den amerikanischen Imperialismus verbreiten zu wollen — das ist ein gefährlicher, erfundensreicher und verschlagener Gegner. Aber wir sind überzeugt, daß nun viel größere Möglichkeiten bestehen, den amerikanischen Imperialismus zum Zurückweichen zu zwingen. Und wenn er zum Zurückweichen gezwungen ist, so bedeutet das den Anfang seines Endes...

Man darf die Eskalationsstufen nicht einfach als einen strategischen Plan zur Unterwerfung Vietnams durch die amerikanischen Truppen betrachten. Jeder Schritt der Eskalation war durch die Notwendigkeit hervorgerufen, Schäden zu reparieren, die sich aus früheren Rechenfehlern ergaben. Dank dem heroischen Kampf des vietnamesischen Volkes, von dem man sich vorgestellt hatte, es könnte durch eine kleine Zahl von Marionettentruppen mit Hilfe einiger weniger amerikanischer „Berater“ unterworfen werden, hat sich diese „Unterwerfung“ in einen großen Krieg verwandelt, der schwerwiegende Folgen innerhalb der USA hat. *Das ist ein Krieg, den der amerikanische Imperialismus nicht gewinnen kann. Das ist der unpopulärste Krieg in der Geschichte unseres Landes.*

Neuer Druck auf Kambodscha

Am 27. November erließ das Staats-

oberhaupt von Kambodscha, Prinz Norodom Sihanouk, an das Volk seines Landes den Aufruf, zur Verteidigung der Heimat bereit zu sein. Er verwies

warnend darauf, daß die Gefahr eines unmittelbaren Überfalls auf Kambodscha durch die USA jäh gewachsen ist, deren eine halbe Million starke Armee die beiden Nachbarländer, Südvietnam und Thailand, faktisch besetzt hält.

Um die vom amerikanischen Militärkrieg schon lange ausgeheckten Pläne zur Umwandlung Kambodschas in einen neuen Kriegsschauplatz in Indochina auszuführen, braucht das Pentagon einen Vorwand. Nun bringt die New Yorker Presse aufdringliche, aus den Fingern gesogene „Berichte“, wonach die DRV und die südvietnamesischen Patrioten Kambodscha als „Aufmarschgebiet benutzen“, in dem ein „ganzer Militärkomplex der Vietkong“ besteht. New York Daily News z. B. behauptet, daß Kambodscha zu einem „sichereren Hort für die kommunistischen Streitkräfte“ geworden sei, und fordert Washington auf, „durchzugreifen“.

Die Regierung von Kambodscha hat diese provokatorischen Erddichtungen wiederholt kategorisch widerlegt. Viele ausländische Beobachter und Journalisten sowie Mitglieder der Internationalen Überwachungs- und Kontrollkommission konnten sich davon überzeugen, daß es in Kambodscha keine Militärstützpunkte oder Anlagen der FNL oder der DRV gibt.

Die Hetze gegen Kambodscha, die Behauptung, es sei ein „Hort für die Vietkong“, verstärkte sich ganz beson-

ders in den letzten Wochen nach Schlägen, die die südvietnamesische Befreiungsarmee den amerikanischen Interventionen im Raum von Dakto, Loc Ninh u. a. zugefügt hat. In diese Hetze hat sich der amerikanische Oberbefehlshaber in Südvietnam, General Westmoreland, eingeschaltet, der während seines kürzlichen Aufenthaltes in Washington Kambodscha beschuldigte, der dortige Hafen Sihanoukville werde zur Versorgung der südvietnamesischen Patrioten benutzt.

Ein Korrespondent des Washington Evening Star berichtete vor kurzem, daß im Pentagon „bereits spezielle Pläne einer Quarantäne der Kambodschaküste entworfen worden“ seien, d. h. einer Seeblockade dieses neutralen Landes.

In der Erklärung der Regierung von Kambodscha vom 28. November an die UNO werden alle diese Anschuldigungen als völlig hältlos zurückgewiesen und hervorgehoben, daß ihr „unverkennbarer Zweck darin besteht, über die Mißerfolge der amerikanischen Streitkräfte in Südvietnam hinwegzutäuschen“. In dieser Erklärung „bekräftigt die königliche Regierung erneut feierlich, daß es auf dem Territorium Kambodschas keinerlei ausländische Militärstützpunkte gibt“.

Norodom Sihanouk hat das Volk von Kambodscha aufgefordert, sich darauf gefaßt zu machen, daß die amerikanischen Aggressoren Kambodscha weitgehend bombardieren und einen Teil des Landes besetzen könnten. Dabei verwies Prinz Sihanouk die Aggressoren warnend darauf, daß jeder Invasion versuch auf den energischen Widerstand des Volkes von Kambodscha und seiner Streitkräfte stoßen würde.

A. Uswatow

Wie wir an die ideologischen Probleme herangehen

František HAVLÍČEK,
Leiter der ideologischen Abteilung
im ZK der KPC

In der Tschechoslowakei sind höchst wichtige Veränderungen im Gange, die damit zusammenhängen, daß das Land in eine neue Etappe eingetreten ist, die wir als allseitige Entwicklung der sozialistischen Gesellschaft bezeichnen. In dieser Etappe kommt es darauf an,

den Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse zu nutzen, um die Produktivkräfte entsprechend den Erfordernissen der wissenschaftlich-technischen Revolution energisch zu heben;

eine einheitliche sozialistische Gesellschaft zu formieren, beruhend auf den Prinzipien des Marxismus-Leninismus, charakterisiert durch reiches materielles und kulturelles Leben;

die internen und internationalen Aspekte unserer Politik in Einklang zu bringen und besonders die allseitige Zusammenarbeit mit den Ländern der sozialistischen Gemeinschaft zu entwickeln und zu festigen.

Die politische Linie, die sich aus diesen objektiv notwendigen und wechselbedingten Aufgaben ergibt, ist vom XIII. Parteitag formuliert worden. Das Zentralkomitee der Partei arbeitet diese Linie konsequent aus und führt sie durch.

Einheit auf sozialistischer Grundlage

Die allseitige Entwicklung der sozialistischen Gesellschaft ist ein langer und komplizierter Prozeß. Die auf sozial-politischem Gebiet, beim Ausbau der wirtschaftlichen Grundlagen des Landes, bei der Veränderung des Bewußtseins der Menschen zugunsten des Sozialismus erzielten Leistungen stellen aber eine zweckvolle Basis für die Erfüllung der Aufgaben unseres Landes dar. Mit dem Sieg der sozialistischen Prinzipien beim Verhalten der Menschen zum Eigentum sind Voraussetzungen dafür entstanden, die Einheit unserer Gesellschaft auf sozialistischer Basis enger als früher zu gestalten. Diese Einheit ist nicht frei von Gegensätzen. Wir wären nicht Marxisten, würden wir nicht einsehen, daß allerlei objektive Umstände wesentlich unterschiedliche gesellschaftliche Gruppen bedingen, die in prinzipiellen Problemen übereinstimmen, in einigen Teilfragen jedoch auseinandergehen. Entscheidend ist jedoch, daß in allen Fällen die Interessen dieser Gruppen

Am 12. Dezember 1943 wurde in Moskau der Vertrag über Freundschaft, gegenseitige Hilfe und Nachkriegszusammenarbeit zwischen der Sowjetunion und der Tschechoslowakei unterzeichnet; Ende November 1963 wurde er für weitere 20 Jahre verlängert. Aus diesem Anlaß bringt die tschechoslowakische Presse viele Beiträge über das Neue im Leben der Sowjetunion. Das Interesse ist beiderseitig: Auch die sowjetische Öffentlichkeit ist bestrebt, das Leben des Bruderlandes gründlich kennenzulernen. Nachstehend bringen wir einen Beitrag von František Havlíček über ideologische Probleme in der neuen Entwicklungsetappe der sozialistischen Gesellschaft der Tschechoslowakei.

sozialistische Interessen sind, und der Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse bietet weite Möglichkeiten für ihre Befriedigung.

Die politische Basis zur Entwicklung der sozialistischen Einheit unserer Gesellschaft sehen wir in der vereinigenden Rolle der Arbeiterklasse. Dabei darf man jedoch den Umstand nicht außer acht lassen, daß vor allem die Arbeiterklasse selbst im Zuge des wissenschaftlich-technischen Fortschritts tiefgreifende Veränderungen durchmachen wird; es verändern sich die Arbeitsverhältnisse und die Qualifikation der Arbeiter. Die Arbeiterklasse wird nach wie vor die revolutionärste Klasse sein; vor allem ist sie am Aufbau einer klassenlosen kommunistischen Gesellschaft interessiert, worauf auch ihre politische Hegemonie hinwirkt. Daher die erstrangige – objektive und subjektive – Interessiertheit der Arbeiterklasse an weiteren Veränderungen der gesellschaftlichen Beziehungen im Sinne des Kommunismus, an der restlosen Überwindung der bestehenden Gegensätze, die bei den alten Formen der Arbeitsteilung unvermeidlich sind. Dieser Aufgabe muß auch die Arbeit der Partei in den Reihen der Arbeiterklasse wie auch die theoretische Entwicklung der Frage nach der künftigen Rolle und Stellung der Arbeiterklasse entsprechen.

Besonders wichtig ist, daß die Aktivität der Arbeiterklasse die Bemühungen aller übrigen gesellschaftlichen Gruppen der sozialistischen Gesellschaft um den Ausbau der Errungenschaften des Sozialismus fördert und allen diesen Bemühungen eine eindeutig kommunistische Richtung verleiht.

Die sozialistische Gesellschaft vermag natürlich nicht, sich selbst zu überholen, sozusagen über ihren Schatten zu springen. Es gilt, objektiv die realen Bedingungen, unsere Möglichkeiten unter den gegebenen Bedingungen zu berücksichtigen. Dabei muß man sich aber das Endziel, den Kommunismus, stets vor Augen halten. Deshalb betrachtet die KPČ die Entwicklung der sozialistischen Wirtschaft und der sozialistischen Produktionsverhältnisse, die Entfaltung der ideologischen Arbeit im Geiste des Kommunismus als ihre Hauptaufgabe in der gegenwärtigen Etappe.

Die Entwicklung des sozialistischen Bewußtseins der Massen darf nicht als ein gradliniger

Prozeß ohne Gegensätze aufgefaßt werden. Die ideologischen Prozesse gehen unter Zusammenwirkung aller gesellschaftlichen Erscheinungen vor sich. Das Februarplenum des Zentralkomitees der KPC erörterte den dialektischen Zusammenhang zwischen ideologischer Arbeit und den übrigen Betätigungen.

Wirtschaft und Politik

Ein höchst wichtiger Bereich der ideologischen Arbeit sind vor allem die Fragen im Zusammenhang mit der Entwicklung der materiell-technischen Basis unserer Gesellschaft. Die Hauptaufgabe der Wirtschaftspolitik unserer Partei besteht zur Zeit darin, ein Gleichgewicht in der Wirtschaft zu schaffen, die harmonische Entwicklung der Volkswirtschaft und die Hebung des Lebensniveaus der Bevölkerung zu sichern.

Der jetzige Übergang von der extensiven zur intensiven Entwicklung der Wirtschaft hängt vor allem mit der Schaffung eines neuen Leitungssystems der Volkswirtschaft zusammen. Veränderungen erfolgen in der Verteilung der Arbeitskräfte, in der Einschätzung der Arbeitsresultate: Schwierigere und qualifiziertere Arbeit wird höher eingeschätzt. Das neue Leitungssystem ist für die Betriebe vorteilhaft, die mit ihren Mitteln richtig umgehen, kann aber zeitweilig negative Folgen für die Betriebe haben; in denen auf ungünstig hohem Niveau gewirtschaftet wird. Deshalb stoßen die neuen Prinzipien praktisch mitunter auf verknöcherte Vorstellungen und veraltete Gewohnheiten.

Damit das neue Leitungssystem richtig funktioniert, muß es allen Werktäglichen verständlich sein. Hier bietet sich ein breiter Spielraum für aktive ideologische Arbeit. Wir halten es für nötig, Versimpelungen zu bekämpfen, die objektiven Bedingungen und Gesetzmäßigkeiten der sozialistischen Entwicklung realistisch und nüchtern einzuschätzen, die konservativen und liberalistischen Tendenzen abzuwehren, die mit der Schaffung des neuen Systems der Wirtschaftsleitung einhergehen.

Es ist unsere vornehmlichste Aufgabe, ein Programm des Kampfes gegen Gleichmacherei auszuarbeiten und zu verwirklichen. Mit der Errichtung der Volksmacht wurde die soziale Ungleichheit sukzessive abgeschafft und die soziale Vielschichtigkeit aus der kapitalistischen Vergangenheit überbrückt. In der ersten Etappe geschah dies aber durch ein weniger differenziertes Herangehen an die Verteilung. Deshalb betrachten wir die Verwirklichung des sozialistischen Prinzips der Entlohnung nach Quantität, Qualität und sozialer Bedeutung der erfüllten Arbeit als eine wichtige Aufgabe in der jetzigen Etappe des Sozialismus, als ein wirksames Mittel zur Entwicklung der Produktivkräfte.

Zusammenfassend kann man folgendes sagen: Wir müssen auch heute die faktische Ungleichheit, d. h. die Entlohnung nach der Leistung

und nicht nach den Bedürfnissen, als unumgänglich betrachten. Wir müssen das berücksichtigen, gleichzeitig aber Maßnahmen ergreifen, um diese Ungleichheit in Zukunft abzuschaffen, damit sie nicht Fuß faßt.

Manche Leute versuchen bisweilen, die führende Rolle der Arbeiterklasse bei der Fortentwicklung der sozialistischen Gesellschaft herabzumindern. In der ideologischen Arbeit gehen wir davon aus, daß auch unter den Verhältnissen der sich entfaltenden wissenschaftlich-technischen Revolution die Arbeiterklasse ihre führende Rolle als die Kraft beibehält, die an der Entwicklung der Errungenschaften des Sozialismus und am Aufbau des Kommunismus am meisten interessiert ist.

Über Demokratie

Das Wirtschaftsprogramm der KPC schafft Voraussetzungen für das tatkräftige Mitwirken eines jeden in der Sphäre der sozialistischen Demokratie.

Wir sehen uns zur Zeit der Aufgabe gegenüber, einige Formen der politischen Organisation der Gesellschaft und unserer Tätigkeit, die in der ersten Entwicklungsetappe des Sozialismus entstanden und sich nach und nach überleben, durch neue Formen zu ersetzen, die die Aktivität und Initiative der Massen weiter fördern könnten. Unsere Maßnahmen sind vor allem darauf gerichtet, die Leitung an verschiedenen Abschnitten zu rationalisieren, die politische Aktivität der Staatsbürger zu stimulieren. Deshalb werden auf Initiative des ZK der KPC von einem Kollektiv unserer Theoretiker die folgenden Fragen ausgearbeitet: Die Entwicklung der sozialistischen Demokratie in den Betrieben, Übereinstimmung der demokratischen Aktivität der Massen mit der fachlichen Erörterung der einen oder anderen Fragen, die Beziehungen zwischen den demokratischen Organen im Betrieb und dem System der repräsentativen Demokratie, die neuen Funktionen der gesellschaftlichen Organisationen usw. Als Zentralfrage betrachten wir die Erweiterung der Rechte der Werktäglichen bei der Leitung der Wirtschaft, besonders in den Betrieben.

Wir betrachten die Erweiterung der Demokratie nicht als Selbstzweck. Es handelt sich um eine Entwicklung der sozialistischen Demokratie, die das einheitliche und zielstrebig Vorwärtschreiten der ganzen Gesellschaft fördert. Deshalb heben wir hervor, daß die sozialistische Demokratie unvereinbar ist mit gesellschaftlicher Verantwortungslosigkeit, liberalistischer Eigenmächtigkeit, Spontaneität und dogmatischer Verknöcherung. Wir führen einen unversöhnlichen Kampf dagegen, daß die sozialistische Demokratie missbraucht wird, bürgerliche Ideologie und Moral zu infiltrieren, gegen die Prinzipien der sozialistischen Gesellschaft Propaganda zu machen.

Weltanschauliche Erziehung

Eine höchst wichtige Aufgabe der ideologischen Arbeit ist die weltanschauliche Erziehung. Die sozialistische Revolution und die sozialen Veränderungen, die bei uns vor sich gehen und die wir weiterentwickeln, haben Voraussetzungen für tiefgreifende und prinzipielle Veränderungen im Bewußtsein der Menschen geschaffen. Die überwiegende Mehrheit der Werktäglichen betrachtet die sozialistischen Ideale als ur-eigene Sache. Wenn wir aber von moralisch-politischer Einheit der Gesellschaft sprechen, rechnen wir damit, daß verschiedene Ansichten bestehen, obwohl wir darauf hinwirken, daß mit der politischen und moralischen Einheit auch die ideologische Einheit tiefer Wurzeln faßt. Deshalb wurde auf dem Plenum des ZK der KPČ die Notwendigkeit hervorgehoben, die marxistisch-leninistische Einheit der Partei zu festigen.

Wenn wir von der moralisch-politischen Einheit unserer Gesellschaft sprechen, vergessen wir nicht die Einflüsse, denen sie ausgesetzt ist. In einer Gesellschaft, in der die sozialistischen Produktionsverhältnisse gesiegt haben, gewinnt die Entwicklung des Sozialismus in gewisser Hinsicht auch neuen Inhalt. Grundzug des sozialistischen Bewußtseins wird das Empfinden des Neuen in Produktion, Technik und Kultur. Mitunter fällt es aber schwer, die Vorstellungen vom Sozialismus mit den Tagesforderungen in Einklang zu bringen, vor allem, wenn diese Vorstellungen nicht immer realistisch waren. Früher dachten wir manchmal, daß der Weg zum Sozialismus leicht und frei von Gegensätzen sei. Es gab Leute, die meinten, unsere sozialistische Entwicklung werde nachgerade automatisch erfolgen. Dieser Umstand führt heute zu einer gewissen Labilität der Ansichten einiger Leute.

Die sozialistische Lebensweise hat mit Vorstellungen von einem „asketischen Kommunismus“ nichts gemein. Im Gegensatz zu den sozialistischen Prinzipien stehen aber auch die vulgären Vorstellungen, wonach der Sozialismus eine Konsumtionskategorie sei. Typisch für dieses Konsumentenverhalten zum Sozialismus, das wir als eine der schädlichsten Erscheinungen betrachten, sind: Egoismus, Jagd nach materiellen Gütern und Teilnahmslosigkeit den Interessen der Gesellschaft und des Volkes gegenüber.

Deshalb legen wir großen Wert darauf, unsere sozialistischen und kommunistischen Ideale zu erläutern. Diese Notwendigkeit wird auch durch die rege antikommunistische Propaganda diktiert. Die spezifische historische Entwicklung und die geographische Lage unseres Landes bewirken, daß es jahrelang eine Zielscheibe bürgerlicher Ideologie ist, die alle Massenmedien, den Ausbau der Touristik, der kulturellen und wissenschaftlichen Verbindungen usw. weitgehend ausnutzt, um ein nihilistisches Verhalten zu den Grundwerten des Sozialismus zu infiltrieren.

Die antikommunistische Propaganda wendet

unter den heutigen Verhältnissen eine neue Taktik an. Sie sucht auf die Schwierigkeiten in der jetzigen Etappe unserer Entwicklung zu spekulieren, unsere Bemühungen um die besten Formen der Wirtschaftsleitung schlechtzumachen. In letzter Zeit hat die antikommunistische Propaganda Probleme von Kultur und Kunst aufs Korn genommen. Ihr Störfeuer ist aber vor allem gegen die führende Rolle der Partei gerichtet.

Aus diesen Gründen betonen wir die Notwendigkeit, das ganze System der Leitung der weltanschaulichen Erziehung zu verbessern, von den Massenmedien bis zur marxistisch-leninistischen Schulung der Kommunisten wie der Parteilosen.

Voraussetzung für eine wirksame weltanschauliche Erziehung ist die Entfaltung der theoretischen Arbeit in den Gesellschaftswissenschaften. In dieser Hinsicht waren die letzten Jahre bei uns resultativ. Bei der Entwicklung der ökonomischen Theorie sind Erfolge zu buchen. Die Arbeit zur Untersuchung der Fragen, die mit der Stellung des einzelnen in der sozialistischen Gesellschaft zusammenhängen, wird entfaltet. Entwickelt werden mehrere neue wissenschaftliche Disziplinen: Soziologie, Sozialpsychologie, Leitungstheorie. Geschaffen wird eine politische Wissenschaft, die sich mit der politischen und parteilichen Leitung der sozialistischen Gesellschaft befaßt. Die Partei fördert weitgehend die Entwicklung der marxistischen Theorie.

Zwei Entwicklungssaspekte der Kultur

Die Probleme der Weltanschauung treten in den Vordergrund auch auf dem Gebiete der Kunst, die in letzter Zeit unstreitige Erfolge zu verzeichnen hatte. Die sozialistische Entwicklungsetappe unserer Kunst ist zweifellos die gehaltvollste in der Geschichte unserer nationalen Kultur.

Den Erfordernissen der tschechoslowakischen Gesellschaft von heute entspricht die in der sozialistischen Wirklichkeit entstandene, innerlich differenzierte, vielschichtige Kunst. In seinem Beschuß hebt der Parteitag zwei Entwicklungssaspekte der sozialistischen Kultur hervor.

Einerseits ist die sozialistische Kunst innerlich differenziert, sie basiert auf der Entwicklung von Begabungen und auf vielgestaltigen Schaffensarten. Sie ist dazu berufen, allseitige Interessen und Geschmacksrichtungen zu befriedigen.

Anderseits, da wir in einer sozialistischen Gesellschaft leben, ist die Hauptströmung der Kultur eine Kunst, die das aktive Verhalten zum Leben unserer sozialistischen Gesellschaft und Unversöhnlichkeit der bürgerlichen Ideologie gegenüber widerspiegelt. Diese Aufgabe erfüllt am wirksamsten der sozialistische Realismus, der in der Vielfalt seiner Formen am eindringlichsten die Dynamik des gegenwärtigen Lebens zum Ausdruck bringt, das Geistesleben der

Werktäglichen bereichert, ihnen behilflich ist, die Gegenwart tiefer zu ergründen und aktiv für die kommunistische Zukunft zu kämpfen.

Die Partei erklärt offen, daß sie in der Kunst die sozialistische Schaffensrichtung unterstützt und stimuliert. Diese Richtung ist allein schon ihren Zielen und ihrer Bestimmung nach für die Kommunistische Partei am wesensnächsten. Deshalb urteilen wir über Kunst vor allem von der Warte der kommunistischen Ideologie und im Hinblick auf die allseitige Entwicklung des Sozialismus. Die Jugend muß so erzogen werden, daß sie das wahre Pathos der jetzigen Epoche, der Epoche der allseitigen sozialistischen Entwicklung, empfindet.

Unser Prinzip: Internationalismus

Unsere Politik, Moral und Weltanschauung sind vom proletarischen Internationalismus nicht loszulösen. Der Internationalismus war schon immer das Prinzip, von dem sich unsere Partei bei jeder internationalen und innenpolitischen Handlung zielstrebig leiten läßt. Diese Haltung hat Früchte gebracht: In allen wichtigen Fragen der letzten Jahrzehnte hat unser Volk eine prinzipielle Position bezogen. Das entbindet uns jedoch nicht der Verpflichtung, auch fortan erzieherische Arbeit im Geiste des Internationalismus zu leisten, tagtäglich darauf hinzuwirken, daß jeder Kommunist, jeder Staatsbürger seine Pflicht richtig auffaßt und tatkräftig erfüllt. Die aggressiven Bestrebungen des Imperialismus, besonders des amerikanischen, verstärken die Notwendigkeit einer internationalistischen Erziehung.

In den letzten zwei Jahrzehnten ist in der Tschechoslowakei eine neue Generation herangewachsen. Für die mittlere und die ältere Generation kann es keine Unklarheit geben über den Klassencharakter der Erscheinungen von heute und der Veränderungen in der Welt, über den Antagonismus der beiden entgegengesetzten Weltsysteme, denn diese Generationen haben die großen historischen Wandlungen miterlebt, ja mitbewirkt. Anders steht es mit der jungen Generation, denn diese ist schon unter den Verhältnissen des Sieges des Sozialismus ins bewußte Leben eingetreten. Um so akuter wird die Frage, wie das Klassenbewußtsein der Gesellschaft, besonders der Jugend, zu formieren

ist, ausgehend von einer Leninschen Ergründung der weltpolitischen Lage von heute, einer konkreten Analyse der sozialen, ökonomischen und politischen Phänomene und Prozesse in der ganzen Welt. Wenn wir uns mit internationalen politischen Fragen auseinandersetzen, legen wir deshalb größten Wert darauf, den Klassencharakter des heutigen Kampfes in der Welt und die historische Gesetzmäßigkeit des Sieges des Sozialismus im Weltausmaß ebenso wie den Zusammenhang zwischen diesen und der politischen Aktivität eines jeden Angehörigen unserer Gesellschaft hervorzuheben.

Wir sind bestrebt, anhand unserer Propaganda und der Analyse der internationalen Beziehungen den folgenden logischen Schluß für unsere Öffentlichkeit, besonders für unsere Jugend, zu ziehen: Der Sozialismus ist der Erbfolger des Fortschrittlichsten, was die Menschheit je geschaffen hat. Die neue Ordnung ist bestrebt, die Welt im Einklang mit den Gesetzen der Wissenschaft und den Prinzipien des Humanismus zu verändern und damit die Lösungen zu verwirklichen, die die Bourgeoisie zu Beginn ihrer Ära prägte und auch heute kolportiert, um die Massen irreführen. Da die Bourgeoisie ihrem Wesen nach aber eine Ausbeuterklasse ist, hat sie diese auf den Ideen der Menschlichkeit und Brüderlichkeit basierenden Lösungen niemals wirklich in die Tat umsetzen können.

Ausschlaggebend für die weitere Entwicklung des Weltgeschehens ist die Festigung der Einheit der sozialistischen Länder. Darin sehen wir die Gewähr für unsere weitere sozialistische Entwicklung. In der Wirtschaft, in der wissenschaftlich-technischen und kulturellen Zusammenarbeit der sozialistischen Länder liegt eine wichtige und bei weitem nicht erschöpfte Quelle ihrer inneren Entwicklung. Wir halten es für unsere vornehmliche Pflicht, diese Wahrheit jedem Staatsbürger ans Herz zu legen. Besondere Bedeutung messen wir der internationalen Erziehung des Verhaltens der Menschen zur Sowjetunion bei.

Im Zusammenhang mit dem 50. Jahrestag der Großen Oktoberrevolution bietet sich uns die Möglichkeit, die internationalen Bindungen unseres Volkes mit den Völkern der Sowjetunion, die der Menschheit die Aussichten eines kommunistischen Morgen eröffnet, zu manifestieren und noch mehr zu festigen.

Leserbriefe

ehemaliger Offizier Hitlers, einer der durch die neokolonialistische Bewegung gedungenen Mörder, die die „abendländische Freiheit“ zu retten vorgeben, antwortete nach einer westdeutschen Pressemeldung auf die Frage nach dem, was er liebt: Mozart und ein Maschinengewehr!..

Peter Hartmut Wittke
München, Westdeutschland

Die politische Situation in Italien

Für 1968 sind in Italien die nächsten Parlamentswahlen, die fünften nach dem Kriege, ausgeschrieben. Der genaue Termin ist noch nicht festgesetzt, es ist jedoch anzunehmen, daß sie wie üblich Ende Mai oder Anfang Juni stattfinden werden. Siebzig Tage vor dem Wahltag wird der Wahlkampf offiziell aufgenommen, faktisch hat er bereits begonnen.

In den viereinhalb Jahren nach den Wahlen von 1963 hat sich das politische Kräfteverhältnis im Lande recht substantiell verändert: zu beobachten ist ein genereller Linkstrend der öffentlichen Meinung Italiens. Das betrifft sämtliche Bevölkerungsschichten und äußert sich nicht nur im Kräfteverhältnis der Parteien, sondern auch innerhalb dieser Parteien, mit Ausnahme der Sozialistischen.

Die Kommunistische Partei, die Vorhut der italienischen Werktätigen, konnte bei den Wahlen von 1963 25,3 Prozent und bei den späteren Gemeindewahlen 26 Prozent der Stimmen auf sich vereinigen. Die seither abgehaltenen teilweisen Gemeindewahlen, an denen mitunter einige Millionen Wähler teilnahmen, haben diese Zahlen im großen und ganzen bestätigt. Allerdings nimmt der Einfluß der KP hauptsächlich in den Nord- und Zentralgebieten des Landes zu. Im Süden ist ein gewisser Stimmensrückgang zu verzeichnen, u. zw. zugunsten der Sozialdemokraten.

Der Grund dafür ist die spezielle wirtschaftliche Entwicklung des Südens. Im Süden nimmt die Auswandererzahl zu, und zwar handelt es sich dabei um die Aktivisten, unter denen viele Kommunisten sind. Andererseits macht sich in einem Teil der Südgebiete ein gewisser Wirtschaftsaufschwung bemerkbar, was im Verein mit der Demagogie der Sozialdemokraten als einer Regierungspartei einen zeitweiligen Zustrom der Wähler bewirkt: früher war die Sozialdemokratie in Südtalien fast unbekannt, und das relativ niedrige politische Niveau der dortigen Bevölkerung macht sie zu einer leichten Beute der Illusionen, die die jetzige Regierung kultiviert.

Insgesamt stimmen für die KPI, die 1 576 000 Mitglieder hat, fast 8 Millionen, was sie zum legitimen Führer der ganzen Linken macht.

Politisch steht der KP die Italienische Sozialistische Partei der Proletarischen Einheit am nächsten, die es bei den vorigen Parlamentswahlen noch nicht

gab. Sie wurde im Januar 1964 von linken Sozialisten gegründet, die aus der SPI ausgetreten waren. Bei teilweisen Gemeindewahlen nahm die Wählerschaft dieser Partei immer mehr zu; heute stimmen für sie 3 bis 4 Prozent der Wähler, und eine weitere Zunahme ist zu erwarten. Die Partei hat vor allem diejenigen, die früher für die Linkssozialisten stimmten, und die Jugend hinter sich.

Die Lage in der SPI

Vor einem Jahr entstand in Italien eine Partei mit dem langen Namen Vereinigte Sozialistische Partei — Sozialdemokratische Partei Italiens. Man nennt sie gewöhnlich vereinigte SP. Sie gehört der Regierung an.

Das war eine mechanische Fusion auf sozialdemokratischer Plattform, doch alle Partefunktionen sind doppelt geblieben: zwei Sekretäre (der frühere Sozialist De Martino und der frühere Sozialdemokrat Tanassi), zwei ZKs, zwei Parteiführungen aller Stufen bis zu den Ortsgruppen. Nur das ZK der gesamten Partei hat einen Vorsitzenden: den früheren Linkssocialisten und jetzigen extrem rechten Sozialdemokraten Pietro Nenni, stellvertretenden Ministerpräsidenten Italiens. Die wirkliche politische Führung liegt jedoch bei einem Mann, der einen anderen hohen Staatsposten bekleidet: beim Präsidenten der Italienischen Republik Giuseppe Saragat.

Die Parteiführung behauptet, die SP habe mehr als 400 000 Mitglieder. Unter den Sozialisten sind große Differenzen zu beobachten, die nur teilweise an früheren Grenzen zwischen den Parteien liegen. Merklicher wird die Diskrepanz zwischen dem ministeriellen und dem eigentlichen Partei-Flügel.

Zum ministeriellen gehören Personen, die verschiedene Minister- und sonstige hohe Posten in der Regierung bekleiden oder auf solche reflektieren. An der Spitze dieser Gruppe stehen Nenni und Tanassi. Sie ist faktisch bereit, die Zusammenarbeit mit den Christlichen Demokraten in der Regierungsmehrheit, unabhängig von Programm und Politik der Regierung, fortzusetzen. Die ministerielle Gruppe hat auch in der Partei Schlüsselpositionen inne und ist darauf bedacht, der Partei ihren Massencharakter zu nehmen und sie zu einer engen Gruppe von Politikastern und Strebern zu machen.

Zur Zeit wird die Christlich-Demokratische Partei von einer gemäßigt konservativen Gruppierung kontrolliert, vertreten durch Ministerpräsident Aldo Moro, den politischen Parteisekretär

In der SP gibt es aber Tausende Sozialisten, die auf Klassenpositionen stehen. Sie widersetzen sich der Politik von Nenni und Tanassi und treten dafür ein, daß die Partei weiterhin prinzipiell gegen die Monopole ist. Leiter dieses Flügels ist De Martino.

Die Anreger der Fusion meinten, die demagogischen Parolen dieser Partei würden ihr die Unterstützung der breiten Massen sichern. Die teilweisen Gemeindewahlen haben aber gezeigt, daß dies eitle Hoffnungen sind: In den meisten Landesgebieten konnte die SP nicht die Gesamtzahl der Stimmen erreichen, die früher für die Sozialisten und die Sozialdemokraten abgegeben wurden.

Im Lager der Demochristen

Rückte die Sozialistische Partei in diesen Jahren nach rechts, so war bei der größten bürgerlichen Partei Italiens, der Christlich-Demokratischen, das Umgekehrte der Fall.

1962 unternahm die Monopolbourgeoisie Italiens ein Umgehungsmanöver, um die italienische Arbeiterbewegung, vor allem die KPI, zu schwächen. So entstand eine Zentrum-Linke-Koalition, die mittels einiger sozialwirtschaftlicher Reformen die Massen der KP abspenstig machen, die Sozialisten für die Regierungsmehrheit gewinnen und damit die politische Macht der Monopole erheblich stärken sollte. Die Energiewirtschaft wurde verstaatlicht, einige Lohnkategorien wurden erhöht. Die Rechnung der Monopole ist aber nicht aufgegangen. Die Linkskräfte kritisierten diese halben Reformen und boten die Werktätigen zum Kampf für radikalere wirtschaftliche und soziale Umgestaltungen auf. Es gelang nicht, die KPI zu isolieren, und die Sozialisten konnten nur durch Spaltung der Sozialistischen Partei in die Regierungskoalition eingegliedert werden.

Diese Wende machte die Führer der Bourgeoisie nervös und veranlaßte sie dazu, ihre ursprünglichen Pläne abzunähern. Die Zentrum-Linke-Regierungen gaben nach und nach alle Reformpläne auf und verlegten sich auf eine ausgesprochen konservative Politik.

Zur Zeit wird die Christlich-Demokratische Partei von einer gemäßigt konservativen Gruppierung kontrolliert, vertreten durch Ministerpräsident Aldo Moro, den politischen Parteisekretär

Mariano Rumor und den Außenminister Amintore Fanfani. Ende November 1967, auf dem X. Parteitag der Demochristen, hatte diese Gruppierung nicht mehr 80, sondern nur noch 64 Prozent der Delegierten für sich.

Als unverhofft stark erwies sich auf dem Parteitag die linke Opposition. Das äußerte sich nicht nur darin, daß der einflußreiche Innenminister Taviani eine linksoppositionelle Gruppe gründete, für die zu seiner Verwunderung 12 Prozent der Delegierten stimmten, sondern auch darin, daß in der Partei die Kreise an Einfluß gewinnen, die mit katholischen Massenbewegungen und Gewerkschaften verbunden sind. Auf dem Parteitag fanden sie bei den übrigen 24 Prozent der Delegierten Rückhalt. Nun hat die Linksopposition im Nationalrat der CDP 42 von insgesamt 120 Vertretern.

Faktisch hat sich der katholische Linksklub in Italien noch mehr verstärkt. Hinzu gekommen sind einige linke katholische Gruppen und Organisationen, die außerhalb der CDP stehen, und die einflußreiche Christliche Assoziation der Werktätigen hat ihren Bruch mit den Demochristen bekanntgegeben. Zum ersten Male war im Lande davon die Rede, daß eine linkskatholische Partei entstehen könnte.

Es gibt viele Gründe für den Linksruck der katholischen Massen: die Verschärfung des Streikkampfes, die Verschlechterung der materiellen Lage der Werktätigen, der Protest gegen die Aggressionspolitik des amerikanischen Imperialismus. Eine gewisse Rolle spielte auch die geschmeidigere Politik der katholischen Kirche, besonders in den Fragen der Erhaltung des Friedens und zum Teil in sozialwirtschaftlichem Bereich. Papst Paul VI. hält sich, wenn auch mit einem Zaudern, an den Leitsatz Johannes' XXIII. darüber, daß

esriot tue, einen Unterschied zwischen „Rungen und Irrenden“ zu machen. In praxi ist das eine Aufforderung an die Kirche, den Materialismus und besonders die kommunistische Lehre zu bekämpfen, andererseits wird den Katholiken erlaubt, mit Kommunisten und anderen Linken im Kampf gegen Krieg, für materielle Besserstellung zusammenzuarbeiten.

Der jetzigen Regierungskoalition gehören neben den Christlichen Demokraten und den Vereinigten Sozialisten auch Republikaner an. Das ist eine weltliche Partei mit ziemlich stabilen antikommunistischen Vorurteilen, die nur in einzelnen Landesteilen erheblichen Einfluß genießt. In den letzten Monaten steht sie der Regierungspolitik ausgesprochen kritisch gegenüber. Deshalb sind für sie mehr Stimmen abgegeben worden, und sie kann mit rund 3 Prozent der Wählerstimmen rechnen.

Der allgemeine Linksruck der öffentlichen Meinung Italiens hat auch die rechtsextremistischen Parteien betroffen. Der Einfluß der Liberalen ist etwas zurückgegangen. Fast ganz auseinandergefalen ist die monarchistische Partei, die neofaschistische Italienische Soziale Bewegung ist von einer Krise befallen und verliert an Parteidrägen. Die Anhänger dieser drei Parteien gehen hauptsächlich zu den Demochristen über, woraufhin diese Partei im Grunde fast zu einer extrem rechten geworden ist.

Schwerpunkte der Auseinandersetzung

Welches sind die Hauptprobleme im politischen Kampf?

Eine gewaltige Rolle spielt vor allem der Kampf gegen die amerikanische

Aggression in Vietnam. Die immer stärkere Einmischung Washingtons in die Angelegenheiten des vietnamesischen Volkes hat in Italien der Bewegung für Einstellung des Vietnamkrieges, für eine politische Beilegung des Konflikts durch Anerkennung der Genfer Abkommen Auftrieb verliehen. Anfang Sommer wurde auf dieser Plattform eine weitgehende Aktionseinheit aller Linkskräfte, von den Kommunisten zu den Katholiken, erzielt.

Diese Entwicklung beunruhigt die Rechtssozialisten und die Demochristen. Nenni benutzte die Aggression Israels gegen die arabischen Länder, um gegen die einheitliche Bewegung der Solidarität mit Vietnam einen Schlag zu führen. Nun ist der „israelfreundliche Taumel“ in Italien vorüber, und die Bewegung zur Unterstützung des Volkes von Vietnam entwickelt sich und breite sich wieder aus. Großen Erfolg hatte der von verschiedenen politischen Kräften veranstaltete Friedensmarsch, bei dem Tausende Menschen, einander abwechselnd, von Mailand und anderen Städten 700 Kilometer bis nach Rom zurücklegten.

In dieser Massenbewegung arbeiten Kommunisten, Sozialisten und Katholiken zusammen, weshalb die italienische Regierung nach und nach ihr amtliches Verhalten zur amerikanischen Aggression in Vietnam verändert mußte. Vor kurzem noch erklärte Moro, die italienische Regierung habe Verständnis für die Politik der USA in Südostasien, jetzt aber äußert sich die italienische Regierung für die Einstellung der Bombenüberfälle auf Nordvietnam und für politische Verhandlungen zwischen den kriegsführenden Parteien. De Martino erklärte vor kurzem:

„Jetzt sind energische Bemühungen nötig, damit den amerikanischen Bombardierungen vorbehaltlos ein Ende gesetzt und Verhandlungen zwischen allen Seiten aufgenommen werden.“

Eine andere außenpolitische Zentralfrage ist die Teilnahme Italiens an der NATO. Die Kommunisten und die Partei der Proletarischen Einheit setzen sich dafür ein, daß Italien 1969, wenn der Nordatlantikvertrag läuft, aus diesem aggressiven Bündnis austritt. Dagegen erklären die Sozialistenehren als eifige Atlantiker, daß der NATO-Vertrag automatisch verlängert werden müsse. Die Rechtssozialisten vom Schlag Nenni, die 1949 aktiv gegen die NATO auftraten, stammeln etwas davon, daß man ihr einen „ausgesprochen defensiven Charakter“ verleihe müssen, und andere sprechen von der Notwendigkeit, diese Frage im Lande und im Parlament aufs neue zur Sprache zu bringen. Unter den CDP-Führern, die in der Regel beteuern, wie treu sie zur NATO und zu den USA ständen, gibt

Leserbriefe

CYRUS EATONS WIRKEN

Der Presseklub von Cleveland hat Cyrus Eaton zum Mann des Jahres erklärt. Anbei ein Flugblatt.

Betty Royon
Cleveland, USA

Im Flugblatt des Cleveland Presseclubs heißt es u. a.:

„Landwirt, Besitzer der Acadia Farms bei Northfield, hat sich Cyrus Eaton trotz seiner 83 Jahre sein stattliches Äußeres bewahrt, ist ein weltbekannter Geschäftsmann, Financier und Kämpfer für den Weltfrieden..“

Eatons Wirken im Friedenskampf ist überall bekannt. Ohne jede andere Absicht als die, eine internationale Verständigung herbeizuführen und sie

zu festigen, hat Eaton schon vor langer Zeit die berühmten Pugwash-Konferenzen von Wissenschaftlern ins Leben gerufen.

Wie Eaton als Geschäftsmann geachtet wird, läßt die Tatsache erkennen, daß ihn eine Gruppe angesehener Firmenleiter, die an der Schule für Wirtschaftsleitung an der Universität Michigan ein Seminar besuchten, zu den 20 größten amerikanischen Geschäftsmännern der Gegenwart gezählt hat. Cyrus Eaton hat mehrmals die Sowjetunion besucht und ist jedesmal zum Wiederkommen eingeladen worden. Seit fast anderthalb Jahrzehnten scheut er weder Zeit noch Mühe im Kampf für internationale Verständigung.

es fast keine Anhänger einer automatischen Verlängerung des Vertrags; dort überwiegen diejenigen, die für eine „Modernisierung“ der NATO und dafür sind, daß die Frage erneut ventiliert wird, während mehrere linke Demochristen gegen die NATO auftreten.

Die demokratischen Kräfte Italiens sind dafür, daß ihr Land die DDR anerkennt. Sie fordern energische Schritte, um die Anschläge der Regierungskreise der Bundesrepublik auf die Unantastbarkeit der Nachkriegsgrenzen, darunter auch der zwischen Italien und Österreich, zu unterbinden. Es ist erwiesen, daß der Terror und die Sabotageakte in Südtirol von westdeutschen Revanchisten organisiert und dirigiert werden. Die italienische Regierung gibt von Zeit zu Zeit formale Protesterklärungen dagegen ab, schweigt sich aber über andere Aspekte dieses Problems aus, um es sich mit Westdeutschland nicht zu verderben.

Höchst wichtig ist festzustellen, daß das Problem der weiteren Beziehungen Italiens zur Sowjetunion und anderen sozialistischen Ländern heute faktisch nicht mehr diskutiert wird. Alle politischen Kreise, mit Ausnahme nur der Rechtsextremisten, treten für Festigung und Ausbau der wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen zur sozialistischen Welt ein.

Innere Probleme

Obwohl die außenpolitischen und internationalen Fragen höchst wichtig und akut sind, interessiert sich der Wähler vor allem für die inneren Probleme.

In erster Linie für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes. 1964—1965 kam die Zunahme der Industrieproduktion in Italien fast zum Stillstand. Und 1966 und 1967 nahm das Tempo wieder

zu und erreichte ungefähr 10 Prozent jährlich. Die Erhöhung der Industrieproduktion ging aber nicht mit einer Steigerung des Beschäftigungsgrades einher. Die Arbeitslosigkeit, die in den Jahren der Rezession stark gestiegen ist, bleibt fast auf demselben Stand: ca. 1 300 000 Menschen. Die Auswanderung ist immer noch intensiv, und der italienische Industriellenverband sagt für die nächsten Jahre eine äußerst langsame Zunahme der Neueinstellungen in den Betrieben voraus. Diese Prognosen erweisen sich als weitaus genauer denn die Wirtschaftspläne der Regierung.

Im Juli billigte das Parlament den ersten italienischen staatlichen Fünfjahresplan zur wirtschaftlichen Entwicklung des Landes, den sogenannten Pieraccini-Plan (nach dem sozialistischen Minister, der seine Ausarbeitung leitete). Der Umstand allein, daß die Regierung sich zu einer langfristigen Programmierung entschlossen hat, ist ein Zeichen der Zeit. Die Kommunisten und die anderen italienischen Demokraten haben das begrüßt: Sie sind der Ansicht, daß der Plan den demokratischen Kräften mehr Chancen bietet, die wirtschaftliche Übermacht der Monopole zu bekämpfen.

Was den konkreten Inhalt des Plans betrifft, so wurde buchstäblich jede Auflage hart umkämpft. Die Folge war, daß er etwas verbessert wurde, z. B. dahin, daß der Staat sich um die Entwicklung des Landessüdens mehr bemühen wird. Im großen und ganzen ist er aber unbefriedigend, was seine Ziele wie auch die Ausführungsmethoden betrifft, weshalb die KPI und die SPPE im Parlament dagegen gestimmt haben.

Vorläufig entwickelt sich die Wirtschaft praktisch unabhängig vom Plan; unter anderem erfaßt er eine Reihe großer Industrievorhaben nicht vor, die bereits verwirklicht werden, darunter auch staatliche Betriebe.

Der Kampf der italienischen Werktätigen gilt auch den Lohnfragen (die Löhne in Italien sind niedriger als in den anderen EWG-Ländern), der Erweiterung der gewerkschaftlichen und sonstigen Rechte. Die Werktätigen kämpfen für eine moderne Sozialfürsorge und ärztliche Betreuung. In Italien gibt es zur Zeit viele diverse Kasernen für gegenseitige Hilfe und Versicherungskassen, deren Tätigkeit den Bedürfnissen der Bevölkerung nicht entspricht und immer wieder finanzielle Skandale auslöst. Die Forderung, ein Einheitssystem der Sozialfürsorge und ärztlichen Betreuung für alle Bevölkerungsschichten, vor allem auf Kosten der Unternehmer und des Staates, wird von breiten Massen der Demokraten — von den Kommunisten bis zu den linken Katholiken — befürwortet.

Eine andere wichtige Ausrichtung des innenpolitischen Kampfes ist Schutz und Entwicklung der demokratischen Institutionen. Italien hat die demokratistischste Verfassung der kapitalistischen Welt; sie wurde 1947 mit der Unterstützung der Kommunisten und der Sozialistischen Partei angenommen, die damals auf festen Klassenpositionen stand.

Viele Bestimmungen dieser Verfassung werden aber immer noch nicht verwirklicht. Deshalb gilt der Kampf der demokratischen Kräfte in diesem Bereich der restlosen Einhaltung der Verfassung. Unter anderem sieht sie die Schaffung autonomer Gebiete in ganz Italien vor, was eine Dezentralisierung der Staatsmacht bedeuten soll, sowie die Auflösung der Präfekturen, die unmittelbar der Regierung in Rom unterstehen.

Je näher die Wahlen rücken, desto mehr verschärft sich der innenpolitische Kampf in Italien. Die demokratischen Kräfte, vor allem die Kommunisten, stehen in diesem Kampf eindeutig auf Klassenpositionen, die den Interessen der breiten werktätigen Massen entsprechen.

Biographisches • Biographisches • Biographisches

Bahjat al-Talhouni

Im Oktober wurde in Jordanien eine neue Regierung gebildet. Ihr Chef ist der bekannte jordanische Staatsmann Bahjat al-Talhouni. Zugleich hat er den Posten des Außenministers übernommen.

Er ist 1913 in Maan geboren. 1936 absolvierte er an der Universität Damaskus die Rechtsfakultät. Einige Jahre war er Richter, Generalstaatsanwalt bzw. Präsident der Berufungsinstanzen in Irbid und Amman.

1953 wurde er zum erstenmal Mitglied



der jordanischen Regierung, u. zw. als Innenminister. In den folgenden Jahren war er Justizminister und Chef der Königlichen Kanzlei. 1960 bildete er die Regierung und stand dem Kabinett bis Januar 1962 vor. Von 1962 bis 1964 war er Senator und Chef der Königlichen Kanzlei, von Juli 1964 bis Februar 1965 abermals Regierungschef.

Bis letztthin war al-Talhouni Senator, persönlicher Vertreter des Königs im interarabischen Komitee für die Ausführung der Beschlüsse der arabischen Gipfelkonferenz von 1964 (Kairo) sowie Mitglied des im August 1967 gebildeten Konsultativrates, der König Hussein beigegeben ist.

Vor kurzem brachte die *New York Times* einen redaktionellen Artikel zum Tag, an dem sich das Erscheinen von Band I des „Kapitals“ zum 100. Male jährt. Der Verfasser nennt dieses Werk von Marx „die einflußreichste Einzelschrift über Nationalökonomie, die jemals geschrieben worden ist“, und gibt zu, daß „es kein modernes Industrieland gibt, wo die marxistischen Ideen das Klima der intelligenten Meinung und die Natur der Regierungspolitik nicht merklich beeinflußt hätten“. Zugleich bemüht sich aber das Blatt um den Beweis, daß die von Marx entdeckten Gesetze veraltet und auf die kapitalistische Gesellschaft von heute nicht anwendbar seien. „Die wahre Größe von Marx“, so behauptet *New York Times*, „bestand darin, daß er ... der moralischen Entrüstung gegen den Kapitalismus von Mitte des 19. Jahrhunderts die Form eines wissenschaftlichen Systems verliehen hat“. Weiter heißt es dort, daß der moderne Kapitalismus und seine Moral „sich von Marx' System kraß unterscheiden“.

Soweit die *New York Times*.

Kranke Gesellschaft

Ungefähr einen Monat vor dem Erscheinen dieses Artikels erklärte der Vorsitzende des außenpolitischen Senatsausschusses, William Fulbright, in Honolulu, daß „die große Gesellschaft zu einer kranken Gesellschaft geworden ist“. Diese unangenehme Diagnose stellte der Senator nicht etwa im Zusammenhang mit ökonomischen oder finanziellen Erschütterungen, sondern mit „Betrug und Schmach im amerikanischen Leben“, d. h. also im Zusammenhang mit moralischen Faktoren.

Derartige Schlüsse hat nicht nur Fulbright gezogen. Im gleichen Sinne äußert sich z. B. der amerikanische Kommentator James Reston: „Eine Nation ist in Not, wenn ihr Volk außerstande ist, die wichtigsten Probleme zu lösen, und nicht weiß, wem zu vertrauen... Uns fehlt der Glaube an unsere gemeinsamen Ziele, an althergebrachte religiöse und philosophische Institutionen, an unsere heutige Politik wie auch an die Männer, die sie planen und durchführen.“

Diese Vorwürfe sind durchaus berechtigt. Der andauernde schmutzige Krieg in Vietnam, dessen Zwecke dem

führt. Viel wichtiger ist, festzustellen, in wessen Interesse all das geschieht.

In der Wirtschaft der USA dominiert der Krieg. Das Rüstungsbudget für 1968 wird auf 80 Milliarden Dollar erhöht. Die Ausgaben für den Vietnamkrieg sollen 30 Milliarden Dollar erreichen. Wem nutzt das? Den amerikanischen Monopolherren, deren Gewinne in zwei Jahren des schmutzigen Krieges fast um ein Fünftel gewachsen sind und 1966 nach Abzug der Steuern 48 Milliarden Dollar ausmachten.

Nachdem die Aktionen der Neger die USA erschüttert hatten, gründete Präsident Johnson schleunigst eine Kommission, die die Ursachen dieser Unruhen untersuchen sollte. Dabei ist die Hauptursache des Notstands und der Leiden der Negerbevölkerung auch ohne jede Kommission klipp und klar. Die „innere Kolonie“, wie man die Negergettos im Lande nennt, ist für die Monopole höchst profitabel. Nach Schätzungen amerikanischer Nationalökonomien verdienen die Unternehmer allein an der Lohndifferenz zwischen Weißen und Schwarzen jedes Jahr zusätzlich 4 bis 5 Milliarden Dollar. Wie man sieht, wird die Moral des Kapitalismus auch in diesem Fall vom Mammon bestimmt.

Marx schrieb, daß „das Kapital von Kopf bis Zeh, aus allen Poren, blut- und schmutztriefend“ zur Welt komme. Das trifft auch auf den Kapitalismus von heute durchaus zu, und keinerlei Rezepte zu moralischer Vervollkommenung von Präsidenten, Ministerpräsidenten und sonstigen führenden Staatsmännern des Westens vermögen daran etwas zu rütteln.

Profit und Sittlichkeit

Kann man vielleicht aber das Wesen der Kapitalisten und dadurch auch das Wesen des Kapitalismus verändern? Wie naiv diese Frage auch klingen mag, wird sie von westlichen Ideologen immer wieder angeschnitten. Mehr noch, einige von ihnen beantworten sie sogar optimistisch.

Das Buch „Die ideologischen Grundlagen des Kommunismus“ von Heinrich Falk, Professor am Bayrischen Bergmann-Institut, ist ein Musterbeispiel derartiger Untersuchungen. Der Autor läßt die sozialen Aspekte links liegen und jongliert mit einer Konzeption, wonach das Tun und Lassen der Men-

Kapitalismus und Moral

Eduard ROSENTHAL

amerikanischen Volk unverständlich sind, die rabiate Unterdrückung der Rassenunruhen in Dutzenden Städten — all das wirkt sich auf die Lage im Lande schädlich aus, schafft dort eine Atmosphäre der Brutalität und Gewalt. Soziologen und Psychologen führen zahlreiche Beispiele dafür an, wie moralwidrig die amerikanische Lebensweise ist. So meint der Psychiater Dr. Fredric Wertham: „Einige Dinge in Amerika verweisen deutlich auf einen Niedergang, und das übelste Symptom ist Gewalt, die generelle Überzeugung, daß Starksein moralisch sei. Kindern drückt man Spielzeug-Atombomben in die Hand, in Filmen wird eine Badewanne voller Blut gezeigt. Schaltet man das Fernsehgerät ein, so wird einem der Vietnamkrieg dort vorgesetzt, als handle es sich um ein sportliches Ereignis.“

Worauf ist die zunehmende Amoralität der amerikanischen Gesellschaft zurückzuführen? William Fulbright und James Reston sehen sie in der Abenteuerpolitik der Regierung, die durch ihre Exzesse Anarchie und moralisches Chaos hervorruft. Natürlich liegt es ihnen fern, das kapitalistische System als Ganzes zu verurteilen, sie treten für einen „humanen“ Kapitalismus ein, für einen Kapitalismus ohne Exzesse, für eine Regierung, die imstande wäre, eine „gemäßigte“ und „vernünftige“ Innen- und Außenpolitik zu betreiben.

Natürlich ist es den Völkern, auch dem amerikanischen Volk, mit nichts einerlei, wer am Staatsruder der USA steht: ein vernünftiger Mann oder ein eingefleischter Militarist. Tritt man aber an die Frage, wer an der Politik schuldig sei, die die Zersetzung der westlichen Gesellschaft verstärkt, nicht oberflächlich, sondern wissenschaftlich heran, so ist es gar nicht wichtig, wer diese Politik befürwortet und durch-

schen eine Gewissensfrage sei. Da nun aber Kapitalisten und Arbeiter Menschen sind, müßten sie ihrem Gewissen gehorchen; der springende Punkt sei nur, daß sie sich dieser Notwendigkeit bewußt werden müßten. Falk schreibt:

"Der Gewissensanspruch ist unabdingt... Das Gewissen sagt dem Arbeitgeber, daß er seinen Helfern einen gerechten Lohn schuldet und sie nicht ausbeuten darf. Den Arbeitnehmern verbietet es, ihren Brotherrn zu schädigen. Eine verschiedene, ja einander entgegengesetzte, 'kapitalistische' und 'proletarische' Moralauffassung kann sich nur aus einer absichtlichen Verbindung und Abstumpfung des Gewissens ergeben."

Nach Heinrich Falk ist der Klassenkampf also nichts als eine „Abstumpfung des Gewissens“. Diese abstrakte Konstruktion bricht aber schon bei der leitesten Berührung mit der Wirklichkeit zusammen. Was bedeutet z. B. „gerechter Lohn“? Worin besteht das Kriterium der Gerechtigkeit? Vor kurzem kämpften mehr als 160 000 Arbeiter der Fordwerke für gerechte Löhne, sie forderten garantierten Jahresverdienst, Garantien gegen Entlassungen usw. Natürlich betrachten sie das Verhalten der Kapitalisten als unmoralisch, die immer mehr Gewinne einheimsen und die Arbeiter zwingen wollen, mehr zu arbeiten, u. zw. für denselben Lohn wie früher. Zugleich finden die Kapitalisten, wie es vor kurzem in einer Sendung der „Stimme Amerikas“ hieß, daß die Forderungen der Arbeiter nach garantiertem Jahresverdienst „amoralisch“ seien, denn es wäre „sittenwidrig“, die Leute für eine Zeit zu bezahlen, in der sie nicht gearbeitet hätten. Aus denselben Gründen betrachten die Unternehmer und viele Kongreßmitglieder die Forderungen der Arbeiter nach höherem Urlaubsgeld, kostenloser ärztlicher

Betreuung für alte Leute usw. als „sittenwidrig“.

Seine Moral behauptet der Kapitalismus nicht nur in der Produktion, sondern erstreckt sie auch auf alle Lebenssphären als sittliches Vorbild. Die kapitalistische Moral bringt die Menschen nicht zu-, sondern auseinander, sie macht die Persönlichkeit zunichte. Darüber schreibt der bekannte amerikanische Soziologe Erich Fromm folgendes:

"Welches sind die Beziehungen des modernen Menschen zu seinen Mitmenschen? Das sind Beziehungen zwischen zwei Abstraktionen, zwei lebenden Maschinen, die einander ausnutzen. Der Arbeitgeber nutzt den Arbeitnehmer, der Kaufmann den Kunden aus... Und wie verhält sich der Mensch zu sich selber? Er fühlt sich als Ware, die man möglichst vorteilhaft auf dem Markt verkaufen muß. Er empfindet keineswegs, daß er eine aktive Persönlichkeit, ein Träger menschlicher Kräfte und Fähigkeiten ist. Er ist von diesen seinen Fähigkeiten entfremdet. Sein Ziel ist, sich selbst so teuer wie möglich zu verkaufen."

Die Marktbeziehungen, die im Westen die Lage der Menschen bestimmen, entstellen die menschlichen Beziehungen, machen hohe Menschenideale zunichte. Der französische Journalist M. Chevalier veranstaltete eine Umfrage unter der Jugend Westdeutschlands. „Sagen Sie, ohne lange zu überlegen, in zwei Worten: Welches ist Ihre Devise, Ihr Lebensziel?“ fragte er junge Leute in München. Die allermeisten der Befragten gaben prompt zur Antwort: Geld! „Dieses Wort Geld, das alle wiederholten und das im Munde der jungen Leute einen so metallischen Klang hatte“, schreibt Chevalier, „hatte eine schablonenhafte Prägung. Man glaubt, in einer Generalversammlung von Aktionären geraten zu sein. Die Zukunft interessiert sie nur insofern, als sie ihnen die Möglichkeit bietet, Geld zu machen.“

Allein schon die Tatsache, daß der Mensch von Menschen ausgenutzt wird um der Möglichkeit willen, Geld zu machen, Eigentum zu erwerben, ist amoralisch. Es ist jedoch unmöglich, dieses Mißverhältnis durch Appelle an das Gewissen der Ausbeuter abzuschaffen. Der Kapitalismus entzieht nicht nur Menschen, sondern auch ihre Seelen, er tötet in ihnen alles Gute ab. Wenn der Profit in Gefahr ist, dann setzen alle Kapitalisten, ganz egal, ob gut oder böse, weich- oder hartherzig, die Löhne herab oder werfen die Arbeiter auf die Straße. Wenn aber der Unternehmer seiner naturgegebenen Gute gehorcht und die Spontaneität des Marktes philanthropischen Gefühlen unterordnet, dann fegt ihn diese Spontaneität hinweg: Er muß unter den Schlägen der Konkurrenz Konkurs an-

melden, und die Arbeiter geraten dann in Betriebe weniger moralischer Unternehmer.

Der Kapitalismus kennt keine Moral und kein Gewissen.

„Moralische Vervollkommenung“

In der Mitte des vorigen Jahrhunderts predigte der französische Philosoph und Nationalökonom Proudhon einen Burgfrieden, eine „Synthese der Doktrinen“. Marx nannte diese Konzeption Proudhons „das Elend der Philosophie und ihn selbst einen Eklektiker, der „als Mann der Wissenschaft über Bourgeois und Proletarien schweben will; er ist nur der Kleinbürger, der beständig zwischen dem Kapital und der Arbeit... hin- und hergeworfen wird.“

Die Appelle Proudhons, die Ausbeutung der Arbeiterklasse zu mäßigen, fanden selbstverständlich bei den Kapitalisten keinen Anklang. Die Arbeiter wurden gerupft und geschunden, man ließ ihnen gerade genug, damit sie existieren könnten und den Unternehmern Profit brachten. Heute ist es darum etwas anders bestellt. Gewiß, die Kapitalisten sind auch jetzt nicht abgeneigt, aus den Werktägern das Möglichste herauszupressen, die Arbeiterklasse ist aber stark und klassenbewußt genug, ihre Rechte verteidigen zu können. Der machtvolle Klassenwiderstand der Werktägern veranlaßt die Monopolverherren zu lavieren. Da stellen sich die bürgerlichen Theoretiker ein, um ihnen unter die Arme zu greifen: Sie empfehlen, die Gegensätze zwischen Kapitalisten und Lohnarbeitern bzw. Angestellten durch „moralische Vervollkommenung“ der einen wie der anderen zu überbrücken. Gepredigt wird die Zusammenarbeit der Klassen durch moralische Vervollkommenung von beruflichen Ideologen und Politikern, rechtsstehenden Gewerkschaftsbossen und NATO-Generalen, Großindustriellen und Kolonialisten.

Vor dem zweiten Weltkrieg wußte kaum jemand von dem Geistlichen Frank Buchman. Heute gilt er als Führer einer weiten Bewegung, die sich „moralische Aufrüstung“ nennt.

Der Hauptslogan Buchmans lautet: „Der Mensch muß nach Selbstvervollkommenung streben, ehe er die Umgestaltung der Gesellschaft, in der er lebt, zu erreichen versucht.“ Nach Buchmans Ansicht genüge es, den Menschen vier „absolute moralische Prinzipien“ einzurümpfen: Ehrlichkeit, geistige Lauterkeit, Liebe und Selbstlosigkeit, und schon würden Ausbeutung und soziale Ungerechtigkeit verschwinden, und das Zeitalter des Goldes würde zu einem Goldenen Zeitalter werden.

Diese Theorien sind in gewissen Kreisen beliebt, und zwar aus einem einfachen Grund: Die Buchmanisten sind hartgesottene Antikommunisten

und Rückschrittler. Der Hinweis genügt, daß Buchman seinerzeit Hitler zu dessen Kampf gegen den internationalen „komunistischen Antichristen“ den Segen gab. Buchmans soziales Programm wurde von Peter Howard, einem Theoretiker der „moralischen Aufrüstung“, folgendermaßen formuliert: „Die moralische Aufrüstung ersetzt die Theorie der Unvermeidlichkeit des Klassenkrieges... durch die Tatsache des unabwendbaren Kampfes zwischen Gut und Böse.“

Kein Wunder, daß der Buchmanismus in den USA, in England, Westdeutschland, Frankreich und Belgien einflußreiche Gönner gefunden hat.

Schon Anfang der fünfziger Jahre erläuterte die USA-Regierung, daß die Ziele der moralischen Aufrüstung „vom Justizministerium als wertvoll und nützlich anerkannt werden“. Gut die Hälfte aller Ausgaben der Organisation Buchmans (er selbst starb 1951) wird vom State Department und von der CIA getragen. Einige Male im Jahr bringen die größten Zeitungen der USA und anderer westlicher Länder ganzseitige Appelle zu moralischer Aufrüstung. In Luxusvillen des schweizerischen Kurorts Caux, wo sich das Hauptquartier der Organisation befindet, werden kostspielige Seminare abgehalten, bei denen einige Tage hindurch reiche und arme Buchmanisten gemeinsam Teller waschen, Kartoffeln schälen, um auf diese Weise „die Zusammenarbeit der Klassen“ zu manifestieren.

Buchmanistentruppen mit Kraftwagen, Filmvorführungsanlagen und Funkgeräten werden in die gottverlassenen Winkel der Erde entsendet, um der dortigen Bevölkerung ihre moralische Galerie mit einer tüchtigen Prise von Antikommunismus zu servieren. Wie die Presse berichtet, werden dieser Organisation Transportflugzeuge der USA-Luftwaffe zur Verfügung gestellt.

Natürlich werden unter der Flagge der moralischen Vervollkommenung Dinge getötigt, die von dieser weit entfernt sind. Harry Truman, ein Anhänger Buchmans, unterzeichnete seinerzeit zwischen zwei Andachten die Weisung über den Atombombenüberfall auf Hiroshima und Nagasaki. Ein anderer prominenter Buchmanist, Konrad Adenauer, erfreute von Gott nicht nur das Wohlergehen Westdeutschlands, sondern suchte ihm auch amerikanische Raketen mit Kernsprengköpfen zu verschaffen. Als Moise Tshombe eine Botschaft Frank Buchmans las, exklamierte er unter Tränen: „Wir wollen alle Brüder sein!“ Nach einiger Zeit leitete er die Ermordung Patrice Lumumbas in die Wege. Beim Exbefehlshaber der NATO-Bodentruppen in Europa General Carpenter alternierten Predigten über moralische Werte mit Appellen zu einem Präventivkrieg gegen die Sowjetunion. Der Buchmanist

Kishi hetzte als japanischer Ministerpräsident die Polizei gegen die Werktägern, die für Frieden und bessere Lebensbedingungen eintraten.

Die moralischen Aufrüster nehmen auch niedere Ränge in ihren Sold, darunter Renegaten der Arbeiterbewegung, die sich „eines Besseren besonnen haben“. Spezialisten für moralische Aufrüstung scheinen von der CIA auch als Präzeptoren der Swetlana Allilujewa bestellt worden zu sein. Auf einer Pressekonferenz gab sie folgendes Credo zum besten:

„Ich finde, daß die Menschheit eins sein muß, daß sie nicht geteilt sein darf, daß sie weniger kämpfen muß. Die Menschen müssen gemeinsam auf das allgemeine Wohl hinwirken. Darin besteht auch meine Religion... Ich bin überzeugt, daß in der Welt von heute, im 20. Jahrhundert, dem wir angehören, im Jahrhundert der Atom bombe und der Raumfahrten, die Idee der Klassenrevolution, die die Völker zum Fortschritt bringen könnte, ihre Bedeutung eingebüßt hat.“

Das hätte Frank Buchman selbst kaum besser sagen können!

Schon die französischen Materialisten des 18. Jahrhunderts sahen ein, daß der Charakter, das moralische Wesen des Menschen von dem Milieu, von seiner Umgebung bestimmt werden. Die Marxisten stimmen damit überein, lassen es aber nicht dabei bewenden, diese Tatsache festzustellen, sondern gehen weiter. „Wenn der Mensch von den Umständen gebildet wird, so muß man die Umstände menschlich bilden“, heißt es bei Marx.

Ohne aktiven Kampf gegen den Kapitalismus kann das aber unmöglich erreicht werden.

Die jahrhundertelangen Erfahrungen sprechen dafür, daß keine moralische Vervollkommenung an und für sich soziale Ungerechtigkeit und Ausbeutung aus der Welt zu tilgen vermag. Im Gegenteil. Das moralische Erblühen der Persönlichkeit hängt von der Abschaffung der sozialen Ungerechtigkeit ab. Der Klassenkampf, der ja gerade die Abschaffung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen bezeichnet, ist in einer antagonistischen Gesellschaft der allerhumanste Akt, ohne den eine allgemeinmenschliche Moral undenkbar ist. Lenin schrieb: „Sittlich ist, was der Zerstörung der alten Ausbeuter gesellschaft und dem Zusammenschluß aller Werktägern um das Proletariat dient, das eine neue, die kommunistische Gesellschaft aufbaut.“

Nur wer Kraft und Willen aufbringt, sich zum Proletariat zu bekennen, sich in den aktiven Kampf gegen die Kräfte und Traditionen der alten Welt einzuschalten, gewinnt ein klares Ideal und eine Zuversicht, getragen von echter

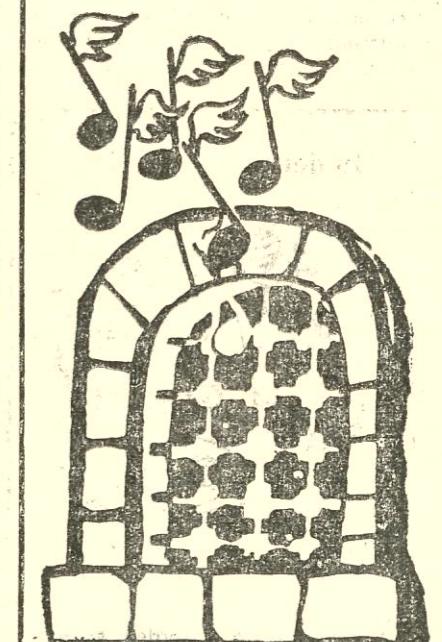
Liebe zu allen Unterdrückten und Entrechteten.

Die Evolution solcher Menschen kann man besser verstehen, wenn man der Worte des japanischen Philosophen Yanagida Kenjuro gedenkt, der jahrelang die idealistische Philosophie Nishida dozierte, dann aber zum Marxismus kam und beschloß, alle Kräfte dem Kampf um die neue, kommunistische Gesellschaft zu widmen.

„Zunächst möchte ich die Kommunisten nicht“, schreibt Yanagida Kenjuro in seinem Buch „Die Evolution meiner Weltanschauung“. „Nachdem ich zu einem Anhänger des Proletariats geworden war und mich den Kommunisten angenehmt hatte, wurde mir klar, daß es in keiner anderen sozialen Schicht so lautere Menschen gibt, denen die Gerechtigkeit wirklich am Herzen liegt... Ebendeshalb, als konsequente Materialisten, sind sie das Gewissen der Welt, besitzen sie die höchste Moral im Kampf für die historischen Aufgaben der Befreiung des armen und unterdrückten Volkes... Ich bin überzeugt, daß in der Welt von heute echter Humanismus einzige und allein proletarischer Humanismus ist.“

Der Kampf, den die arbeitenden Menschen für die Abschaffung der Ausbeutung führen, ist zugleich ein Kampf für den Triumph der Ideale der Sittlichkeit und des Humanismus im ganzen Menschen geschlecht.

Lieder Griechenlands, fliegt in die Welt hinaus!



Assen Grosew, Stishel (Bulgarien)

In der „freien Welt“



„Du bist befördert worden, du darfst mich von jetzt an einfach mit Vornamen nennen.“

Fred Wright, UE News Service (USA)

Vom Standpunkt Skandinaviens

Olga TIMASCHKOWA

Öffentlichkeit, Geschäftswelt und Presse Skandinaviens beschäftigen sich eingehend mit den Problemen eines Anschlusses der skandinavischen Länder an die EWG, die bekanntlich aus Westdeutschland, Frankreich, Italien, Belgien, Holland und Luxemburg besteht. Es sei daran erinnert, daß noch im Sommer 1967 dem zweiten Aufnahmegeruch Englands Gesuche Dänemarks, Norwegens und Schwedens folgten, dreier Juniorpartner Englands in der Europäischen Freihandelsgesellschaft (EFTA), zu der auch Österreich, die Schweiz und Portugal gehören.

Die Diskussion in Skandinavien ist besonders lebhaft geworden, seitdem der Gaulle auf einer Pressekonferenz vom 27. November das französische Veto gegen die Aufnahme Englands in die EWG im Grunde genommen bekräftigt hat. Seine Erklärung hat in der EFTA die Ungewißheit und Unsicherheit über ihre Aussichten und über das damit zusammenhängende Problem eines Zusammenschlusses mit der EWG noch anwachsen lassen.

Die großen skandinavischen Industriellen und Bankiers knüpfen an das „Europa der Truste“ schon lange weitgehende Hoffnungen und Pläne. Bei den Anhängern dieser Integration war bereits 1959 der Spruch im Schwange, daß „alle Wege nach Brüssel führen“. Nun hat es sich aber herausgestellt, daß die Wege dorthin weit und voller Windungen sind. Die Integration, die unter der Flagge einer „europäischen Einheit und Handelsliberalisierung“ aufs Tapet gebracht wurde, sieht vorderhand nach einer wirtschaftlichen Spaltung Westeuropas aus. Die skandinavischen Monopolherren mußten sich mit der 1960 unter Englands Agide gebildeten kleinen Freihandelszone zufriedengeben, der später Finnland als assoziiertes Mitglied beitrat.

Die jetzige, durch den Entschluß Londons ausgelöste „Vertrauenskrise“ hat den Anhängern der EWG Oberwasser gegeben. Die großen Geschäftsleute Skandinaviens hatten die EFTA schon immer nur als Vorstufe zu einer erweiterten EWG angesehen.

Die Repräsentanten der skandinavischen Großbourgeoisie, die den Anschluß an diesen Block fordern, berufen sich dabei vor allen Dingen auf wirtschaftliche Faktoren. Erstens würden bei einer zunehmenden internationalen Ar-

Alle diese Faktoren, die für den Konkurrenzkampf eine neue Situation entstehen ließen, würden die Konzentration und die Zentralisierung der Produktion wie auch des Kapitals beschleunigen, sie würden die Umsätze und Gewinne der großen, konkurrenzfähigen skandinavischen Monopole steigen lassen.

Zugleich werden aber gegen einen Beitritt zur EWG auch immer mehr Einwände gemacht. Viele sind der Ansicht, daß sich die Integration schlecht auf die Wirtschaft der skandinavischen Länder auswirken und daß schon allein ihre Eingliederung in den Wirtschaftskomplex der EWG alles andere als glatt und schmerzlos vonstatten gehen würde.

So ergäben sich laut Vertrag von Rom über die Gründung der EWG für das Auslandskapital zusätzliche Möglichkeiten, seine Positionen in der Wirtschaft Skandinaviens auszubauen. Dadurch, daß dort neue Zweigstellen der mächtigeren westdeutschen, französischen und italienischen Firmen entstünden, würden viele einheimische, auf den Binnenmarkt orientierte Unternehmen bestimmt schneiler eingehen. Die Zollabfuhrung der kleinen Länder würde den westeuropäischen Firmen die Offensive auf ihren Märkten erleichtern. Der Handel mit Westdeutschland würde zweifellos anwachsen, da aber diese Länder ohnehin schon mehr aus Westdeutschland einführen als dorthin ausführen, würde das ihre Außenhandelsbilanz noch passiver und viele Branchen noch mehr von den Konjunkturschwankungen auf dem EWG-Markt abhängig machen.

Also steckt hinter dem Streben der skandinavischen Länder nach einem „integrierten Europa“ der Kampf um die Märkte, den die großen Maschinenbau-monopole Schwedens, die Holz- und Papiergesellschaften Norwegens und die Schiffbau- und Nahrungsmittelfirmen Dänemarks führen. Auf die EWG entfallen heute 70 Prozent vom Absatz des schwedischen elektrotechnischen Konzerns ASEA, ein Drittel der Erzeugnisse der Maschinenbaugesellschaft Atlas Copco, mehr als die Hälfte vom Gesamtexport des Rüstungstrusts Bofors und etwa 40 Prozent des dänischen Agrarexports. Folglich sind vor allem die Exportmonopole, die eine stärkere Außenhandelsexpansion in Westeuropa planen, an einem integrierten Markt interessiert.

Der Drang der skandinavischen Monopole, in die EWG hineinzukommen, erklärt sich auch damit, daß der Prozeß der internationalen Kapitalverflechtung intensiver geworden ist. Zu Beginn der 60er Jahre hatte etwa ein Dutzend großer schwedischer Firmen in EWG-Ländern über 300 Tochterunternehmen. Die Kapitalausfuhr Schwedens nach den EWG-Ländern wuchs zwischen 1962 und 1964 von 133 auf 278 Millionen Schwedenkronen an. Ein Anschluß an die EWG, in der eine „Freizügigkeit von Kapital“ in die Wege geleitet wird, würde die gegenseitige Durchdringung von Gesellschaften der EWG-Länder und Skandinaviens erleichtern.

Das Stockholmer *Aftonbladet* fragt, was aus dem schwedischen Uran werden soll. Schwedens Beitritt zur EWG hätte ja automatisch seine Beteiligung am Euratom zur Folge. Deshalb würden wir uns, dem Buchstaben der Satzung gemäß, dazu verpflichten, unser Uran an den EWG-Pool abzuliefern, und könnten

nicht mehr überwachen, ob es für friedliche Zwecke benutzt wird.“

Durch einen Beitritt zur EWG würden auch die sozialen Probleme akuter werden. Die im Vertrag von Rom vorgesehene einheitliche Wirtschaftspolitik aller beteiligten Länder bezweckt ja eine Gleichschaltung ihrer Gesetze, darunter auch der Arbeits- und der Sozialgesetze. Im vergangenen Sommer hat der schwedische Handelsminister, Gunnar Lange, bestätigt, daß eine „intensive Rationalisierung der Wirtschaftsstruktur“ zu einer „Freistellung von Arbeitskräften“ sowie zu gewissen Veränderungen in der Sozialfürsorge im Sinne „ihrer Angleichung an die Sozialleistungen anderer Länder“ führen würde.

Das bedeutet nichts anderes als ein Anwachsen der Arbeitslosigkeit. Eine „soziale Angleichung“ im Rahmen der EWG kann nur ein Sinken des Lebensstandards der skandinavischen Arbeiter und Angestellten zur Folge haben. Die Löhne und Gehälter sind ja dort zur Zeit höher als in den EWG-Ländern. Zu bedenken ist ferner, daß die Werkstätten Skandinaviens in hartnäckigem und langwierigem Kampf mit den Unternehmern soziale Rechte errungen haben, die die Werktätigten der EWG-Länder noch nicht genießen. Man wird offenbar verlangen, daß sie um der „sozialen Angleichung willen“ auf das Errungene Verzicht leisten.

Und schließlich ist es ganz klar, daß der Beitritt zur EWG mit politischen Komplikationen verbunden ist. Er kann die Unabhängigkeit und Souveränität der skandinavischen Staaten in Frage stellen. Schon vor einigen Jahren schrieben die bekannten schwedischen Sozialdemokraten Gunnar Myrdal, Roland Pälssoon und Tord Ekström in ihrem aufsehenerregenden Buch „Wir und Westeuropa“: „Die Mitglieder der EWG haben weitgehend darauf verzichtet, selbständige Entscheidungen treffen und in vielen Bereichen eine selbständige Politik betreiben zu können. Sie haben ihre Hoheitsrechte an über den Staaten stehende Stellen abgetreten, die von den Parlamenten der einzelnen Länder nicht kontrolliert werden können und weitestgehend Befugnisse haben.“

Seitdem hat sich das Kräfteverhältnis in der EWG erheblich zugunsten der mächtigsten Monopole, in erster Linie der westdeutschen, verändert. Überhaupt steht im „Europa der Truste“ der Einfluß in direktem Verhältnis zur Stärke. Ein Beitritt kleiner Länder zu diesem Block würde allmählich dazu führen, daß sich die EWG-Stellen in das Gebaren ihrer Regierungen und Parlamente einmischen und deren Souveränität schmälen.

Bei uns in Haidarabad hat vor dem Kulturzentrum der USA eine Protestkundgebung stattgefunden. Neulich standen zwei amerikanische Studenten der Stadtuniversität vor der Amerikanischen Bibliothek Posten. Sie protestierten gegen den Krieg in Vietnam.

Besonderes Gewicht hat in diesem Zusammenhang die außenpolitische Selbständigkeit der skandinavischen Länder und vor allem die Wahrung der herkömmlichen Neutralität Schwedens.

Vor fünf oder sechs Jahren war ledig-

lich von einer Assozierung neutraler Länder mit „Kleineuropa“ die Rede, d. h. davon, daß für sie ein Sonderregime gelten solle, das ihnen größere Unabhängigkeit von den überstaatlichen Behörden und Neutralität garantieren würde. Aber schon damals warnten real denkende Politiker vor ernsten außenpolitischen Folgen, die selbst eine bloße Assozierung neutraler Länder mit der EWG haben könnte.

Heute ist allem Anschein nach von einem „Sonderregime“ keine Rede mehr. Allerdings enthält die offizielle Erklärung Schwedens über Verhandlungen mit der EWG die Klausel, daß „die Form des Beitratts Schwedens eine neutrale Politik ermöglichen muß“. Man weiß aber, daß die Führer der Parteien des Großkapitals — der Volkspartei und der Rechtspartei — Schwedens Beitritt zur EWG immer mit der Aussicht auf eine Allianz mit der NATO in Zusammenhang gebracht haben. Und diese Parteien haben sich jetzt hinter den Be schlüsse der Regierung gestellt.

Die atlantische Propaganda operiert heute mit dem Schlagwort „wirtschaftliche Zusammenarbeit sämtlicher Länder Westeuropas“ und sucht den Eindruck zu erwecken, als ob die Neutralität Schwedens durch einen Beitritt zur EWG nicht gefährdet wäre. Ist das wirklich so?

Zweifellos haben die Differenzen in der Atlantikunion, die „Sonderstellung“, die Frankreich mit seiner Devise „Ein Europa der Vaterländer“ in der EWG eingenommen hat, und schließlich die Veränderungen im Kräfteverhältnis zwischen Westeuropa und den USA das Ihre getan. Die Praxis war auch in diesem Falle komplizierter als die Schemata, die die Verfechter einer „Einheit Westeuropas“ aufgestellt hatten. Das Wege steht.

will aber keineswegs heißen, daß die EWG ihre politischen Ziele aufgegeben hätte. Noch im Oktober d. J. erklärte Mansholt, Vizepräsident der Einheitskommission (Gemeinsamer Markt, Europäische Montanunion und Euratom):

„Die Europa-Kommission vertritt den Standpunkt, daß jedes Land, das Mitglied der EWG werden will — auch Schweden —, rückhaltlos deren politische Ziele akzeptieren muß.“

Ein Anschluß an den Vertrag von Rom, ob in Form einer Vollmitgliedschaft oder in einer „Sonderform“, hat bestenfalls eine Schmälerung der außenpolitischen Selbständigkeit, unter gewissen Umständen aber den Verzicht auf die Neutralität im Gefolge. In gewissen konservativen Kreisen Schwedens sagt man in Abwandlung des bekannten Spruchs von Heinrich IV.: „Brüssel ist die Neutralität wert.“

Es wäre natürlich falsch, das Interesse der kleinen Länder daran zu ignorieren, daß die wirtschaftliche Zusammenarbeit ausgedehnt, die Zollschranken niedergelegt, beständige Märkte geschaffen und größere Absatzmöglichkeiten geboten werden. Aber weder die EWG noch die EFTA noch beide zusammen bahnen einen Weg zu einer umfassenden und gleichberechtigten wirtschaftlichen Zusammenarbeit. Selbst in ihrer erweiterten Auflage macht die Integration Westeuropas die Spaltung Europas in Ost und West zu einer Dauerscheinung. Wirtschaftlich gesehen, ist das längst ein Anachronismus, der einer gleichberechtigten und für alle Teile nutzbringenden gesamteuropäischen Wirtschaftszusammenarbeit, einer Ausdehnung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den kapitalistischen und den sozialistischen Ländern Europas, im Wege steht.

Leserbriefe

DIE PROTESTE MEHREN SICH

Heute dehnt sich die Antikriegsbewegung nicht nur in aller Welt, sondern auch in den USA selbst immer mehr aus. Im Oktober 1967 haben die fortschrittlichen Amerikaner eine machtvolle Demonstration abgehalten.

Bei uns in Haidarabad hat vor dem Kulturzentrum der USA eine Protestkundgebung stattgefunden. Neulich standen zwei amerikanische Studenten der Stadtuniversität vor der Amerikanischen Bibliothek Posten. Sie protestierten gegen den Krieg in Vietnam.

Als Bürger Indiens und Mitglied des Exekutivkomitees der Demokratischen Jugendliga begrüße ich die Völker und Regierungen der Länder, die die heroischen Kämpfer der DRV unterstützen. Ich begrüße auch das Volk

Vietnams. Ich glaube an seine Gerechtigkeit, an seinen unbeugsamen Willen, an seine Unermüdblichkeit und sein Heldenhumor. Das Volk Vietnams soll wissen, daß es nicht allein dasteht.

Muddasani Rama Reddy
Haidarabad, Indien

ZUM AUFSATZ PROF. LIEBERMANNNS

Vielen Dank dafür, daß Sie Prof. Liebermanns Aufsatz „Zur Entwicklung der sowjetischen Wirtschaft“ in Ihrem Heft 29 veröffentlicht haben. Bitte gratulieren Sie Prof. Liebermann in meinem Namen zu der glänzenden Analyse, der er die sozialistische Wirtschaft in Rußland unterzogen hat.

Prof. Prabin Baishya
Kamrup, Indien

Der Rücktritt McNamaras

Boris ISAKOW

Wie man den Rücktritt des amerikanischen Verteidigungsministers McNamara auch beurteilen mag, eins steht fest: Den Anstoß dazu gab das Scheitern der Vietnampläne der USA. Es führt an der Washingtoner Spitze zu Streitigkeiten, die immer heftiger werden.

McNamara, ehemaliger Präsident des Autokonzerns Ford Motor Co., ein namhafter Repräsentant des rüstungsindustriellen Komplexes, der in Wirklichkeit die USA beherrscht, war sieben Jahre lang Verteidigungsminister, also wohl der zweite Mann in der Regierung der USA. In Übersee galt er als Glückspilz. Die USA-Presse wußte ihn und die Methoden, mit denen er das Pentagon mit Hilfe von Computern leitete, nicht genug zu loben. Man nannte ihn den aufgehenden Stern am Washingtoner Firmament.

Jetzt ist dieser Stern untergegangen. Amtlicherseits wird mitgeteilt, daß McNamara nur noch ein paar Wochen im Pentagon bleibt und dann zur Internationalen Bank übergeht. Präsident Johnson verabschiedet ihn mit vielen Komplimenten, was seinen Rücktritt aber nicht minder blamabel macht.

Mit vollem Recht wird McNamara mit dem verbrecherischen Krieg in Zusammenhang gebracht, den die USA in Vietnam führen. Der Minister war mehrmals in Saigon und gab danach jedesmal ruhmrednerische Erklärungen ab, daß der Sieg der USA nahe sei. Er war es, der zu dem Journalisten Raymond die zynischen Worte sagte, die darauf durch die ganze Welt Presse gingen, nämlich:

„Manche Leute nennen den Vietnamkrieg den Krieg McNamaras. Ich habe nichts dagegen.“

Man weiß nicht, ob die Computer ihm schließlich verraten haben, daß sich sein Land auf einen aussichtslosen Krieg eingelassen hat, oder ob ihm die einfache, unverkennbare Wahrheit selbst aufgegangen ist, aber in letzter Zeit war von seinem früheren Apollon nicht mehr viel zu merken. Der Washingtoner Korrespondent der New York Times teilt unter Berufung auf McNamaras nächste Umgebung folgendes mit: „Im letzten Jahr hatte der Verteidigungsminister immer öfter düstere Vorahnungen.“ Ein Freund des Ministers habe gesagt: „Er hat die Hoffnung auf einen Sieg längst aufgegeben.“

Das kann durchaus stimmen. Jedenfalls hat in letzter Zeit im Pentagon ein heimlicher Kampf zwischen McNamara und den höchsten Generalen getobt, die bei den Vereinigten Stabschefs

den Ton angeben. Im August kam dieser Kampf in einer Debatte über die Strategie der Luftangriffe auf die DRV im Unterausschuß des Senats für Kriegsbereitschaft zum Durchbruch.

Bei dieser Gelegenheit nahm McNamara dagegen Stellung, daß die Bombenangriffe weiter ausgedehnt werden. Die Generale von den Vereinigten Stabschefs stritten sich ganz unverhohlen mit ihm und gewannen die Oberhand. Der Präsident genehmigte den Antrag der Generale — entgegen der vom Minister vertretenen Meinung.

Zu einem neuerlichen und entscheidenden Gefecht kam es, als General Westmoreland, der Oberbefehlshaber der USA-Truppen in Vietnam, in Washington vorsprach. Wieder siegten die Generale, und der Rücktritt des Ministers war nicht mehr zu vermeiden.

Ein gewisser Teil der USA-Presse versucht jetzt, McNamara beinahe als „Tauben“ aufzuputzen. Er ist natürlich keine, denn er dachte gar nicht daran, sich dafür einzusetzen, daß das verbrecherische, sinnlose Kriegsabenteuer eingestellt wird. Als Geschäftsmann hat er das Soll und Haben ausgewogen und gesehen, daß die Bilanz nicht zugun-

sten des amerikanischen Imperialismus ausfällt, und daraus hat er dann auch seine Konsequenzen gezogen. Die Reaktionäre an der Spitze des amerikanischen Militärklüngels verstehen aber nicht zu rechnen und denken nur an eins: daß sie jeden Mißerfolg mit einer weiteren Schürfung des Kriegsbrandes beantworten müßten. Wie lange? Das wissen sie selber nicht.

Neulich hat Ex-Präsident Eisenhower im Fernsehen dazu aufgerufen, die USA-Streitkräfte in der DRV, in Kambodscha und Laos einzufallen und die amerikanische Luftwaffe in den Raum Chinas vorstoßen zu lassen. Hört, hört! Man muß wirklich kopflos sein, um nach allen Fehlschlägen der USA-Truppen in Südostasien so ein Programm aufzustellen. Eisenhower hat aber offenbar nur die Pläne des Militärklüngels in Worte gekleidet.

Wie reagiert die USA-Regierung auf diese wahnwitzigen Pläne? Wie der Beobachter James Reston schreibt, „zweifeln und grübeln“ in Washington alle „darüber, was der Präsident vorhat“.

Klar ist aber, daß in Washington der Einfluß der aggressivsten, hemmungslosen Elemente aus dem Militärklüngel immer stärker wird. Die Gefahr, daß der amerikanische Imperialismus seine Aggression weiter ausdehnen wird, nimmt zu. Dieser Gefahr stellen sich die friedliebenden Kräfte aller Länder, auch die amerikanischen Kriegsgegner, in den Weg.

Die rhodesische Sackgasse

Andrej DOLGOW

A m 11. November jährt sich das Bestehen des rassistischen Smith-Regimes in Rhodesien zum zweiten Male. Die weißen Siedler haben den Jahrestag groß begangen. In den wichtigsten Städten, Salisbury und Bulawayo, waren die Straßen illuminiert. Abends sprach Smith im Rundfunk und verließ, er werde die Privilegien und Rechte der weißen Rhodesier, die ihnen angeboren seien, aufrechterhalten.

Beobachter sind der Meinung, daß die Positionen des Chefs der Rassisten in der Regierung und in der Rhodessischen Front noch nie so stark wie jetzt waren. Dazu haben sie gute Gründe. In den vergangenen zwei Jahren haben die britischen Politiker immer wieder versichert, daß sie bestrebt seien, dem Regime der weißen Siedler ein Ende zu bereiten und in Rhodesien eine Regierung der afrikanischen Mehrheit zur Macht zu bringen. Das ist aber nichts als Gerede. Die hartnäckige Weigerung

der englischen Regierung, Gewalt anzuwenden, und die wiederholten Versuche Londons, mit Salisbury ins Einvernehmen zu kommen, haben den Afrikanern alle Illusionen genommen und dazu beigetragen, daß Smith und sein Anhang ihre Positionen untermauern konnten.

Das Smith-Regime ist nicht nur politisch erstarkt, es steht heute auch wirtschaftlich fest genug auf eigenen Füßen, um sich bei Verhandlungen mit England sicher zu fühlen. Das enge militärische und politische Bündnis mit der südafrikanischen Republik und mit Portugal gewährleistet Rhodesien für den Fall innerer wie äußerer Konflikte Unterstützung. Als im vergangenen August die vereinigten Streitkräfte der Afrikanischen Volksunion der Zimbabwe und des Afrikanischen Nationalkongresses der Südafrikanischen Repu-

blik in Rhodesien bewaffnete Operationen einleiteten, trat das Militärbündnis sofort in Aktion. An den Gefechten beteiligten sich auf Seiten der rhodesischen Streitkräfte mit Panzerwagen, Düsenjägern und Hubschraubern ausgerüstete Truppen und Polizeiaufgebote aus der Südafrikanischen Republik.

Was für einen Schritt meint der rhodesische Rassistenführer? Offenbar Pläne für eine neue Zusammenkunft von Wilson und Smith Anfang kommenden Jahres, bei der wieder versucht werden soll, den Konflikt unter Brüdern beizulegen.

In London und Salisbury will man das rhodesische Problem immer als pure Familienangelegenheit hinstellen, die nur die englische Regierung und die rhodesischen Rassisten etwas angehe. In Wirklichkeit hat der Konflikt schon lange internationalen Charakter angenommen und muß im Zusammenhang mit ganz Südafrika und sogar mit dem ganzen Kontinent gesehen werden. Rhodesien ist heute eigentlich ein Ansatzpunkt zweier entgegengesetzter Kräfte: der nationalen Freiheitsbewegung und des ihr gegenüberstehenden Blocks von Rassisten und Kolonialisten, der vom imperialistischen Westen unterstützt wird.

Heute bilden schon mehrere afrikanische Staaten dieses Raumes zusammen

rungen... Es ist notwendig, unsere beiderseitigen Standpunkte zu klären. Das wird sowohl in Salisbury als auch in London fortgesetzt, und danach wird der nächste und wichtigste Schritt getan werden.“

Großbritannien ist von Ländern Afrikas aufgefordert worden, die Zurücknahme der südafrikanischen Truppen aus einem Gebiet zu verlangen, für das es formell noch verantwortlich ist, hat sich aber faktisch trotz dieses Umstandes geweigert, das zu tun. Mehr noch, England hat nicht die südafrikanischen Rassisten, sondern die afrikanischen Patrioten in aller Form verurteilt. Kein Wunder, daß der südafrikanische Ministerpräsident Vorster daraufhin gedroht hat, einen Streich gegen das unabhängige Sambia zu führen, falls es seine Hilfe an die Freiheitskämpfer Rhodesiens nicht einstelle.

Pretoria spielt im rhodesischen Konflikt eine immer größere Rolle. Smith besucht in letzter Zeit häufig die südafrikanische Hauptstadt. Das letzte Mal war er Ende Oktober dort, kurz vor der Ankunft George Thomsons, des britischen Ministers für Commonwealth-Angelegenheiten. Die Londoner und Johannesburger Presse schrieb in ihren Kommentaren zur Zusammenkunft von Vorster und Smith, den rhodesischen Rassisten sei für den Fall eines Konflikts mit dem unabhängigen Afrika weiter politischer, wirtschaftlicher und militärischer Beistand zugesagt worden.

Die in Pretoria erhaltenen Versicherungen waren dafür ausschlaggebend, wie sich Smith am 8. und 9. November bei den Verhandlungen mit Thomson verhielt. Kurz kann man sein Verhalten so formulieren: Keinerlei Zugeständnisse!

Ein anderer Umstand, der für das Verhalten von Smith beim Gespräch mit dem britischen Minister den Ausschlag gab, war die unverkennbare Absicht Londons, beliebige Zugeständnisse zu machen, nur um mit Salisbury auszukommen. Inzwischen hat die britische Regierung schon ihren vor zwei Jahren bekanntgegebenen wichtigsten Grundsatz für die Bereinigung des Rhodesienproblems geändert, der folgendermaßen lautete: Keine Unabhängigkeit vor dem Zustandekommen einer Regierung der afrikanischen Mehrheit. Premierminister Wilson ließ vor Thomson's Abreise nach Afrika durchblicken, daß er diesen Grundsatz fallenlassen.

Nach der Presse zu urteilen, sind die Hauptpunkte der Vereinbarung folgende:

1. Im Laufe von anderthalb Monaten werden sämtliche griechischen Truppen mit Ausnahme von 950 Mann aus Zypern zurückgenommen; diese sollen dort laut dem 1959 geschlossenen Abkommen bleiben. Sobald die Zurücknahme der Truppen eingesetzt hat, geht die Türkei daran, die Streitkräfte zu entlassen, die sie wegen des Zypernkonflikts einberufen hatte.

2. General Grivas kehrt nicht nach Zypern zurück.

3. Die türkischen Zyprioten, die unter den kürzlichen Zusammenstößen, bei denen griechische Truppen eingesetzt waren, gelitten haben, bekommen Schadenersatz.

mit der Südafrikanischen Republik, mit Rhodesien und Portugal einen Block, der dem ganzen übrigen Afrika gegenübersteht. Der Beschuß Malawis, zu Pretoria in diplomatische Beziehungen zu treten, und die gleiche Absicht Botswana sind ein neuer Schritt dazu, diese Länder der Diktatur Pretorias zu unterwerfen. Mehr noch, wie der südafrikanische Außenminister, Hilgard Müller, erklärt hat, sind Malawi, Botswana und Lesotho, genau wie Rhodesien und Portugal, mit Pretoria schon durch ein Abkommen über gemeinsame Sicherheit verbunden.

Die auf weitere Sicht geplante wirtschaftliche und politische Expansion der Südafrikanischen Republik soll sich auch auf die Republik Madagaskar, auf Kenia und Ghana erstrecken. Ganz unverkennbar hat man es in Pretoria auch auf eine eventuelle Hegemonie über den ganzen Kontinent abgesehen. Zum ersten hat Vorster im vergangenen Mai erklärt, es sei möglich, daß die Südafrikanische Republik in Zukunft „an die Spitze des übrigen Afrikas treten wird“.

Das alles erhöht die Gefahr, die die voraussichtliche „Legalisierung“ des rassistischen Smith-Regimes mit sich bringen würde.

Zypern: Beilegung des Konflikts

Michail KRUGLOW

4. Griechenland und die Türkei verpflichten sich, die Integrität und Unabhängigkeit Zyperns zu respektieren.

5. Die Waffen, die entgegen den geltenden Abkommen nach Zypern befördert und unter Mitglieder sowohl der türkischen als auch der griechischen Gemeinde verteilt worden sind, werden unter Kontrolle einer unter UNO-Aufsicht stehenden gemischten Kommission gestellt.

Die griechischen Truppen sollen unter Aufsicht von Gruppen zurückgenommen werden, die die UNO gebildet hat und denen Vertreter der interessierten Parteien beigegeben werden sollen.

Die Regelung auf Zypern ist dank dem Verhalten der friedliebenden Staaten erzielt worden, namentlich dem der Sowjetunion, deren Erklärung vom 23. November für die imperialistischen Kreise des Westens eine kalte Dusche war — für jene Kreise, die sich vom Zypernproblem einen Ge-

Das Echo des Schusses im Catete-Palast

Juan COBO

winn versprochen hatten. Eine große Rolle dabei hat auch die bekannte Adresse des Sicherheitsrates vom 25. November gespielt, die den Aufruf an die interessierten Parteien enthielt, größte Zurückhaltung zu üben.

Jetzt spielen sich als Friedensstifter gerade die Leute auf, die ihr möglichstes taten, damit der Konflikt entbrennt, weil sie hofften, ihn für ihre unsauberen Zwecke ausnutzen zu können. So maßt sich u. a. Washington die Rolle eines Friedensstifters an. Sein Abgesandter, Cyrus Vance, ein ehemaliger stellvertretender Verteidigungsminister der USA, ist im Laufe einer Woche mehrmals zwischen Ankara und Athen hin- und hergereist.

Wie aber die USA-Presse mitteilt, ging es Vance am allerwenigsten um die Interessen Zyperns. Die Zeitschrift *Time* teilt mit, daß seine Verhandlungen in Athen und Ankara die „Unverschriftheit der Ostflanke der NATO“ beweckten. Dieser schleierhafte Satz verrät die Absicht des Pentagons, die Militärstützpunkte auf Zypern, über die vorderhand England verfügt, an sich zu reißen. Wäre Zypern Griechenland einverleibt worden, dann wäre diese Aufgabe gelöst gewesen. Deshalb bot Vance alles auf, um die Positionen der regierenden Junta von Athen zu stützen und zu verstärken und bei der Beilegung des Konflikts recht viel für sie herauszuschlagen.

Die Interessen der Atlantikstrategen waren auch dem Generalsekretär der NATO, Manlio Brosio, heilig, der stundenlang mit den griechischen und türkischen Staatsmännern sprach, angeblich um den Konflikt zwischen den beiden Ländern beizulegen. Indessen hat die NATO ganz unmittelbar etwas mit der Zypernkrisis zu tun. Nach einem in den NATO-Stäben aufgestellten Plan war der Umsturz in Griechenland herbeigeführt worden, durch den die Gruppe „schwarzer Obersten“ zur Macht kam, die sich darauf orientierte, Zypern durch einen Militärschlag nach dem Muster des ihren Griechenland einzuhüllen.

Im Grunde genommen läuft das Zypernproblem nicht auf Differenzen zwischen Griechenland und der Türkei hinaus, wie die Sprecher der Atlantikdiplomatie behaupten. Die wirklichen Ursachen der Spannung liegen in der Politik des westlichen Imperialismus, die darauf abzielt, Zypern zu einem Militärstützpunkt der NATO zu machen und ihm seine Unabhängigkeit zu nehmen. Nur eine Abkehr von dieser Politik und die Möglichkeit für das Volk von Zypern, selbst über sein Geschick zu bestimmen, werden dazu beitragen, in diesem Raum Ruhe und Frieden herzustellen.

„Die Anschuldigungen meiner Feinde beantwortete ich mit meinem Tod...“

Ein Faksimile dieser Zeilen, die der ehemalige brasilianische Staatschef Getúlio Vargas auf einen Kopfbogen der Präsidentenkanzlei schrieb, ist unlängst in der meistgelesenen brasilianischen Wochenschrift, dem *Cruzeiro*, veröffentlicht worden. Das geschah dreizehn Jahre nach Vargas' Selbstmord. Warum bat die Veröffentlichung in Brasilien einen politischen Sturm ausgelöst?

DER PRÄSIDENTENSELSTMORD

Am 24. August 1954 knallte im Morgengrauen im Catete-Palast in Rio de Janeiro ein Schuß. Als Mitarbeiter des Präsidenten in sein Arbeitszimmer stürzten, sahen sie ihn leblos auf dem Sofa liegen, neben sich die Pistole, mit der er sich ins Herz geschossen hatte. Auf einem Tischchen am Kopfende lag so, daß man ihn sofort sehen mußte, ein maschinengeschriebener, vom Präsidenten unterzeichneter Brief. Darin stand, warum er seinem Leben ein Ende gemacht hatte.

Zum Unterschied von den meisten anderen Staaten Lateinamerikas war Brasilien bei scharfen Wendungen der Geschichte gewöhnlich jedes Blutvergießen erspart geblieben. Das stellte noch Stefan Zweig fest, der aus Nazi-deutschland nach Brasilien emigrierte. Er schrieb in seinem Buch „Brasilien — Land der Zukunft“, dort sei es bei inneren Erschütterungen und Regierungswechseln fast blutlos abgegangen. Selbst die Anführer mißglückter Putze und Rebellionen hätten ihre Taten nie mit ihrem Leben zu bezahlen brauchen.

Das tragische Ende, das Getúlio Vargas nahm, rührte an dieser alten politischen Tradition Brasiliens. Seinen Tod nahmen sich Millionen Brasilianer zu Herzen, auch deshalb, weil er von besonderen Umständen begleitet war.

In dem Brief, der oft das politische Vermächtnis des Toten genannt wird, heißt es u. a.:

„Ich habe mich bemüht, das Fundament für eine nationale Freiheit zu legen und unsere Schätze mit Hilfe der Petrobras nutzbar zu machen. Die Sturzflut der feindseligen Agitation hat das von Anfang an verhindert. Die Electrobras wurde fast völlig lahmgelegt... Jemand war gegen die Unabhängigkeit des Volkes... Die illegale Kampagne, die von internationalen Gruppen im Bündnis mit der nationalen Reaktion gegen meine Regierung aufgezogen wurde, richtete sich auch dagegen, daß ein Mindestlohn eingeführt wird... Ich kam zur Macht, als die überhandnehmende Inflation die Arbeitsergebnisse zunichte machte. Die Jahresgewinne der ausländischen Gesellschaften reichten an 500 Prozent heran. Aus den Frachtbriefen auf Waren, die wir einführen, sind Veruntreuungen in Höhe von gut 100 Millionen Dollar im Jahr festzustellen... Wir haben uns bemüht, die Kaffee Preise in alter Höhe aufrechtzuerhalten, daraufhin wurde unsere Wirtschaft jedoch unter schwersten Druck gesetzt, und wir mußten nachgeben.“

Dieser Brief, der geschichtliche Bedeutung erlangt hat, enthält viele Hülwworte, anstelle von Namen liest man da immer wieder „jemand“. Schon das zeigt, daß Vargas ein widerspruchsvoller, unkonsconter Charakter war, wenn auch zweifellos eine ausgeprägte Persönlichkeit, ein Mann, dessen Wirken in seinem Land eine tiefe Spur hinterlassen hat.

Er stand viele Jahre lang in Brasilien im politischen Rampenlicht und war zweimal sein Präsident: einmal von 1930 bis 1945, als er von den reaktionären Generalen gestürzt wurde, das andere Mal von 1950 bis zu seinem Tode. Ein Großgrundbesitzer aus dem Staate Rio Grande do Sul, diente er getreulich seiner Klasse, nahm deren Interessen wahr und ließ sich wiederholt auf Abmachungen mit den reaktionärsten Kräften ein.

Das Signal zum Angriff war gegeben, und die Feinde Vargas' gingen zur Offensive über. Als er Selbstmord verübte, war er von einer Gruppe höherer Offiziere mit General Juarez Távora an der Spitze faktisch schon kaltgestellt worden. Am Vortag sagte Vargas zu seiner Tochter Alzira und seinen ande-

ren Helfern: „Lebend komme ich aus dem Palast nicht mehr heraus.“ Und so war es.

WAS AUS SEINEM BRIEF WURDE

Das liegt dreizehn Jahre zurück. Die damaligen Geschehnisse sind schon Geschichte. Doch die Geschichte hat die erstaunliche Eigenschaft, sich in die Gegenwart einzuflechten. So ist es auch in diesem Falle.

Unlängst erschienen in Brasilien die Erinnerungen von Carlos Lacerda, einem Politiker, der nicht nur direkt am Komplott gegen Vargas, sondern auch an der Beseitigung der beiden folgenden Präsidenten — Jânio Quadros' und João Goularts — beteiligt war. Er schreibt darin:

„Ein schriftliches Vermächtnis von Getúlio Vargas hat es als solches eigentlich nie gegeben. Nicht er hat das geschrieben... Soviel ich weiß, hat Vargas dieses Papier auch nie gelesen... Der Urheber des Textes war der Industrielle José Maciel Filho... Er hatte einfach eine Rede aufgesetzt, die der Präsident halten sollte... Obwohl alle getippten Exemplare von Vargas unterschrieben sind, war ihm ihr Inhalt ungeschlossen.“

Nicht von ungefähr unterzieht jetzt Lacerda die Geschichte einer Revision und streut Zweifel am Vermächtnis des toten Präsidenten aus. Das Dokument klingt heute nämlich wie ein Vorwurf an die Urheber der derzeitigen brasilianischen Wirtschaftspolitik. Nach dem Militärputsch von 1964 wurde dem Auslandskapital in Brasilien Tür und Tor aufgetan, und Lacerda selbst hatte dabei die Hand im Spiel. Die Petrobras verlor eigentlich ihre Bedeutung. Nordamerikaner kaufen ein brasilianisches Unternehmen nach dem anderen auf und nehmen Banken, Firmen und Zeitungen unter ihre Kontrolle. Sie erwerben im Becken des Amazonenstroms, das sehr reich an Bodenschätzen ist, Liegenschaften, so groß wie manche Staaten Europas.

Das alles empört nicht allein die Demokraten und die ehrlichen Patrioten, sondern auch weite Kreise der Bourgeoisie Brasiliens, ja sogar viele von denen, die seinerzeit die „Revolution der Generale“ vom 1. April direkt unterstützten, bei der Präsident Goulart gestürzt wurde. Deshalb eben versucht man, den Abschiedsbrief von Vargas wenn nicht ganz aus der Landesgeschichte zu strei-

chen, so doch wenigstens seine Echtheit zweifelhaft erscheinen zu lassen.

In ganz Brasilien ist man über die skandalöse Unterstellung Lacerdas empört. Alzira Vargas, die Tochter des Präsidenten, rückte daraufhin im *Cruzeiro* das handschriftliche Original des Vermächtnisses ein. Einen Tag vor seinem Tode hatte Vargas zu seiner Tochter gesagt, falls ihm etwas passiere, sollte sie seine Papiere, die er in einem Safe aufbewahrte, verstecken. „Das ist nötig“, fügte er hinzu, „denn meine Feinde werden bestimmt versuchen, mich — ob lebend oder tot — zu diffamieren.“ Er kannte die Gefahren der Politiker seiner Umgebung nur zu genau.

Kein Sachverständiger zweifelte daran, daß die im *Cruzeiro* veröffentlichten handschriftlichen Seiten das politische Vermächtnis von Vargas und von ihm selbst geschrieben sind. Zusammenfassend bemerkte die Zeitschrift zu dem Streit um das berühmte Dokument, ein Zweifel daran, daß Vargas seinen Abschiedsbrief selbst abgefaßt habe, sei ausgeschlossen.

Und doch ist die ganze Wahrheit über den Abschiedsbrief des Präsidenten noch nicht gesagt. Der *Cruzeiro* hat das Faksimile nur der ersten handschriftlichen Seite veröffentlicht. Die übrigen Blätter sind so darunter geschoben, daß man zwar die Seitenzahlen sieht, den Text jedoch nicht.

In einem Artikel der Tochter, der im selben Heft erschienen ist, heißt es, man habe das absichtlich getan. Ihr Vater habe die letzten Seiten des Originals in größter Nervosität geschrieben, was sich auch auf die Handschrift ausgewirkt habe. Auf ihnen stünden schwere, ganz konkrete Anschuldigungen, die Vargas später, in der getippten Variante, umschrieben habe. Wie die Tochter des toten Präsidenten durchblicken läßt, sind diese Anschuldigungen so schwer, daß die Familie und seine nächsten Freunde gefährdet wären, falls man diese Seiten veröffentlicht hätte. „Vorläufig kann ich nicht mehr sagen“, schließt sie.

Also: Es ist noch nicht alles gesagt. Irgendwann einmal wird die ganze Wahrheit ja wohl doch an den Tag kommen, und dann wird die Geschichte erneut in die laufenden Geschehnisse eingreifen, und die Menschen werden wieder auf den Abschiedsbrief von Vargas aufmerksam werden, der ein schwer belastender Anklageakt gegen die USA-Monopole und ihre Handlanger, die brasilianische Reaktion, ist.

Neues von den Weltmonopolen

Taissija BELOUS

Die beträchtlichen Wandlungen, die nach dem Krieg in der wirtschaftlichen und politischen Struktur des Imperialismus eingetreten sind, haben auch so manches an der Tätigkeit der internationalen Monopolistenverbände verändert. Mit dem Schrumpfen der Herrschaftssphäre des Imperialismus, der beschleunigten Internationalisierung der Wirtschaftsverbindungen und der Umwälzung in Wissenschaft und Technik wurden neue Formen von Monopolverbänden wie auch neue Methoden ihrer Betätigung hervorgebracht und die alten modifiziert.

Vor dem zweiten Weltkrieg waren es die „klassischen“ Monopolistenverbände, die die Hauptrolle im Kampf um Einflussphären und Absatzmärkte spielten: die internationalen Truste und Konzerne, besonders aber die Kartelle, d. h. Abmachungen zur Festlegung der Monopolpreise und Absatzgebiete. 1938/39 wurden 40 Prozent des Welthandels von internationalen Kartellen und kartellähnlichen Organisationen kontrolliert. In den westeuropäischen Ländern allein betrug ihre Zahl 1200. Die mächtigsten von ihnen waren die Stahl-, Schienen-, Erdöl-, Aluminium- und Düngemittelkartelle sowie die Kartelle für Elektro- und Schwermaschinen.

Auch heute funktioniert eine Unzahl von Kartellen. Allein in den EWG-Ländern waren Anfang 1963 über 36 000 Absprachen registriert, von denen die meisten auch Kartellzwecke verfolgten.

Zu den überwiegenden Formen der internationalen Monopole werden jetzt jedoch Patentpools, Organisationen zur Abstimmung der Produktionsprogramme, zur Spezialisierung u. dgl. m. Im Jahre 1965 galten im Welthandel mehr als 40 000 Lizenzabmachungen, und der Umfang des Handels mit Lizzenzen und Patenten belief sich auf 1,3—1,5 Milliarden Dollar.

Die weite Verbreitung, die derartige Monopolistenverbände verschiedener Länder gefunden haben, erklärt sich sowohl mit der wissenschaftlich-technischen Nachkriegsrevolution, als auch mit dem Tarnungswunsch der internationalen Kartelle. Sie möchten, daß die Öffentlichkeit nichts von ihren verdecklichen Marktcontrollmethoden, ja nach Möglichkeit nicht einmal von ihrer Existenz erfahre. Dieses Bestreben verstärkte sich besonders, seit sich herausgestellt hat, welche verhängnisvolle Rolle die internationalen Kartelle bei der Vorberei-

tung des zweiten Weltkriegs spielen. Ebendarum üben die durch den wissenschaftlich-technischen Fortschritt ins Leben gerufenen internationalen Monopolistenverbände heute unter der Hand auch gewisse Kartellfunktionen aus.

Das gilt vor allem für die Pools, die Firmen verschiedener Länder zum Austausch von Patentrechten bilden. Ein solcher Austausch macht den Markt des betreffenden Landes zur Domäne des Patentinhabers und schafft so Voraussetzungen zur Aufteilung der Märkte. So sichert das Patentaustauschabkommen zwischen du Pont (USA) und dem Konzern Imperial Chemical Industries (England) du Pont die Märkte der Vereinigten Staaten, Kanadas und Mittelamerikas, der ICI die Märkte Englands und der übrigen Commonwealth-Länder.

Des öfteren wird ein internationaler Patentpool auch als Syndikat benutzt, d. h. als ein Kartell, dessen Partner ihre Erzeugnisse über eine einheitliche Absatzorganisation vertreiben. Als typisches Beispiel kann hier die Mobay Chemical, ein Sprößling der amerikanischen Monsanto Chemical und der westdeutschen Farbenfabriken Bayer, angeführt werden.

Mitunter dienen die Monopolvereinigungen neuen Typs hauptsächlich als Tarnmantel für gewöhnliche Kartelle. So bezeichnet sich das internationale Kupferkartell heute als Gesellschaft zur Förderung einer erweiterten Anwendung von Kupfer (Copper Products Development Association).

Weitgehende Marktaufteilungsmöglichkeiten bieten auch die internationalen Spezialisierungsabkommen der Monopole. Eines von diesen haben vier große europäische Motorbaufirmen abgeschlossen: Hispano-Suiza (Schweiz), MAN (Westdeutschland), Rolls-Royce (England) und Fabriques d'armes de Belgique (Belgien). Gegenstand des Abkommens ist der gemeinsame Bau von „Tine“-Turbo-Prop-Triebwerken für Transall-Frachtflugzeuge und Atlantic-Patrouillenflugzeuge. Das Abkommen bestimmt, auf welche Baugruppen sich jede der genannten Firmen spezialisiert, und setzt ihre Absatzquoten fest.

Auch internationale Truste und Konzerne spielen heute eine andere Rolle. Früher nahmen sie verhältnismäßig selten an Kartellabmachungen teil. Heute sind sie praktisch alle Teilnehmer

solcher Abkommen. Auch hat der eigentliche Prozeß der Gründung internationaler Truste und Konzerne eine Aktivierung erfahren, doch wenn sie ihren Ursprung vor dem Krieg meist der Verschlingung der Gesellschaften eines Landes durch die eines anderen oder ihrer Verschmelzung verdankten, so werden heute ebenso oft Vereinigungen gegründet, die sich im Gemeinschaftsbesitz von Monopolen verschiedener Staaten befinden.

Ein typisches Beispiel ist die Bildung der Charter Consolidated, eines neuen Industrie- und Finanzgiganten in Südafrika. Dieses internationale Konsortium ging aus der Fusion des englischen Monopols British South Africa mit zwei großen Gesellschaften der Anglo-American Corporation of South Africa unter der Agide von zwei Londoner Banken hervor, die dem Rothschild- und dem Morgan-Imperium angehören.

Vor Jahren war der Kampf um die wirtschaftliche Neuverteilung der Welt hauptsächlich unter internationalen Privatmonopolen im Gange. Heutzutage nimmt er immer mehr einen ausgesprochen staatmonopolistischen Charakter an.

Sind beispielsweise gemischte staatlich-private internationale Konsortien entstanden. Ihre stärkste Entwicklung haben sie in der Rüstungsindustrie erfahren. Vor allem gehört ihnen die Allianz der Rüstungsmonopole der NATO-Länder an, die auf einem verwickelten System von Abmachungen zwischen Privatfirmen, staatlichen Militärstellen und militärischen Forschungseinrichtungen beruht. Gegenstand derartiger Abkommen sind die Aufstellung gemeinsamer Rüstungsprogramme, die Aufschlüsselung von Produktion, Aufträgen und Rohstoffen auf die einzelnen Länder und Truste, Preisbestimmung wie auch der Austausch von Patenten und technischen Erfahrungen.

Vor dem Krieg gab es mehrere internationale Vereinigungen von Rüstungsindustriellen. Ihre Kontrolle erstreckte sich nur auf einzelne Arten von Waffen und Rüstungsgegenständen (Kanonen, Maschinengewehre, Kriegsschiffe). Der heutige Verband der Rüstungsmonopole beherrscht den gesamten kapitalistischen Rüstungsmarkt mit allen seinen Artikeln. Doch wenn die früheren Verbände dieser Art wie die Nobel Dynamite Trust Company oder die Harvey Steel Company einen offiziell-

len Status hatten, so wirkt die jetzige internationale Rüstungsallianz unter dem Siegel strengster Verschwiegenheit und ohne organisatorisch feste Form angenommen zu haben, was jedoch keinen der führenden Oligarchen des Westens — weder die Rockefeller und Mellon noch die Chamberlain, Melchett, Schröder, Merton, Schneider oder Lazard — hindert, an ihr teilzunehmen.

Gemischte staatlich-private Gebilde gibt es auch in einzelnen Zweigen der Rüstungsindustrie. Ein charakteristisches Beispiel ist die Eurochemie. Obwohl laut Satzung nur zur Herstellung von Atomrohstoffen zu friedlichen Zwecken bestimmt, trägt sie einen ausgesprochen militaristischen Charakter. Ursprünglich war die Eurochemie eine zwischenstaatliche Vereinigung auf Regierungsebene, doch nachdem die Regierungen ihr Sonderrechte gewährt hatten, dank denen sie hohe Profite erzielen kann, traten ihr als Aktionäre auch größte Privatgesellschaften der 13 Eurochemie-Länder bei, darunter 17 westdeutsche, je zwei englische und italienische sowie eine französische, eine belgische und eine niederländische. Das Kapital der Eurochemie wird zu 90 Prozent von den Regierungen, zu 10 Prozent von Privatgesellschaften gestellt. Schlüsselfunktionen wie die finanzielle und die Forschungstätigkeit sind im supranationalen Eurochemie-Zentrum konzentriert, während der Produktionsapparat über die Mitgliedsländer verteilt ist.

Neue Formen des Kampfs um die Neuverteilung der Märkte sind Verbände der westeuropäischen Sechsergruppe wie die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft und die Europäische Montanunion. Im Grunde genommen sind sie staatsmonopolistische Organisationen, ihrem juristischen Status nach aber zwischenstaatliche Vereinigungen mit gemeinsamen supranationalen Organen. Über ihre Tätigkeit wurde bereits viel geschrieben, doch hat es Sinn, das Neue hervorzuheben, das sie im Kampf um die Märkte bewirken. Es besteht darin, daß die Neuverteilung der Märkte hier nicht in der Form einer direkten Absprache über die Verteilung der Einflussphären unter den Monopolen erfolgt, sondern dadurch, daß die Regierungen ihren Monopolen die Möglichkeit bieten, schwächeren Konkurrenten den größten Teil des Marktes abzujagen. Dazu führt nicht nur die Zwangskonzentration in einzelnen Industriezweigen der EWG (Eisenerz, Kohle, Schiffbau), sondern auch das Wirken des Integrationsgetriebes selbst mit seiner „freien Bewegung von Kapital und Waren“.

Außerdem werden auch die Entwicklungsländer nach Maßgabe ihrer Befreiung von der wirtschaftlichen Abhängigkeit in zunehmendem Maße selbstständig über ihre Waren verfügen, deren Produktion und Export einstweilen noch hauptsächlich durch internationale Kar-

telle kontrolliert wird. Schon heute beginnt sich diese Tendenz auf den kapitalistischen Zucker-, Erdöl-, Kupfer-, Zinn-, Kakaobohnen-, Kautschuk- und Phosphatkörpern zu äußern.

Noch vor kurzem wurde die Politik der wichtigsten Kupferexportländer (Chile, Sambia und Kongo — Kinshasa) durch die Kupfermonopole bestimmt, die dem internationalen Kartell angehören. Jetzt ändert sich die Lage. In Chile zum Beispiel hat die Regierung mit nordamerikanischen Gesellschaften Abkommen geschlossen, die sie zum Eigentümer eines beträchtlichen Teils des im Lande gewonnenen Kupfers machen. Die Regierung Kongos hat der Tätigkeit des internationalen Konzerns Union Minière du Haut Katanga im Lande ein Ende gemacht und alle Besitzungen des Konzerns einer neu gegründeten landeseigenen Gesellschaft übergeben. Diese hat ein Abkommen mit einer belgischen Firma geschlossen, die sich verpflichtet, den normalen Betrieb der katangesischen Kupferminen und den Absatz des Kupfers zu sichern, wofür sie 4,5 Prozent des Gesamtgewerbes erhalten wird. In Sambia ist die Regierung Teilhaber der im Lande tätigen amerikanisch-englischen Monopole geworden.

Die Länder, die nun an der Kontrolle der nationalen Kupferressourcen beteiligt sind, suchen, ihre Bemühungen um den Abbau zu koordinieren. So verhandeln Chile und Sambia heute über Fragen, in denen früher alles vom Kupferkartell abhing: über die Kupfergewinnungsmengen, die Preise, die Bedingungen für die Heranziehung von Auslandskapital usw.

Wie stark die internationalen Monopole auch sein mögen, sind sie also nicht mehr imstande, die Entwicklung und Festigung der neuen Kräfte zu verhindern.



Auch eine Form internationaler staatsmonopolistischer Vereinbarungen wie Warenabkommen auf Regierungsebene hat sich wesentlich verändert. Gewöhn-

Das Treffen in Teheran

Aus der diplomatischen Geschichte des zweiten Weltkriegs (III)

Geleich nach der Schwertüberreichung begann eine Sitzung, auf der sich die Feierstimmung rasch verflüchtigte. Die Kardinalfrage, wann die zweite Front in Europa eröffnet werden würde, war ja nach wie vor nicht gelöst. Stalin fragte den britischen und den amerikanischen Vertreter:

„Ich möchte gerne wissen, wer zum Befehlshaber des Unternehmens Overlord ernannt wird?“

„Das ist noch nicht entschieden“, antwortete Roosevelt.

„Dann wird nichts aus dem Unternehmen Overlord“, sagte Stalin düster, gleichsam laut denkend. „Wer trägt die moralische und militärische Verantwortung für Vorbereitung und Durchführung des Unternehmens? Ist das unbekannt, so ist Overlord nur Gerede.“

Es schien, als sei ein Schatten über die gegenüberliegende Tischseite gehuscht. Nach längerem Schweigen sagte Roosevelt:

„Für die Vorbereitung des Unternehmens Overlord ist der britische General Morgan verantwortlich.“

„Und wer für die Durchführung des Unternehmens Overlord?“ ließ der sowjetische Vertreter nicht locker.

„Wir kennen alle, die an dem Unternehmen teilnehmen werden“, erklärte der amerikanische Präsident, „mit Ausnahme seines Oberbefehlshabers.“

Ein Oberbefehlshaber wird gesucht

Mit dieser Erklärung war das Problem natürlich nicht gelöst. Die Frage, die die sowjetische Delegation aufgeworfen hatte, war von großer grundsätzlicher Bedeutung. Wer auch nur irgend etwas von Kriegswesen versteht, dem ist klar, daß ohne einen Befehlshaber, ohne einen verantwortlichen militärischen Führer von einem Unternehmen, ob groß oder klein, keine Rede sein kann. Erst recht konnte ein so gewaltiges Unternehmen wie die Landung riesiger, mit schwerer Kampftechnik ausgerüsteter Truppenmassen über den Ärmelkanal nicht ohne Oberbefehlshaber geplant und ausgeführt werden.

Darum wurde mit der Aufwerfung der Frage nach dem Oberbefehlshaber die Fragwürdigkeit der anglo-amerikanischen Haltung aufgedeckt.

„Es kann doch so kommen“, fuhr Stalin im gleichen düsteren Ton fort, „daß General Morgan das Unternehmen für vorbereitet hält und sich nach der Ernennung des für seine Durchführung verantwortlichen Befehlshabers herausstellt, daß dieser das Unternehmen als unvorbereitet betrachtet. Es muß also eine Person geben, die für die Vorbereitung wie auch für die Durchführung des Unternehmens verantwortlich ist.“

Churchill entgegnete: „General Morgan ist nur für die einleitenden Vorbereitungen verantwortlich.“

„Wer hat General Morgan damit beauftragt?“ fragte Stalin rasch.

Churchill antwortete, General Morgan habe diesen Auftrag vor einigen Monaten vom britisch-amerikanischen Vereinigten Stab mit Einverständnis von Präsident Roosevelt und ihm, Churchill, erhalten. General Morgan solle das Unternehmen Overlord gemeinsam mit dem amerikanischen und dem britischen Stab vorbereiten, doch sei ein Oberbefehlshaber noch nicht ernannt. Die britische Regie-

rung habe sich bereit erklärt, ihre für das Unternehmen Overlord bestimmten Kräfte unter den Befehl eines Amerikaners zu stellen, da die USA für die Zusammenziehung der Truppen und für ihren Nachschub verantwortlich seien und in dieser Hinsicht das zahlenmäßige Übergewicht besäßen. Die Frage der Ernennung eines Oberbefehlshabers könne nicht in einer so breiten Sitzung wie der gegenwärtigen entschieden werden. Das sollten die drei Regierungschefs in engem Kreis unter sich ausmachen.

Während Churchill sprach, schrieb Roosevelt einen Zettel und ließ ihn dem britischen Premierminister bringen. Der durchflog ihn und sagte:

„Wie mir der Präsident eben mitteilt, und das ist auch meine Ansicht, wird die Entscheidung über den Oberbefehlshaber von den Verhandlungen abhängen, die wir hier pflegen.“

„Ich möchte nicht mißverstanden werden“, bemerkte Stalin. „Die Russen erheben keinen Anspruch darauf, an der Ernennung des Oberbefehlshabers beteiligt zu sein, möchten aber wissen, wer es sein wird. Sie möchten, daß ein Befehlshaber möglichst bald ernannt wird und daß er für die Vorbereitung wie auch für die Durchführung des Unternehmens Overlord verantwortlich sei.“

„Wir stimmen dem, was Marshall Stalin gesagt hat, völlig zu“, rief Churchill aus. Es war für ihn offenbar eine Erleichterung, daß der sowjetische Partner keinen Anspruch darauf erhob, an der Erörterung dieser Frage teilzunehmen. „Ich glaube, der Präsident wird mir zustimmen, wenn ich sage, daß wir in zwei Wochen den Oberbefehlshaber einsetzen und seinen Namen nennen werden.“

Bei dem Gespräch, das Stalin am nächsten Tag mit Churchill hatte, wurde die Frage des Oberbefehlshabers für das Unternehmen Overlord erneut berührt. Der britische Premierminister gab zu, daß die Ernennung des Oberbefehlshabers höchst wichtig sei, und fügte hinzu, bis August sei man der Ansicht gewesen, daß der Oberbefehlshaber für Overlord ein britischer Offizier sein müsse, doch als Roosevelt vor kurzem in Quebec mit Churchill zusammengekommen sei, habe der Präsident einen anderen Vorschlag gemacht: Befehlshaber von Overlord solle ein amerikanischer, Befehlshaber der Unternehmen im Raum des Mittelmeers aber ein britischer Offizier sein. Die britische Regierung habe dem zugestimmt, da die Amerikaner schon zu Beginn des Unternehmens Overlord eine zahlenmäßige Überlegenheit haben würden, die sich im Laufe der Zeit noch verstärken müßte.

„Bedeutet das, daß im Mittelmeerraum ein englischer Befehlshaber an die Stelle Eisenhowers treten wird?“ fragte Stalin.

Churchill bejahte das und fügte hinzu, sobald die Amerikaner ihren Befehlshaber ernannt hätten, werde er den britischen Befehlshaber im Mittelmeerraum ernennen.

„Die Verzögerung bei der Ernennung des amerikanischen Befehlshabers“, fügte der britische Premierminister bedeutsam hinzu, „hängt mit internen Erwägungen und den Ansichten einiger hochgestellter Persönlichkeiten in den Vereinigten Staaten zusammen.“

Das war nur die halbe Wahrheit, denn das Problem der Ernennung des Oberbefehlshabers rief nicht nur in Washington Differenzen hervor, sondern auch zwischen den Engländern und den Amerikanern. Gegen Sommer 1943 war nämlich in Washington die Meinung aufgekommen, die Unternehmen im Mittelmeerraum und in Nordfrankreich müßten einer einzigen Befehlsstelle, u. zw. einer amerikanischen, unterstellt werden. Zu jenem Zeitpunkt wurde auch ein Kandidat für den Posten eines Oberbefehlshabers aller Operationen in Aussicht genommen, nämlich der damalige Stabschef des Heeres der Vereinigten Staaten, General George Marshall. Aber gerade diese Kandidatur war umstritten. Einflußreiche militärische Kreise wie auch einige namhafte Persönlichkeiten im Kongreß der USA fanden, Washington werde für einen Mann mit so großer militärischer und politischer Erfahrung wie General Marshall schwerlich Ersatz finden. Diese Kreise wollten seiner Versetzung nach Europa nur zustimmen, wenn eine Möglichkeit gefunden würde, ihn auch seinen Posten in Washington behalten zu lassen.

Präsident Roosevelt und sein nächster Anhang waren jedoch der Ansicht, die Engländer würden nur im Fall der Ernennung General Marshalls zum Oberbefehlshaber einverstanden sein, beide Kriegsschauplätze, den Mittelmeerraum und Westeuropa, unter den Befehl eines einzelnen zu stellen. Roosevelts Ansicht nach war das um so wichtiger, als zu jener Zeit Churchills Tendenz, großangelegte militärische Operationen vor allem im östlichen Teil des Mittelmeerraums zu entfalten, bereits recht deutlich hervorgetreten war. Wegen der innenpolitischen Komplikationen, die in diesem Zusammenhang aufgetreten waren, hatte die Frage des Oberbefehlshabers in den Herbstmonaten von 1943 nicht entschieden werden können.

Erschwerend trat hinzu, daß die britische Regierung entschieden gegen den Aufbau eines gemeinsamen Kommandos unter amerikanischer Führung war. Gewiß, London unterstützte die Idee der Ernennung Marshalls, aber lediglich zum Oberbefehlshaber von Overlord. Das war gleichfalls ein wesentlicher Grund dafür, daß sich die Lösung des Oberbefehlshaberproblems in die Länge zog. Auch nachdem die amerikanische Idee eines gemeinsamen Oberkommandos in Quebec endgültig fallengelassen und beschlossen worden war, die britisch-amerikanischen Kräfte im Mittelmeerraum unter britischen Befehl zu stellen, hatte man sich nicht endgültig darauf einigen können, wer Oberbefehlshaber von Overlord werden sollte.

Dadurch, daß die Amerikaner in dieser Frage London nachgaben, zeigten sie, daß sie bereit waren, Churchill bei seinen Abenteuern im östlichen Mittelmeerraum gewähren zu lassen. Was mit diesen Abenteuern erreicht werden sollte, war klar: Erstens den Krieg durch Operationen an zweitrangigen Stoßrichtungen in die Länge zu ziehen, zweitens den Balkan und ganz Südeuropa, das zu jener Zeit von einer großen Partisanenbewegung nicht nur antifaschistischen, sondern auch antiimperialistischen Charakters erfaßt war, unter britische Kontrolle zu bringen.

All diese Umtriebe waren natürlich nicht dazu angetan, den Krieg zu einem baldigen Ende zu bringen und der Sowjetunion wirksam zu helfen.

Der Name des Oberbefehlshabers von Overlord wurde in Teheran nicht genannt. Vier Tage nach dem Ende der Dreierkonferenz, am 5. Dezember 1943, ernannte Roosevelt jedoch General Eisenhower zum Oberbefehlshaber der für das Unternehmen Overlord bestimmten anglo-amerikanischen Truppen.

Polen und seine Grenzen

Das Problem Polen wurde erst auf der letzten Vollversammlung der Konferenz, am 1. Dezember, eingehend behandelt. Es war Roosevelt, der es als erster streifte. Er äußerte die Hoffnung, die Sowjetregierung werde sich imstande sehen,

mit der polnischen Exilregierung in London in Verhandlungen zu treten und die Beziehungen zu ihr wieder aufzunehmen.

Die Sowjetunion hatte damals allen Grund, der polnischen Exilregierung zu mißtrauen, da diese jahrelang eine zügellose sowjetfeindliche Kampagne betrieben hatte. Ebendiese Feindseligkeit der polnischen Exilregierung hatte Moskau gezwungen, die bald nach dem Überfall Hitlerdeutschlands auf unser Land wiederaufgenommenen Beziehungen zu dieser Regierung abzubrechen. Natürlich machte Stalin in seiner Antwort an Roosevelt vor allem darauf aufmerksam, daß die in Polen befindlichen Agenten der polnischen Exilregierung mit den Deutschen in Verbindung standen.

„Sie töten Partisanen“, sagte Stalin. „Sie können sich nicht vorstellen, was sie dort treiben.“

„Das ist eine wichtige Frage“, mischte sich hier Churchill ein. „Wir erklärten Deutschland den Krieg, weil es Polen überfallen hatte. Ich wunderte mich seinerzeit, daß Chamberlain in München nicht für die Tschechen eintrat, im April 1939 aber unversehens Polen Garantien gab. Zugleich aber war ich über diesen Umstand erfreut. Um Polens willen und um unser Versprechen einzulösen, erklärten wir Deutschland den Krieg, obwohl wir mit Ausnahme unserer Seestreitkräfte nicht auf ihn vorbereitet waren, und spielten eine große Rolle im Sinne der Ermutigung Frankreichs, in den Krieg einzutreten. Frankreich erlitt ein Fiasko, aber wir wurden dank unserer Insellage zu aktiven Kämpfern. Wir messen dem Grund, aus dem wir in den Krieg eingetreten sind, große Bedeutung bei. Ich verstehe den historisch bedingten Unterschied zwischen unserem Standpunkt gegenüber Polen und dem der Russen. Aber bei uns wird Polen große Aufmerksamkeit geschenkt, da der Überfall auf Polen uns zu unseren jetzigen Anstrengungen veranlaßte. Ich verstehe auch die Lage Rußlands zu Beginn des Krieges sehr wohl. Und angesichts unserer damaligen Schwäche und der Tatsache, daß Frankreich in München sein Garantievertrag gebrochen hat, verstehe ich auch, daß die Sowjetregierung in diesem Kampf nicht ihr Leben aufs Spiel setzen konnte. Jetzt aber ist die Lage anders, und ich hoffe, wenn man uns fragt, warum wir in den Krieg eingetreten seien, werden wir antworten: weil wir Polen Garantien gegeben haben. Ich möchte das durch ein Beispiel von drei Streichhölzern veranschaulichen, von denen eines Deutschland, das andere Polen und das dritte die Sowjetunion sein möge. Alle drei Streichhölzer müssen nach dem Westen verschoben werden, damit eine der Hauptaufgaben der Alliierten gelöst wird: die Sicherheit der Westgrenzen der Sowjetunion zu garantieren.“

„Ich muß sagen“, erwiederte der sowjetische Delegierte, „daß Rußland nicht weniger, sondern mehr als die anderen Mächte an guten Beziehungen zu Polen interessiert ist, da Polen Rußlands Nachbar ist. Wir sind für die Wiederherstellung und die Stärkung Polens. Aber Polen ist für uns eins, und die polnische Exilregierung in London etwas anderes. Wir haben die Beziehungen zu dieser Regierung nicht einer Laune wegen abgebrochen, sondern weil diese Regierung sich Hitlers Verleumdungen gegenüber der Sowjetunion angeschlossen hat. All das war in der Presse veröffentlicht.“

Während die letzten Sätze seiner Stellungnahme übersetzt wurden, öffnete Stalin die vor ihm liegende dunkelbraune Saffianmappe und entnahm ihr ein Flugblatt, ein Stück recht dicken gelben Papiers, das schon durch viele Hände gegangen und stark abgegriffen war. Dargestellt war darauf ein Januskopf, der auf der einen Seite das Profil Hitlers, auf der anderen das Stalins zeigte.

Stalin hielt das Flugblatt hoch über den Tisch, damit es alle sehen konnten, und sagte:

„So etwas verbreiten die Agenten der Exilregierung in Polen. Wollen Sie es sich anschauen?“

Mit diesen Worten gab Stalin dem Blatt einen Schwung, daß es zu Churchill hinüberflog. Der nahm es widerwillig mit zwei Fingern, verzog sein Gesicht und reichte das Blatt

wortlos an Roosevelt weiter, der mit den Achseln zuckte, den Kopf schüttelte und es Stalin zurückgab. Dieser ließ etwas Zeit verstrecken und fuhr dann fort:

„Wer garantiert uns, daß die polnische Exilregierung diese Niedertracht nicht weitertriebt? Wir möchten eine Garantie haben, daß die Agenten der polnischen Regierung nicht weiterhin Partisanen morden, daß die polnische Exilregierung tatsächlich zum Kampf gegen die Deutschen aufrufen und sich nicht mit irgendwelchen Machenschaften befassen wird. Zu einer Regierung, die zum aktiven Kampf gegen die Deutschen aufrufen wird, werden wir gute Beziehungen unterhalten. Ich bin aber nicht überzeugt, daß die derzeitige polnische Exilregierung in London so ist, wie sie sein sollte. Wenn sie sich mit den Partisanen solidarisch erklärt und wenn wir die Garantie haben werden, daß ihre Agenten in Polen keine Beziehungen zu den Deutschen unterhalten werden, dann werden wir bereit sein, mit ihr in Verhandlungen zu treten. Was die Bemerkung wegen der drei Streichhölzer angeht, so möchte ich gerne genauer wissen, was gemeint ist.“

Churchill erklärte, er meine das Grenzproblem, und es wäre gut, hier am Runden Tisch zu erfahren, was die Russen über Polens künftige Grenzen dächten. Dann könnte er, Churchill, oder Eden diese Gedankengänge den Polen übermitteln.

„Wir nehmen an“, fuhr Churchill fort, „daß Polen zweifellos auf Kosten Deutschlands zufriedengestellt werden muß. Wir wären bereit, den Polen zu sagen, das sei ein guter Plan, und daß sie einen besseren nicht zu erwarten hätten. Dann könnten wir die Frage der Wiederaufnahme der Beziehungen stellen. Aber ich möchte betonen, daß wir die Existenz eines starken, unabhängigen, Rußland freundlich gesinnten Polens wünschen.“

Stalin legte daraufhin den Standpunkt der Sowjetregierung zu dieser Frage dar.

„Es geht darum“, sagte er, „daß die ukrainischen Lande an die Ukraine und die belorussischen an Belorußland fallen müssen. Mit anderen Worten, zwischen uns und Polen muß die durch die Verfassung unseres Landes festgelegte Grenze von 1939 bestehen. Die Sowjetregierung steht auf dem Standpunkt dieser Grenze und hält ihn für richtig.“

Molotow erläuterte, daß diese Linie gewöhnlich die Curzon-Linie genannt wird.

„Nein“, erwiderte Eden, „an ihr wurden wesentliche Veränderungen vorgenommen.“

Molotow erwiderte, Eden sei nicht richtig informiert.

Darauf legte Churchill eine Karte auf den Tisch, von der er sagte, sie zeige die Curzon-Linie wie auch die Linie von 1939. Auf dieser Karte war auch die Oder-Linie angegeben. Eden begann, mit dem Finger über die Karte fahrend, zu erklären, daß der südliche Teil der Curzon-Linie nie genau festgelegt worden sei; damals sei angenommen worden, daß die Curzon-Linie östlich von Lwow verlaufen werde.

Stalin erwiderte, auf Churchills Karte sei die Linie falsch eingezeichnet. Lwow müsse im Raum der Sowjetunion sein, die Grenzlinie aber westlich von ihm verlaufen. Er fügte hinzu, Molotow sei im Besitz einer genauen Karte mit der Curzon-Linie und ihrer detaillierten Beschreibung. Er betonte dabei, daß Polen tatsächlich ein industriell entwickelter, großer, der Sowjetunion freundlich gesinnter Staat sein müsse.

Inzwischen hatte Molotow nach der erwähnten Karte geschickt. Ein paar Minuten später wurde ihm eine große schwarze Mappe gebracht. Molotow öffnete sie, entfaltete die Karte auf dem Tisch und zeigte auch die auf ihr eingetragene Curzon-Linie, worauf er einen von Lord Curzon unterzeichneten Funkspruch verlas, der eine genaue Angabe der Punkte enthielt, durch die die Linie läuft. Nachdem man diese Punkte auf der Karte aufgesucht hatte, war alles klar. Churchill konnte darauf nichts erwidern. An Stalin gewandt, sagte er:

„Zwischen den Konferenzteilnehmern bestehen offenbar keine wesentlichen Differenzen über die Westgrenzen der Sowjetunion einschließlich des Problems von Lwow.“

Roosevelt fragte, ob eine Umsiedlung von Personen polnischer Nationalität nach Polen möglich sei, wenn sie dies wünschen sollten. Stalin bejahte diese Frage. Darauf erklärte Churchill, er werde den Polen raten, die hier ausgearbeiteten Vorschläge anzunehmen. Er habe ein Dokument zur polnischen Frage vorbereitet, das er hier verlesen wolle, allerdings mit dem Vorbehalt, daß er nicht bitte, die darin enthaltenen Vorschläge in ihrer jetzigen Form zu akzeptieren, da er sich selbst noch nicht endgültig entschlossen habe. Darauf verlas er folgenden Text:

„Grundsätzlich wurde festgestellt, daß die Heimstätte des polnischen Staates und des polnischen Volkes zwischen der sogenannten Curzon-Linie und der Oder-Linie unter Einschluß von Ostpreußen und der Provinz Opeln in den Bestand Polens liegen muß. Die endgültige Grenzziehung erfordert jedoch ein sorgfältiges Studium und eventuelle Bevölkerungsumsiedlungen an einzelnen Punkten.“

Stalin erklärte sich mit der von Churchill vorgeschlagenen Formel grundsätzlich einverstanden.

Die Teheraner Beschlüsse und Cicero

Als die Führer der drei Mächte zum Frühstück zusammenkamen, war Roosevelt besonders guter Laune. Er strahlte vor Lächeln, von ihm ging eine festliche Stimmung aus. An die Anwesenden gewandt, erklärte er mit betonter Feierlichkeit:

„Meine Herren, ich habe Marschall Stalin eine für ihn freudige Neuigkeit mitzuteilen. Heute haben die Vereinigten Stäbe unter Teilnahme des britischen Premierministers und des amerikanischen Präsidenten folgenden Beschuß gefaßt: Das Unternehmen Overlord wird für Mai 1944 angesetzt und mit Unterstützung einer Landungsgruppe in Südfrankreich durchgeführt werden. Die Stärke dieses Hilfsunternehmens wird davon abhängen, welche Landungsmittel zu diesem Zeitpunkt zur Verfügung stehen werden.“

Die sowjetischen Vertreter nahmen die Erklärung äußerlich ruhig auf. Ich glaube jedoch, daß innerlich jeder von uns tief bewegt war: Den Anglo-Amerikanern war endlich entrissen, wonach die sowjetische Delegation so beharrlich gestrebt hatte. Und obwohl es bis zur Verwirklichung dieser Verpflichtung noch lange dauern würde, schien es, daß bereits die Tatsache der Entscheidung an sich einen Teil der schrecklichen Last beseitigte, die unser Volk zu tragen hatte, und den Kämpfern gegen den Faschismus neue Kräfte verleihen würde. Stalins Erregung verriet nur seine ungewöhnliche Blässe und seine Stimme, die noch dumpfer war, als er, den Kopf ein wenig geneigt, sagte:

„Ich bin durch diesen Beschuß befriedigt.“

Eine Zeitlang herrschte Schweigen. Dann sagte Churchill, das genaue Datum des Beginns des Unternehmens werde offenbar von der Mondphase abhängen. Stalin bemerkte, er verlange natürlich nicht, daß ihm ein genaues Datum angegeben werde und daß es natürlich eines Spielraums von ein bis zwei Wochen im Laufe des Mai bedürfen werde. Er fügte hinzu:

„Ich möchte Churchill und Roosevelt erklären, daß die Russen zu dem Augenblick, zu dem die Landungsoperationen in Frankreich beginnen sollen, einen starken Schlag gegen die Deutschen vorbereiten werden.“

Roosevelt dankte dem sowjetischen Vertreter für dieses Versprechen, wobei er feststellte, daß die Deutschen dadurch gehindert werden würden, ihre Truppen nach dem Westen zu verlegen.

So endete die Erörterung des Problems der Eröffnung einer zweiten Front in Nordfrankreich auf der Teheraner Konferenz.

Die damals eingegangenen anglo-amerikanischen Ver-

pflichtungen wurden bekanntlich nochmals im Sinne eines Aufschubs revidiert: Das Unternehmen Overlord begann nicht im Mai, sondern am 6. Juni 1944. Möglicherweise wäre es sogar noch länger aufgeschoben worden, wenn die Sowjettruppen nicht die Nazis an der ganzen Front erfolgreich nach Westen zurückgedrängt und sich nicht bereits dem Territorium Deutschlands genähert hätten. Die Anglo-Amerikaner fürchteten, zu spät zu kommen, und entschlossen sich daher endlich zur Invasion.

Nachdem die Frage des Unternehmens Overlord entschieden war, widmeten die Konferenzteilnehmer dem Problem der absoluten Geheimhaltung dieser Vereinbarung große Aufmerksamkeit. Churchill bemerkte, so oder anders müsse der Gegner bald etwas von den Vorbereitungen der Alliierten erfahren, denn er werde das anhand der Verdichtung des Zugverkehrs, der Aktivität in den Häfen usw. feststellen.

Darauf bemerkte Stalin mit einem russischen Sprichwort: „Ein großes Unternehmen kann man ebensowenig verborgen halten wie eine Ahle im Sack.“

Churchill stimmte dem zu, schlug jedoch vor, die militärischen Stäbe der Alliierten sollten sich überlegen, ob es nicht möglich sei, diese Vorbereitungen zu tarnen und den Gegner zu täuschen.

In diesem Zusammenhang wies Stalin auf die sowjetischen Erfahrungen hin. Wir, sagte er, täuschen in solchen Fällen den Gegner dadurch, daß wir Panzer- und Flugzeugattrappen sowie Scheinflugplätze bauen. Dann werden diese Attrappen mit Hilfe von Schleppern in Bewegung gesetzt, und die gegnerische Aufklärung berichtet ihren Befehlsstellen darüber, worauf die Deutschen glauben, gerade an dieser Stelle würden Vorbereitungen zu einem Angriff getroffen. Dort aber, wo tatsächlich eine Offensive vorbereitet wird, herrscht in dieser Zeit völlige Ruhe. Alle Transporte werden nachts vorgenommen. An mehreren Stellen werden 5000 bis 8000 Panzerattrappen und bis zu 2000 Flugzeugmodelle aufgestellt und viele Scheinflugplätze angelegt. Außerdem wird der Gegner auf dem Funkwege irregeführt. In Gegenden, in denen keine Offensive vorgesehen ist, herrscht dann ein lebhafter Funkverkehr. Der Gegner peilt die Sender und gewinnt den Eindruck, daß dort große Verbände stehen. Seine Flugzeuge bomben diese Räume mitunter Tag und Nacht, obwohl sie völlig leer sind.

Churchill beantwortete diese Ausführungen mit der pathetischen Erklärung:

„Im Krieg ist die Wahrheit so kostbar, daß selbst die Lüge zu ihrem Schutz aufgeboten werden muß.“

Schon sachlicher fügte er hinzu:

„Jedenfalls werden Maßnahmen getroffen werden, um den Feind irrezuführen.“

Die Konferenzteilnehmer vereinbarten, daß nur ein möglichst kleiner Personenkreis von den Teheraner Beschlüssen Kenntnis haben dürfe und daß weitere Maßnahmen getroffen werden würden, damit keine Informationen durchsickern könnten.

Sowjetischerseits wurden solche Maßnahmen getroffen. Wir erhielten sogar die Weisung, den Inhalt des letzten Gesprächs nicht, wie üblich, der Stenotypistin zu diktionieren, obwohl diese durchaus eine vertrauenswürdige Person war, sondern nur handschriftliche Aufzeichnungen über die genauen Invasionstermine und über die anderen Beschlüsse zu machen, die Protokolle aber erst in Moskau in der gewöhnlichen Weise abzufassen. Aus Sicherheitsgründen mußten wir unsere Niederschriften der Teheraner Beschlüsse der diplomatischen Post übergeben. Sie wurden in besonders starke schwarze Umschläge gesteckt und in mehrfach versiegelten Segeltuchsäcken von bewaffneten diplomatischen Kurieren nach Moskau gebracht. Ähnliche Maßnahmen trafen offenbar auch die Anglo-Amerikaner.

Dennoch gelang es nicht, die wichtigsten Beschlüsse der Teheraner Konferenz vor dem Feind geheimzuhalten.

Wie nach dem Krieg bekannt wurde, informierte Anthony Eden, aus Teheran nach London zurückgekehrt, den britischen Botschafter in Ankara, Sir Hugh Knatchbull-Hugessen, eingehend über die Beschlüsse der Teheraner Konferenz. Seine verschlüsselten Telegramme enthielten Angaben nicht nur über die Besprechungen, die die Türkei betrafen, was natürlich war, sondern auch über andere wichtige Fragen, darunter über die Overlordtermine. Durch Vermittlung von Elyasa Bazna, Sir Hughes Kammerdiener, eines besoldeten Agenten der Deutschen, gerieten alle diese Informationen in die Hände der Nazis.

Bazna, der wegen der Fülle wichtiger Informationen, die er dem Geheimdienst der SS lieferte, den Decknamen Cicero erhalten hatte, fotografierte regelmäßig die Geheimdepeschen, die der britische Botschafter erhielt und übergab sie Moysisch, dem SS-Beauftragten in Ankara. Sir Hughes aber bekundete eine unglaubliche Leichtfertigkeit, indem er den kleinen schwarzen Koffer mit den Dokumenten oft unbeaufsichtigt in seinem Schlafzimmer stehen ließ. So bekam Cicero die Geheimdokumente mühelos in die Hand.

Im Jahre 1950 erschienen die Memoiren von Moysisch. Er berichtete darin, als er während einer ganzen Nacht im Laboratorium die von Cicero erhaltenen Filme entwickelte, habe er plötzlich entdeckt, daß er die Protokolle der Konferenzen von Kairo und Teheran in der Hand hatte. In seinem etwas später erschienenen Buch schrieb auch E. Baza darüber. Es hieß darin, daß sich den Dokumenten, die durch seine Hände gingen und deren Aufnahmen er den Deutschen ausliefernte, „die Absichten der Engländer, der Amerikaner und der Russen entnehmen ließen“.

Der damalige deutsche Botschafter in der Türkei, von Papen, schrieb, die Informationen von Cicero seien aus zwei Gründen sehr wertvoll gewesen. Eine Zusammenfassung der auf der Teheraner Konferenz gefaßten Beschlüsse sei dem britischen Botschafter zugegangen. Das habe die Absichten der Alliierten betrifft des politischen Status Deutschlands nach seiner Niederlage enthüllt und den Deutschen gezeigt, was für Differenzen unter den Alliierten bestanden. Noch wichtiger aber seien Ciceros Informationen gewesen, weil sie die Deutschen genau über die operativen Pläne des Gegners aufgeklärt hätten.

Allerdings werteten die Nazispitzen diese unschätzbaren Informationen offenbar nicht vollständig aus. Einerseits zweifelten sie, ob ihnen die Engländer diese Dokumente nicht absichtlich in die Hände gespielt hätten, um sie irrezuführen. Andererseits fürchteten die Nazis, die sich über die Bedeutung der von Cicero erhaltenen Informationen klar waren, den Personenkreis, dem diese Informationen bekannt würden, zu erweitern, um ihre Quelle nicht zu verschütten. Darum sah die Führung der Wehrmacht offenbar davon ab, diese Dokumente für ihre operative Planung auszuwerten; möglicherweise wußte sie auch nichts von ihnen. Jedenfalls kam die britisch-amerikanische Landung in der Normandie im Morgengrauen des 6. Juni 1944 für die deutschen Befehlsstellen völlig überraschend.

Cicero selbst brachte diese Operation auch nichts ein: die 300 000 Pfund Sterling, die er von den Nazis für seine Dienste erhielt, waren Falschgeld.

Nach dem Erscheinen des Buchs von Moysisch erfolgte im britischen Unterhaus eine Anfrage wegen des Durchsickerns streng vertraulicher Informationen aus der britischen Botschaft in Ankara an die Deutschen während des Krieges.

Hier die protokollarische Niederschrift über die Unterhaussitzung vom 18. Oktober 1950:

„Mr. Shepherd richtet an den Außenminister eine Anfrage betrifft der Tatsache, daß völlig geheime Dokumente, einschließlich solcher über das Unternehmen Overlord, aus unserer Botschaft in der Türkei gestohlen und den Deutschen übergeben wurden: Ob eine Untersuchung vorgenommen worden sei, was ihr Ergebnis gewesen sei und was für Weisungen erlassen worden seien, damit sich das nicht wiederholen könnte.“

Mr. Bevin (der Außenminister der damaligen Labourregierung — V. B.): Während des Krieges sind keinerlei solche Dokumente aus der Botschaft Seiner Majestät in Ankara entwendet worden. Aber eine Untersuchung der von dem ehrenwerten Mitglied des Hauses erwähnten Umstände zeigte, daß der Kammerdiener des Botschafters es vermochte, eine Anzahl höchst vertraulicher Dokumente in der Botschaft zu fotografieren und die Filme den Deutschen zu verkaufen. Er wäre dazu nicht imstande gewesen, wenn sich der Botschafter an die Regierungsvorschriften betreffs der Aufbewahrung von Geheimdokumenten gehalten hätte. Seitdem sind neue Weisungen an alle Betreffenden ergangen, und es wurden andere Maßnahmen ergriffen, um zu

verhüten, daß es noch einmal zu einem solchen Durchsickern kommt.

Mr. Shepherd: Ist es nicht Tatsache, daß die im besagten Buch veröffentlichten Erklärungen... bei der Öffentlichkeit beträchtliche Besorgnis verursacht haben? Und wenn die Overlord-Pläne tatsächlich nicht gestohlen wurden, warum hat das Außenministerium die betreffende Erklärung nicht dementiert?

Mr. Bevin: Das Dokument an sich wurde nicht gestohlen. Ich gab jedoch zu, daß es fotografiert wurde, was dasselbe ist."

Auf diese Weise hat London offiziell bestätigt, daß die Nazis geheimste Dokumente einschließlich der wichtigsten Beschlüsse der Teheraner Konferenz erhielten.

Bei den Säulen des Herakles

Wladimir KATIN

Die bequeme Fähre, die zweimal täglich zwischen Afrika und Europa verkehrt, näherte sich Gibraltar. An der Reeling des Oberdecks drängten sich die Fahrgäste. Kleinkameras surrten, Fotoapparate knipstén. Ein baumlanger Engländer in kariertter Jacke hatte eine Feldstaffelei aufgestellt und skizzierte gemächlich die Felsen. Ungekämme Beatniks unbestimmbaren Geschlechts, denen alles auf der Welt gleichgültig ist, spuckten in die wie schwarze Johannisbeeren glänzenden Wellen. Eine kinderreiche französische Familie diskutierte lebhaft darüber, wie lange sie in Gibraltar bleiben solle. Die Erwachsenen waren für eine Woche, die Jugend für drei Tage.

„Zwei Stunden reichen auch! Da gibt's nichts zu sehen als die einzige Straße, die Main Street“, sagte mit Kennermiene ein rotwangiger Deutscher, ein Apotheker aus Hamburg, und feuerte mit seiner Filmkamera eine lange Salve auf die Felsen ab.

„Wie man's nimmt, Sir. Bierlokale gibt's dort bestimmt weniger als in Bayern.“

Das sagte ein Engländer. Der Funke eines grundsätzlichen Streits war aufgesprungen. Die Anwesenden teilten sich in drei Lager: Anhänger Gibraltars, Gegner und Neutrale, die noch nie dort waren. Die Beatniks lehnten sich mit trübseligem Gleichmut über Bord. Sie schienen einen Mordshunger

zu haben und sich nach etwas Eßbarem zu sehnen.

Der Engländer mit seinem „Wie man's nimmt“ scheint recht gehabt zu haben. Versuchen wir, uns den Felsen von Gibraltar einmal genau und unvorenommen anzusehen! Zu diesem Zweck nehmen wir einen Abstand von einigen hundert Jahren und nähern uns ihm allmählich bis zur Gegenwart.

Eine endlose Diskussion

Die Engländer eroberten Gibraltar vor etwa 250 Jahren, d. h. zur Zeit der Blüte und Macht des britischen Kolonialreiches.

Anscheinend war man sich schon damals in London darüber klar, wie wichtig die einzigartige Lage dieses Felsens ist, wo nach alter griechischer Sage die Säulen des Herakles gestanden haben sollen. Hier grenzen Europa und Afrika aneinander, und bei klarem Wetter ist von Gibraltar aus die Küste Afrikas zu erkennen. Hier befindet sich auch die wichtige Wasserstraße, die den Atlantik mit dem Mittelmeerraum verbindet.

Die Engländer befestigten sich gründlich. Sie bauten aber nicht nur komplizierte Befestigungsanlagen, sondern verschafften sich auch eine entsprechende Urkunde. Nach dem Vertrag von Utrecht (1713) wurde Gibraltar offiziell englische Kolonie und ist es bis auf den heutigen Tag.

Seitdem kämpft Spanien schon das dritte Jahrhundert ununterbrochen um Gibraltar. Der Dialog zwischen dem Madrider und dem Londoner Hof hatte längst nicht immer den Ton eines respektablen Austausches diplomatischer Noten. Manchmal schrien die Monarchen aufeinander ein und schickten Regimenter gegeneinander vor. Vierzehnmal versuchten die Spanier, die Festung zu stürmen. Die längste Belagerung dauerte drei Jahre sieben Monate und zwanzig Tage, vom Juli 1779 bis zum Februar 1783. Aber die Belagerten hielten auch diesmal stand.

Die Jahre gingen hin. Viel Wasser floß durch die Meerenge, und vieles ereignete sich auf der Welt. Auch Gibraltar veränderte sich. Heute ist es nicht mehr die klassische Feste mit Basteien und Schießscharten, wie es auf alten Stichen abgebildet ist. Auf den Ausläufern des Felsens stehen verschiedene farbige, wie Spielzeug anmutende Häuser, auf den Gipfel führt eine Drahtseilbahn, und im Stadtzentrum, im Alameda-Park, ist ein Golfplatz angelegt. Nur für einen Flughafen ist kein Platz da. Deshalb sind Pisten direkt aufs Meer hinaus gebaut worden.

Schon lange versuchen die Spanier nicht mehr, Gibraltar mit Gewalt zu stürmen. Der Streit darum geht weiter, und sein Ende ist nicht abzusehen.

Ein Wachturm

Der englisch-spanische Streit kam sogar vor die UNO, der Vierundzwanzigerausschuß befaßte sich damit. Ist es nicht merkwürdig, daß die politischen Leidenschaften wegen eines Felsens so heftig entbrannt sind?

Merkwürdig ist die Geschichte Gibraltars ganz gewiß nicht. Für England ist der Felsen ja vor allem ein außerordentlich wichtiger militär-strategischer Bereitstellungsraum, eine Art Wachturm an der Kreuzung internationaler Seewege. Ein kleines Beispiel. Der Besitzer des beliebten Restaurants „La Farola“ in Gibraltar, der Portugiese David Faria, wettet gern, er fordert seinen jeweiligen Partner auf, einen Moment abzupassen, wenn von den Fenstern der Gaststätte aus weniger als sechs Schiffe zu sehen sind, die die Meerenge passieren, und behauptet, daß das nie vorkommt. Es heißt, daß er die Wette noch nie verloren hat. Eine ununterbrochene Karawane von Schiffen unter ganz verschiedenen Flaggen zieht Tag und Nacht durch das Tor von Gibraltar. Spezielle Peilgeräte, die in den Felsen eingebaut sind, fangen jeden Laut auf und tasten mit ihren unsichtbaren Fühlern jedes vorüberfahrende Schiff ab.

Das ist aber noch nicht alles. Gibraltar ist für England ein Marine- und Luftwaffenstützpunkt, dessen Aktionsradius sich auf Europa, Afrika und den Nahen Osten erstreckt. Nehmen wir beispielsweise die jüngsten Geschehnisse: die NATO-Manöver, die hier Mitte September abgehalten worden sind. „In diesen Tagen herrschte in Gibraltar plötzlich die Atmosphäre aus den längst vergessenen Kriegsjahren“, schrieb deprimiert das marokkanische Journal de Tanger. So war es auch. Im Hafen und auf der Reede ankerten 20 Kriegsschiffe unter den Flaggen Englands, Kanadas, Hollands, Norwegens und Portugals. Frankreich war auf diesem sonderbaren Jahrmarkt der militärischen Eitelkeiten mit U-Booten und Flugzeugen vertreten. Die von Marineinfanteristen und Luftlandetruppen überschwemmte Stadt sah wie eine besetzte Stadt aus.

Der Hexensabbat, den die NATO auf dem Brocken von Gibraltar veranstaltete, lief unter dem Decknamen Perfect Play. Das Unternehmen war darauf abgestellt, das Zusammenspiel der Luftwaffe, der Kriegsschiffe und der U-Boote des NATO-Militärblocks zu üben. Oberbefehlshaber war der britische Admiral John Frewen.

Damit, daß London Gibraltar der NATO zur Verfügung stellte, verfolgte es einen doppelten Zweck. Den Teilhabern an dem aggressiven Block wurde plausibel gemacht, daß der Felsen immer zu ihren Diensten steht und daß es deshalb in ihrem Interesse liege, wenn auf seinem Gipfel die britische Fahne weht. Zugleich wurde Madrid ein Anschauungsunterricht erteilt, ihm wurde die militärische Macht der NATO vor Augen geführt, in die Franco übrigens formell nicht aufgenommen worden ist.

Was Spanien anbelangt, so ist seine Liebe zu Gibraltar nicht minder eignützig als die Englands. Man braucht sich nur die Landkarte dieses Raumes anzusehen, um die Absichten der Franzosen genau zu erkennen: Auf der anderen Seite der Meerenge, dem Felsen gegenüber, befindet sich die von den Spaniern besetzte marokkanische Stadt Ceuta. Bekäme der spanische Militärklüngel auch noch Gibraltar, so wäre die Meerenge ganz in seinen Händen. Davon, den Marokkanern das ihnen von jeher gehörende Gebiet Ceuta zurückzugeben, will Madrid übrigens nichts wissen.

Der Streit hat aber noch einen anderen geheimen Grund. Wenn Franco Rechte auf Gibraltar geltend macht, so hätte weniger er selbst als Amerika etwas davon. Das Pentagon hat da seinen eigenen Plan: Es will mit Spaniens Hilfe die Engländer verdrängen und den Felsen zu einer fest abgeriegelten Zone, zu seinem eigenen Wachturm machen.

Das Blockadelasso

Es gehört der Vergangenheit an, daß im Streit um Gibraltar die Rivalen ihre Degen ziehen. Wie Jahrhunderte unfruchtbare Verhandlungen gezeigt haben, kann auch die Diplomatie nichts ausrichten. Da beschloß Madrid, den Engländern das Leben unerträglich zu machen.

Was stellt Gibraltar geographisch dar? Selbst auf Landkarten größten Maßstabes sind die Umrisse dieser Südwestspitze Europas ziemlich schwer zu erkennen, so winzig ist der Felsen. In der Nähe sieht er folgendermaßen aus: Ein fast einen halben Kilometer hoher Steinblock mit einer Fläche von 6 Quadratkilometern, der mit dem Festland durch eine Landenge verbunden ist. Diese ist Niemandsland. Über die Landenge führt eine gute Chaussee. Sie endet auf der einen Seite am Gittertor der britischen Kolonie, auf der anderen vor dem spanischen Zollamt.

Voriges Jahr verhängten die Spanier über Gibraltar eine Wirtschaftsblockade, sie trennten es von Spanien durch einen Zaun entsprechender Sanktionen. Fuhren vorher ununterbrochen Wagen in beiden Richtungen durch das Niemandsland, so ist heute nicht einmal ein Radfahrer dort anzutreffen. Kein Kraftwagen darf aus Spanien nach Gibraltar fahren, und von dort werden nur Rettungswagen aufs Festland gelassen.

Die Folge ist eine starke Abnahme des Fremdenverkehrs. Während der Sommerferien führte eine beliebte Route europäischer Autotouristen über Spanien nach Gibraltar, von wo sie mitsamt ihren Wagen in zwei Stunden nach Afrika, genau nach Tanger, übergesetzt wurden. Jetzt ist dieser Weg aus Europa nach Afrika gesperrt und der Fremdenverkehr Gibraltars schwer geschädigt.

Um den Ring der Blockade ganz zu schließen, hat Spanien den Handel mit der britischen Kolonie völlig eingestellt. Und wieder sind die Bewohner von Gibraltar, die weder eine eigene Landwirtschaft noch eine Industrie haben, die Leidtragenden. Die Lebensmittelzufuhr ist allerdings von Tanger aus in Gang gebracht worden, aber das Trinkwasserproblem ist vorläufig ungeöst. Gibraltar hat keine Flüsse und Seen. Das Wasser wird entweder importiert, oder man sammelt Regenwasser. Ein Berghang ist mit verzinkten Blechplatten wie mit Fischschuppen bedeckt, über die das Regenwasser in Reservoirs im Schoße der Berge absickert. Aus so einer Riesenschale trinkt die ganze Stadt. Und doch reicht

das Wasser nicht. Die Zeitungen bringen an auffällender Stelle die Mahnung, Wasser zu sparen, und eine Anzahl von Ratschlägen, wie man das tun soll. Auf Regen kann man nie fest rechnen, die spanische Blockade aber scheint lange dauern zu wollen. Deshalb haben die Gibraltarer bei der britischen Firma Aqua Chem eine Entsalzungsanlage für Meerwasser bestellt. Man nimmt an, daß 1969 mit ihrer Hilfe eine Million Liter Trinkwasser am Tag aus dem Meer gewonnen werden kann.

Die nächste Zwangsmaßnahme Madrids war das teilweise Verbot an spanische Staatsbürger, auf Gibraltar zu arbeiten. Früher gingen jeden Morgen 15 500 Spanier aus der Gegend von Algeciras auf Arbeit nach Gibraltar. Größtenteils waren das Hafenarbeiter, aber auch Arbeiter von Baubetrieben und Reparaturdocks. Das Verbot erstreckt sich auf 10 000 Arbeiter, während 5500 vorläufig noch zweimal täglich die Grenze überschreiten dürfen.

Aber auch in dieser Hinsicht war es für die Gibraltarer eine Hilfe, daß Tangier so nahe liegt. Dort werden Marokkaner für die Arbeit im Hafen und in den Docks angeworben.

Volksentscheid auf Initiative Londons

Unabhängig von den wirtschaftlichen Sanktionen Madrids gingen die Verhandlungen über die Zukunft des Felsens weiter. Zuweilen sanken sie auf Botschafterebene, um sich dann wieder auf die Ministerebene zu erheben. Die Partner redeten aneinander vorbei. Die Spanier verlangten Rückerstattung des Felsens, der ihnen einst gehörte; die Engländer taten, als hörten sie nicht, und legten ihre Gegenansprüche auf den Tisch: das Handelsverbot, die Verkehrssperre und das Verbot der Verwendung von Arbeitskräften aufzuheben.

Kein Wunder, daß schließlich beide Partner nicht weiter wußten, daß sie sich nichts mehr zu sagen hatten. Da erklärte London plötzlich, die Bewohner sollten selbst entscheiden, ob Gibraltar eine englische Kolonie bleiben soll oder nicht. Der Volksentscheid wurde für den 10. September angesetzt. Für die Weltöffentlichkeit wurde er tadellos korrekt aufgezogen, wie das die Engländer so lieben: In Anwesenheit ausländischer Beobachter sollte die Bevölkerung in geheimer Stimmabgabe ihre Meinung sagen. Die Engländer waren unbesorgt, sie wußten im voraus, wie der Entscheid ausfallen wird. Für wen wenn nicht für England hätten die Gibraltarer denn stimmen sollen, wo doch die meisten von ihnen

britische Staatsbürger sind, wo die Verwaltungsbeamten englische Pässe in der Tasche haben und wo schließlich der Felsen von britischen Truppen besetzt ist!

Das alles wußte man auch in Madrid genau. Deshalb lehnte Spanien die Aufrichter, Beobachter zu schicken, kategorisch ab.

Am 10. September, einem Sonntag, wurden die Bewohner des Felsens aufgefordert, am frühen Morgen zu den Urnen zu schreiten. Dort gab man ihnen Zettel mit der Frage: „England oder Spanien?“ Am Volksentscheid durften nur solche teilnehmen, die aussweisen konnten, daß mindestens drei Generationen ihrer Vorfahren auf Algeciras auf Arbeit nach Gibraltar gelebt haben.

Wie zu erwarten war, ging der Entscheid zugunsten Englands aus. 12 138 Teilnehmer waren dafür, daß der Felsen weiter vom britischen Gouverneur verwaltet wird, und nur 44 Stimmen wurden für den Anschluß an Spanien abgegeben. Aus diesem Anlaß erklärten die Behörden den Montag zum arbeitsfreien Tag.

Während in der Kolonie gefeiert wurde, herrschte jenseits des Grenzschlagbaums eine gewitterschwangere Stille. Die spanische Regierung hatte im voraus erklärt, daß der Freibrief, den sich die Briten mit Hilfe des ihnen sicheren Volksentscheids fabriziert hatten, ungültig sei. Über das unheimliche Schweigen der Spanier war der Herrscher von Gibraltar, General Lathbury, ernsthaft erschrocken. Nach London ging die dringende Forderung ab, die Garnison schleunigst zu verstärken. Das beschloß man denn auch und schickte 400 Mann Verstärkung. Damit stockte die Entwicklung.

Gibraltars Hobby

Der Fahrgäst auf der Fähre, der behauptet hatte, daß es auf Gibraltar nichts zu sehen gebe, hatte natürlich Unrecht. Außer dem Militär gibt es da noch 25 000 friedliche Bewohner. Sie haben den unwirtlichen Felsen lebendig gemacht. Wenn die Militärstrategen auf Gibraltar ihre Wespennester gebaut haben, so haben die friedlichen Bewohner dort ein Touristenparadies, ein Paradies für Froschmänner, Kaufleute usw. geschaffen. Jedes Jahr laufen etwa 4000 Handels- und Fahrgastschiffe den Hafen an. Dort werden in der Freihafenzone oder direkt auf der Reede kolossale Mengen aller möglichen Waren weiterverkauft oder umgeladen. Die Formalitäten sind minimal, denn der Handel auf Gibraltar ist unlimitiert und zollfrei. Deshalb ist es für Kaufleute von internationalem Format ja so anziehend.

Hotels und Gaststätten gibt es für

jede Brieftasche und jeden Geschmack. Banken und Wechselstuben tauschen Pfund Sterling oder Peseten gegen jede Währung um, die es auf der Welt gibt. In dem luxuriösen Kasino dreht sich bis zum Morgengrauen das Glücksrad, knacken die Spielautomaten und rascheln über dem grünen Tischtuch die seidigen Spielkarten. In den Nachtclubs führen beim Klang von Kastagnetten und Gitarren schöne Andalusierinnen lebhafte spanische Tänze vor. Im Museum, wo Schausstücke aus ferner Vergangenheit zu sehen sind, kann man stundenlang umherwandern. Das maurische Schloß, der Trafalgar-Friedhof, alte Kirchen und Synagogen, die Drahtseilbahn, ein Sportklub, Motorboote und Kutschen — alles ist für den Touristen da.

Drei Hundert Meter über dem Meerespiegel befinden sich die wunderschönen St. Michaels-Grotten. Ein von der Natur geschaffener Palast mit Stalaktiten und Stalagmiten. Er ist dekorativ beleuchtet und hat akustische Anlagen. Täglich werden zu bestimmter Zeit in einer der kühlen Grotten Vorstellungen mit dem Titel „Ton und Licht“ gegeben. Die Besucher nehmen die in Reihen aufgestellten Sessel ein, ganz wie im Theater. Nur wird das Licht hier nicht ausgelöscht. Umgekehrt, in verschiedenen Ecken der Tropfsteinhöhle werden himmelblaue, lila und grüne Lichter angezündet, und zugleich ertönt Musik von Tschaikowski, Skrjabin oder Bach. Im Sommer werden in der Grotte Musiker- und Sängerwettbewerbe, Festspiele, Konzerte und Theatervorstellungen abgehalten.

Schon seit einigen Jahren finden in Gibraltar regelmäßig internationale Wettkämpfe in Unterwasserjagd und Angeln, ferner Segel- und Ruderregatten statt. Auch Gemäldeausstellungen und Modeschauen werden veranstaltet.

Alle diese unterhaltsamen und aufschlußreichen Veranstaltungen locken Ausländer nach Gibraltar. So sieht dort das tägliche Leben aus. Es gleicht einer endlosen lustigen Kirmes, auf der Alltag und Festtag eins sind.

Das britische Militäramt, das an den Felsen seine eigenen Hoffnungen und Pläne knüpft, ist der Meinung, daß Handel und Fremdenverkehr nur ein Hobby Gibraltars sind, sozusagen eine Nebenbeschäftigung. Die Leute aber, die dort schon sehr lange ihr friedliches Dasein führen, möchten, daß das kein Hobby ist, daß man die Militärstützpunkte zu Pensionen, Speichern und Sportplätzen umbaut. Es kommt ja schließlich nicht darauf an, wessen Fahne auf dem Felsen wehen soll, die englische oder die spanische. Die Hauptsache ist, daß Gibraltar völlig und endgültig demilitarisiert wird.

INTERNATIONALE UMSCHAU

NATO

Ein Erdbebenreifen

In Gebieten, die von Erdbeben bedroht sind, werden die Häuser vorsichtshalber oft mit einem sogenannten Erdbebenreifen versehen, der die Mauern zusammenhalten soll.

Die 13. Tagung der NATO-Versammlung in Brüssel erinnerte an diese Vorsichtsmaßregel der Baufachleute. Die Parlamentarier der NATO-Länder waren zum erstenmal in der belgischen Hauptstadt zusammengekommen, seitdem die führenden Stellen dieses Blocks aus Frankreich hinausgesetzt worden sind und das NATO-Hauptquartier nach Brüssel übersiedelt ist. Dieser Umstand hat der ganzen Tagung ihr Gepräge gegeben. Die Teilnehmer, vor allem die Vertreter der USA und Westdeutschlands, gaben sich alle Mühe, die Stöße zu neutralisieren, die den Atlantikblock erschüttern.

Der USA-Vertreter Rivers schlug den Atlantikpolitikern vor, Spanien in die NATO aufzunehmen, um „den Schutz der Christenheit vor dem Kommunismus zu gewährleisten“. Der Vertreter Westdeutschlands, Kliesing, wiederum versuchte, den Anwesenden mit einer „so-

wjetischen Aggression“ angst zu machen, an die niemand mehr glaubt.

Die Zuhörer, größtenteils treue Anhänger des Atlantikblocks, schenkten solchen Reden ein geneigtes Ohr und faßten Beschlüsse, die darauf hinauslaufen, die NATO auf jede erdenkliche Art und Weise zu stützen, damit sie auch nach 1969 weiterbesteht, wenn der Nordatlantikvertrag läuft.

Die Empfehlungen der Versammlung, die vom militärischen, wirtschaftlichen, politischen, wissenschaftlichen und kulturellen Ausschuß aufgesetzt wurden, erfassen einen recht weiten Fragenkreis. Der Schwerpunkt aber ist der sogenannte Harmel-Plan, der vom belgischen Außenminister stammt. Wie der NATO-Generalsekretär, Manlio Brosio, betonte, soll der Plan „angeben, wie die NATO verstärkt und nach den Erfordernissen der Gegenwart und späterer Zeiten verändert werden könnte.“

Immerhin klang in den Reden einiger Delegierter deutlich die Befürchtung durch, daß der rettende Reifen, der um die Mauern der NATO gelegt wird, den Mitgliedern selbst die Gurgel zuschnüren könnte. M. Boscher, der französische Chefredakteur, empfahl, daß die abzufassenden Berichte (die dem NATO-Rat, wenn er im Dezember zusammentritt, unterbreitet werden sollen) „nicht die Tendenz aufweisen dürfen, Europa schließlich seine politische Unabhängigkeit zu nehmen.“

Die Empfehlung wurde abgelehnt. Offenbar lassen sich die Bauleute von der „atlantischen Gemeinschaft“ über die Aussicht, daß sie ihre Unabhängigkeit verlieren könnten, keine grauen Haare wachsen.

ENGLAND

Sie rauben Hirne

Die USA haben dem unehrlichen Teil der Menschheit die vollkommenste Methode beschert, sich fremdes Hab und Gut anzueignen, eine Methode, die Langfinger Straflosigkeit sichert und obendrein unheimlich gewinnbringend ist. Man hat errechnet, daß die USA mit ihrer Hilfe mehr gewinnen, als alle ihre Ausgaben für die Hilfe an andere Staaten ausmachen. Die Gewinne gehen in die Milliarden.

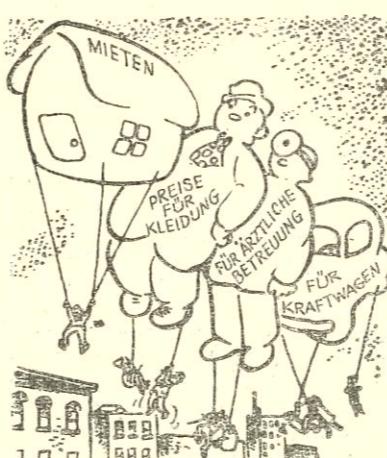
Diese Art Diebstahl ist allerdings schon vor langer Zeit und allem Anschein nach nicht in Amerika erfunden worden. Dort aber hat man sie jetzt bis ins letzte Detail vervollkommen. Es handelt sich um den Raub menschlicher Hirne in Forschungszentralen, Entwicklungsbüros, Laboratorien und Betrieben. Schon früher hat die Öffentlichkeit Westeuropas Besorgnis darüber geäußert, heute aber hört man sie immer lauter rufen: „Haltet den Dieb!“ Dieser Ruf gelte neulich aus dem Arbeitszimmer Wedgwood Benns, des britischen Ministers für Technik. Der Anlaß war ein Versuch des amerikanischen Westinghouse-Konzerns, sich die kerntechnischen Geheimnisse des englischen Schnellreaktors in Dounreay anzueignen.

Die Firma Westinghouse nahm die Sache mit echt amerikanischer Geschäftsfertigkeit in Angriff. Erst äußerte sie den Wunsch, eine Lizenz auf die Nutzung besagten Reaktors zu erwerben, bot aber wohlweislich einen so geringen Preis, daß die britische Regierung nicht darauf eingehen konnte. Nach der erwarteten Absage machte der Konzern, der inzwischen schon die notwendigen Kontakte aufgenommen hatte, 24 Kernphysikern in Dounreay das Angebot, Posten in den USA anzunehmen.

Deshalb schlug der Minister Alarm. Er schrieb an alle Wissenschaftler von Dounreay, sie sollten sich von den „ungewöhnlich hohen Gehältern“ nicht verlocken lassen.

In dem Schreiben des Ministers heißt es weiter: „Es handelt sich nicht nur darum, daß man Ihre akademische Eignung oder Ihr technisches und wissenschaftliches Können kaufen will. Vielmehr handelt es sich um einen Versuch, durch den Kauf einzelner führender Fachleute die Kenntnisse und Erfahrungen zu kaufen, die ein ganzes Wissenschaftlerteam erworben hat... Wenn Westinghouse technische Unterlagen für einen guten Schnellreaktor braucht, dann soll die Firma doch ihren eigenen entwickeln oder bei uns auf ehrlicher geschäftlicher Basis eine Lizenz erwerben... Daß geschäftlich wertvolle Geheimnisse mitsamt den Fachkräften gestohlen werden, das kann die britische Regierung nicht dulden.“

Der Minister hat die 24 Wissenschaftler, die die Westinghouse zu ködern versucht, aufgefordert, „nachdrücklich und sofort das amerikanische Angebot



Teuerungsparade
Sandeson, Kansas City Star (USA)

zurückzuweisen". Werden die Wissenschaftler von Dounreay der Verlockung widerstehen können?

WESTDEUTSCHLAND

Der Reiseonkel

Bundeskanzler Kiesinger bereiste Ende November vier Länder Asiens: Indien, Burma, Ceylon und Pakistan. Überall beteuerte er, die Bundesregierung hätte „Verständnis“ für die Länder dieses Raumes. Wenn es jedoch zu praktischen Fragen kam, schlug er sich in die Büsche.

Dafür gab er sich die größte Mühe, den absurden „Alleinvertretungsanspruch“ des Bonner Staates zu verfechten, ja in Delhi genierte er sich nicht einmal zu erklären, daß man die Aufnahme diplomatischer Beziehungen Indiens zur DDR in Bonn als inkulanten Akt ansehen würde. Das war eine unverhohlene Drohung an die souveränen Staaten Asiens. Kein Wunder, daß die fortschrittliche Öffentlichkeit Indiens über die Anmaßung Kiesingers empört war. „Kiesinger sieht die Welt mit den Augen eines kalten Kriegers“, schrieb die indische Zeitung *Patriot*, „seine ganze Außenpolitik ist darauf gerichtet, die DDR zu isolieren.“

Auch sein Standpunkt zur Nichtverbreitung der Kernwaffen ist nicht angekommen. Bonn widersetzt sich dieser Maßnahme unter dem Vorwand, daß dadurch eine „freie“ friedliche Nutzung der Atomenergie behindert wäre. Noch unangenehmer wirkte Kiesingers Eintreten für die amerikanische Aggression in Vietnam und für die israelischen Extremisten im Nahen Osten. Der *Patriot* stellte in seinem Kommentar zu dem Besuch fest, daß „Westdeutschland, das, wie manche behaupten, ein guter Freund Indiens sei, zu jeder für uns lebenswichtigen Frage Ansichten vertritt, die unseren nationalen Interessen zuwiderrufen“.

ENGLAND

Ein Minister in Versuchung

Arbeitsminister Gunter sagte am 25. November in Wakefield, er fühle sich versucht, ein Gesetz zu verabschieden, das inoffizielle Streiks verbieten soll, d. h. Streiks, die von der Gewerkschaftsführung nicht genehmigt sind.

In letzter Zeit hat die Zahl dieser Streiks in England bedeutend zugenommen. Schuld daran ist die Labourregierung selbst. Sie hat beschlossen, die wirtschaftlichen Krankheiten des Landes mit Hilfe eines Lohnstopps zu heilen, während die Arbeiter höhere Löhne fordern, weil die Lebenshaltungskosten

steigen. Die Versuche der rechtsstehenden Gewerkschaftsführung, Lohnstreiks zu verbieten, haben dazu geführt, daß die lokalen Gewerkschaftsorganisationen Streiks auf eigene Faust, entgegen den offiziellen Verboten der Gewerkschaftsboszen, beschließen.

Und nun fühlt sich der Labourminister versucht, ein Antistreikgesetz zu verabschieden. Das verträgt sich durchaus mit der Aufforderung der englischen Kapitalisten, die Arbeiter „im Zaum zu halten“. Noch am 13. November schrieb die *Times*, „daß das englische Gewerkschaftsgesetz in höchstem Grade unvollständig“ sei, und verlangte eine „striktere Kontrolle von Lohnforderungen“. Das Blatt meint, Gunter werde der „Versuchung“ nicht widerstehen können und „schnell zuschlagen“.

Die *Times* weiß offenbar, was sie schreibt: Gunter ist ja schon lange als eifriger Verfechter arbeiterfeindlicher Gesetze bekannt.

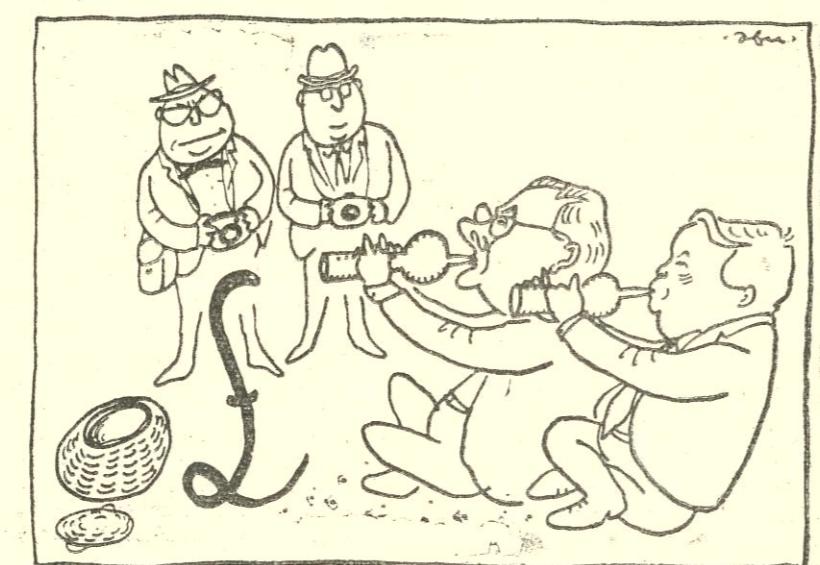
SPANIEN

Die Yankees in Spanien

An einem der letzten November Tage verwandelte sich der Kai in der Hafenstadt Alicante in ein Schlachtfeld. Die Schlacht tobte zwischen Matrosen amerikanischer Kriegsschiffe und Einwohnern der Stadt. Mit der herkömmlichen Volkswaffe — mit Pflastersteinen — zwangen die Spanier ihre Gegner, schleunigst auf ihre Schiffe zurückzufahren, ebenso wie die USA-Stützpunkte in Spanien ein Symbol der nordamerikanischen Herrschaft sind.“

Wie wir sehen, heißt es jetzt auch in Spanien immer öfter: „Yankee, go home!“

Der unmittelbare Anstoß zu dem Ge-



Abu, The Tribune (England)

Prof. Dr. Alexander GALKIN

BUCHERSCHAU

WOLFGANG ZAPF. Wandlungen der deutschen Elite. R. Piper & Co Verlag. München 1965.

Die vernichtende Niederlage Hitlers Deutschland hätte der Stabilität der nunmehr bankroten „Führungsgruppe“ doch wohl ein Ende machen sollen. In der Tat wurden in Westdeutschland zwischen 1945 und 1949 alle Reichs- und Landesminister, sämtliche Leiter der Verwaltungs- und Justizämter sowie der Kommunikationsmittel, rund 95 Prozent der Verbandsführer und etwa 45 Prozent der Betriebsbesitzer durch andere ersetzt.

So gründlich diese Säuberung auch war, sie trug lediglich provisorischen Charakter. Schon in den ersten Nachkriegsjahren begann sich die traditionelle „Elite“ wiederherzustellen, und nach der Gründung des westdeutschen Staates ging es damit in einem wahren Eiltempo voran. Das Ergebnis war, daß Mitte der 50er Jahre 60 Prozent der leitenden westdeutschen Verwaltungsbeamten, 71 Prozent der Diplomaten, sämtliche Generale, 41 Prozent der „Wirtschaftselite“ und 34 Prozent der Kommunikationsleiter etwa die gleiche Tätigkeit ausübten wie von 1933 bis 1940 (S. 146).

Man muß bedenken, daß es in einem modernen Staat keine völlig abgesetzten „Eliten“ gibt, denn in jeder von ihnen kommt es zu Ablösungen und Erneuerungen. Die Kontinuität bedeutet ja nicht unbedingt, daß die alten Leute zu hundert Prozent dabeibleiben. Es genügt, daß der alte Kern erhalten bleibt, und der sorgt dann schon für einen Nachwuchs nach seinem Ebenbild.

Ein Kapitel für sich ist die soziale Struktur der „Elite“. Im Deutschland der Hohenzollern bestand sie hauptsächlich aus dem Beamtenadel und den Oberschichten der Bourgeoisie. In der Weimarer Republik war sie ausgesprochen bürgerlich. Nach Hitlers Machtaufstand kamen auch kleinbürgerliche und deklassierte Elemente hinzu, die von der NSDAP-Führung hochgebracht wurden.

Wie sieht es damit nun in der Bundesrepublik aus?

Ihre Ideologen reden gern davon, daß die Leitung in Wirtschaft, Politik und Verwaltung Westdeutschlands „entadelt“ und demokratisiert sei. Angaben aus dem vorliegenden Buch widerlegen das.

Allerdings operiert der Verfasser mangels anderer Kriterien mit der sozialen Herkunft der westdeutschen Elite. Diese hat einen etwas anderen Aussagewert als Angaben über die soziale Stellung, ist aber trotzdem aufschlußreich.

Zapf untersucht die soziale Stellung der Eltern der zehn größten westdeutschen Unternehmer. Unter ihnen sind ein Bankier, zwei Unternehmer, zwei Direktoren, ein Werkmeister, ein „Landwirt“, ein Professor, ein Rektor und ein Pfarrer. Als nächstes untersucht er eine Gruppe aus zehn Verbandsführern. Die Väterberufe ergeben ein ähnliches Bild: drei Fabrikanten, zwei Direktoren, ein Minister, ein „Landwirt“, zwei Ärzte. Nur einer der zehn sagte, sein Vater sei Stukkateur gewesen. Von zehn als Beispiel genommenen Generalen stammen

drei aus Generals- und Offiziersfamilien, sechs weitere sind Söhne höherer und mittlerer Beamter und einer der Sohn eines „Landwirts“. Zapf schreibt denn auch: „Sämtliche westdeutschen Führungsgruppen rekrutieren sich überproportional aus dem Bürgertum und „Nachfolgebürgertum“ der letzten Jahre des Kaiserreichs und der ersten Republik. Die Unterschichten haben nur einen schmalen direkten Zugang zu den politischen Führungsgruppen.“ (S. 183.)

Wolfgang Zapfs Buch ist Leuten vom Metier zugedacht und hat eine schwierige Form. Der Verfasser gehört der traditionellen „Gelehrten Schule“ an, deren Stärke nicht gerade die Gemeinverständlichkeit ist. Das in dem Buch entworfene objektive Bild von der Unwandelbarkeit der westdeutschen Elite ist jedoch zweifellos von Interesse, denn es bestätigt folgendes: Die sozialen Gruppen, die in Hitlerdeutschland zu bestimmen hatten, leiten heute den Bonner Staat.

November 1967

25.—28. In London tagt der XXX. Parteitag der KP Großbritanniens.

27. In Moskau findet die 21. Jahrestagung der Finnisch-Sowjetischen Handelskammer statt.

28. Die UNO-Vollversammlung lehnt den Antrag ab, die Volksrepublik China in der UNO wieder in ihre legitimen Rechte einzusetzen. Für den Antrag werden 45 Stimmen, darunter die der sozialistischen Länder, abgegeben, dagegen 58 Stimmen. 17 Länder enthalten sich der Stimme.

● Die Parlamentsgruppe der UdSSR hat an die Parlamentsgruppen anderer Länder und an die Interparlamentarische Union die Aufforderung gerichtet, zu verlangen, daß die Repressalien und Verfolgungen gegen griechische Demokraten sofort eingestellt und diese freigelassen werden.

● London. Finanzminister Callaghan tritt zurück. Sein Nachfolger ist der bisherige Innenminister Jenkins.

● Wie die *Vitoria ou morte*, die Monatsschrift der Partei Volksbewegung für die Befreiung Angolas, schreibt, sind in den Gefechten der in Angola eingesetzten Kämpfer dieser Partei zwischen dem 1. Juli und dem 30. September d. J. 345 portugiesische Soldaten und Offiziere gefallen und 120 verwundet worden. Die Kämpfer haben einen portugiesischen Bomber abgeschossen, zwei Benzindepots in Brand gesteckt und zwei Kraftwagen zerstört.

● In Paris ist der Präsident von Gabon, Léon M'ba, der dort in Behandlung war,



der — der USA, Frankreichs, Westdeutschlands, Italiens, Englands, Japans, Schwedens, Belgiens, Kanadas und Hollands —, dem Internationalen Währungsfonds Mittel zur Verfügung zu stellen, die England braucht, um das Pfund Sterling zu stützen. Es handelt sich um eine Anleihe von 1,4 Milliarden Dollar.

30. Das Volk des neuen arabischen Staates Volksrepublik Südjemen feiert den ersten Tag seiner Unabhängigkeit. Präsident der Republik ist Ghaftan El-Chaabi, der Führer der Nationalen Befreiungsfront Südjarabien.

● Außenminister Andrej Gromyko und sein schwedischer Kollege, Torsten Nilsson, unterzeichnen in Moskau eine sowjetisch-schwedische Konsularkonvention.

● Eine Massenkundgebung der Solidarität mit dem Volk Vietnams in Rom bildet den Abschluß eines Friedensmarsches zweier Kolonnen von Friedensanhängern aus Mailand und Neapel durch das ganze Land. Der Marsch dauerte einen Monat.

● Studenten der Universität Madrid demonstrieren gegen das willkürliche Verbot der Francobehörden, in der Universität eine Versammlung abzuhalten. 42 Studenten werden festgenommen. Die Universität wird für einige Tage geschlossen.

Dezember

1. Die Volkskammer der DDR beschließt, eine Kommission zur Ausarbeitung einer sozialistischen Verfassung des deutschen Arbeiter- und Bauernstaates zu bilden. Zu ihrem Leiter wird Walter Ulbricht, der Erste Sekretär des ZK der SED und Vorsitzende des Staatsrates der DDR, berufen.

Redaktion: Moskau K-6,
Maly Putinkowski
pereulok 1/2

Chefredakteur: Natalja SERGEJEW
Stellvertretende Chefredakteure: V. Bereshkow, N. Sluzker
Redaktionskollegium: I. Andronow, L. Besymenski, P. Jefimow,
M. Kremnjow, I. Trofimowa, D. Wolski

Printed in the Union of Soviet Socialist Republics



Mitglieder der Volksmiliz aus der Provinz Phu Tho (Demokratische Republik Vietnam)